

# Der Grundstein

## Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Maurer Deutschlands,  
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.  
Verbands-Anzeigen  
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.

### Der Weg zur Macht.

Man erlebt es gar nicht selten, daß aufstrebend festgefügte Gebäulichkeiten wie Kartenhäuser zusammenstürzen, wenn sie mit dem frischen Aufzug des wirklichen Lebens in Berührung kommen. Und dann hilft es nichts, daß man sie wieder aufrichtet und frisiert; wenn sie nicht den soliden Baugrund der tatsächlichen Verhältnisse unter sich haben und nicht durch die Logik innerlich zusammengehalten werden, dann können sie nie von Bestand sein. So geht es zum Beispiel mit den vielen Theorien, die man im Laufe der Jahre über die Gewerkschaften zusammengeleimt hat. Wenn die Natur nicht die Gabe des menschlichen Mitgeföhls verjagt hat, der mag oft die Tragik erkennen, die darin liegt. Da hatte man die Gewerkschaften gemessen und gewogen und ihre Bewegungen festgestellt und hatte sich dann daran gemacht, das alles schön mit theoretischen Figuren einzurahmen; kaum war man aber mit der Arbeit fertig, da mußte man erschreckt sehen, daß das so hübsch abgezeichnete Feld nicht mehr passte, hier waren die Gewerkschaften weit über die (theoretisch) festgelegten Grenzen hinausgegangen, dort waren sie ebensoweit vor ihnen zurückgewichen; kurz und gut, die Arbeit war umsonst gewesen. Aber das war dann nur ein Anlaß, sie von vorn wieder anzufangen. Natürlich mit demselben Ergebnis; aber müde wurde man darum doch nicht. So geht das bis auf den heutigen Tag, und wir können nicht einmal hoffen, daß es jemals aufhört, obwohl diese Arbeit weder Freude noch Ruhm zur Frucht hat.

Man soll von keiner Theorie annehmen, daß sie die Lösung jedes Rätsels in sich trage, und man soll sich nicht vermessn, von jedem Neuen und Werden den gleich vort herberein die letzte Entwicklung zu verkünden.

Ein so angesehenen sozialistischer Denker wie Karl Kautsky hat in seiner neuesten Schrift, „Der Weg zur Macht“, den schon oft erlebten Versuch gemacht, nachzuweisen, daß die Gewerkschaften nicht in der Lage seien, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft dauernd zu verbessern. Diese Versuche sind schon früher gemacht worden; sie haben bekanntlich das Wort von der „Sisyphusarbeit“ der Gewerkschaften entstehen lassen. Das ist ein böses Wort; denn es bedeutet, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit niemals zu irgend welchen Erfolgen führen könne, die in wirklichem und geschichtlichem Sinne Fortschritte wären. Als es vor vier oder fünf Jahren zu ersten Male ausgesprochen wurde, hat es eine glänzend einmütige Ablehnung seitens der Gewerkschaften erfahren, und diese einmütige Ablehnung hat wohl bewirkt, daß man mit dem Gebrauch dieses Wortes vorsichtiger wurde. Doch was hilft das Verschwinden des Wortes, wenn der ihm zugrunde liegende Gedanke fort und fort weiter gesponnen wird. Als sich die Krise anmeldete, da begann man auch wieder von der „Sisyphusarbeit“ zu reden und zu schreiben; denn wer wollte es wagen, angesichts der schimmern Massennot noch vom langsamen, aber sicheren Aufstieg des Proletariats zu reden? — Solange dieses herbe Urteil über die gewerkschaftliche Arbeit eine Eigenart eines sehr kleinen Zirkels osteuropäischer Sozialisten war, ließ es sich füglich mit Schweigen übergehen. Nun aber hat sich auch der Genosse Kautsky zu dieser Ansicht bekannt.

Kautsky bedeutet viel zu viel in der sozialistischen Welt, als daß seine Ansichten nicht Aufnahme fänden; und da wir davon eine Beeinträchtigung der gewerkschaftlichen Interessen befürchten müssen, so seien einige Bemerkungen dazu gemacht. Kautsky kann sich für seine Ansicht nicht auf Deutschland beziehen, weil es dafür an zuverlässigem Material fehlt. Aber der Zufall hat es so gefügt, daß gerade das Arbeitsamt in

Washington eine darauf bezügliche Statistik herausgegeben hat, die Kautsky passend für seine Zwecke fand. Ob sie das wirklich ist, werden wir noch sehen; wir geben sie zunächst nach der Kautskyschen Schrift wieder.

Für jede einzelne Rubrik wurde der Durchschnitt der Zahlen für 1890 bis 1899 = 100 gesetzt. Die Zahl 101 bezeichnet also eine Verbesserung um 1 pZt. gegenüber dem Durchschnitt von 1890 bis 1899; die Zahl 99 eine Verschlechterung um 1 pZt. Das Bureau

Jahr	Wochenlohn eines vollbeschäftigten Arbeiters	Preise im Detailhandel der im Haushalt des Verkäufers verbrauchten Lebensmittel	Kaufkraft des Wochenlohnes
1890	101,0	102,4	98,6
1891	100,8	102,8	97,1
1892	100,3	101,9	99,4
1893	101,2	104,4	96,9
1894	97,7	99,7	98,0
1895	98,4	97,8	100,6
1896	99,5	95,5	104,2
1897	99,2	96,3	103,0
1898	99,9	98,7	101,2
1899	101,2	99,5	101,7
1900	104,1	101,1	103,0
1901	105,9	105,2	100,7
1902	109,2	110,9	98,5
1903	112,3	110,3	101,8
1904	112,2	111,7	100,4
1905	114,0	113,2	101,4
1906	118,5	115,7	102,4
1907	122,4	120,6	101,5

Im allgemeinen sehen amerikanische Statistiken gerade nicht in dem besten Ruf, das deutet auch Kautsky an, allerdings vermutet er, daß sie vielleicht zugunsten der Arbeiter ungenau sein könnten. Es ist nur sonderbar, daß er sie dann doch benutzt hat. Die Statistik zeigt im Jahre 1907 gegen die Indexziffer des Jahrzehnts 1890 bis 1899 eine Verbesserung der Lebenshaltung von nur 1,5 pZt. Das ist zwar an und für sich kein Beweis für Kautskys Ansicht, aber die Verbesserung ist doch so klein, daß wir darauf verzichten, sie für unsere Ansicht anzuführen. Immerhin ist es eine Verbesserung und kein Zeichen von Verelendung. Kautsky glaubt aber, damit die Unmöglichkeit einer Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft bewiesen zu haben und meint nun: „Und dabei erfreut sich keine Arbeiterklasse solcher Freiheiten wie die amerikanische, keine ist realpolitischer, keine ist freier von allen revolutionären Ideologien, die sie von der Kleinarbeit um die Verbesserung ihrer Lage abhalten könnten.“

Je mehr wir darüber nachdenken, um so unfassbarer erscheint es uns, daß Kautsky so etwas schreiben konnte. Was haben denn die amerikanischen Gewerkschaften (nicht die unfaßbare „Arbeiterklasse“) für Freiheiten? Sie haben freies Wahlrecht, freies Vereins- und Versammlungsrecht, die Freiheit der Demonstration und daneben die „Freiheit“ der Einhaltsbefehle! Die Praxis der vom Trustgott korumpierten Gerichte, die gewerkschaftlichen Aktionen mit dem Einhaltsbefehl niederzuschlagen, ist doch weltbekannt, und Kautsky sollte sie nicht kennen? Dann die „Realpolitik“ der amerikanischen Arbeiter. Sie besteht im Verzicht auf eine eigne politische Vertretung; seit wann hat man das realpolitisch genannt? Das ist zwar keine revolutionäre, aber eine Knechtsideologie. Leider geht Kautsky mit keinem Worte auf die amerikanischen Gewerkschaftsorganisationen ein, und — der darüber nicht unterrichtete Leser mag sich durch die Vorherrschafft des Britentums in Nordamerika verleiten lassen, die amerikanischen Gewerkschaften für ebenso bedeutend wie die englischen zu halten. Das ist natürlich grundverkehrt;

verhältnismäßig sind die amerikanischen Arbeiter sogar sehr schlecht organisiert. Die Zahl der Erwerbstätigen in den Vereinigten Staaten betrug 1900 schon fast 30 Millionen; davon sind gegen 2 Millionen, also noch nicht 7 pZt. gewerkschaftlich organisiert. Darum kann auch die Perle des Kautskyschen Beweises, jene amerikanische Tabelle, für den Einfluß der Gewerkschaften auf die Lebenshaltung der Arbeiter gar nichts beweisen.

Dann noch eine formale Beanstandung: Wenn wir die Tabelle überhaupt zu lesen verstehen, dann entfällt sie ganz grobe Rechenfehler. Das Resultat in der letzten Spalte muß sich aus den Zahlen der beiden vorhergehenden Spalten ergeben. Im Jahre 1890 stimmen die Zahlen auch:  $102,4 \div 101,0 = 1,4 + 98,6 = 100,0$ . In einigen andern Jahren paßt es auch, aber in den meisten Jahren ergeben sich Differenzen um 0,2 bis 0,4 pZt. Man sieht also, die Tabelle ist eine sehr lieberliche Arbeit, und eine andre fand Kautsky nicht für seinen Zweck! Es ist aber auch merkwürdig, daß Kautsky in diesem Zusammenhange gar kein Wort von der Zollpolitik der Vereinigten Staaten sagt, obwohl doch die Lebensmittelpreise in hervorragendem Maße davon abhängig sind. Das ist das Entscheidende, was bei ähnlichen Statistiken deutscherseits ebenfalls gewirkt werden müßte. Wo die gewerkschaftlichen Lohnnennungen durch die Preissteigerung der Lebensmittel aufgelosen werden, da muß man die Ursachen dieser Preissteigerungen erforschen, ehe man allgemeingültige volkswirtschaftliche Gesetze entdeckt. Gewiß ist es im Effekt gleich, wodurch uns unser Einkommen genommen wird, aber soweit dies durch sekundäre Momente geschieht — und unsere Agrarschutzpolitik ist doch keine zwingende ökonomische Notwendigkeit —, darf man darauf keine Theorien begründen, die, wie die Kautskysche, Dauer- und Allgemeinwert haben sollen.

Es ist im gegenwärtigen Augenblick der Krisis, wo die seit langen Monaten herrschende Not so scharf hervortritt, sehr schwer, zu behaupten, die Lage der arbeitenden Klasse haben sich unter dem Einfluß der Gewerkschaftsarbeit merklich gebessert. Nein, wir können die Krisen nicht aufhalten, auch nicht die Massennot, die sie immer wieder für das arbeitende Volk bringen, aber wir können, im ganzen betrachtet, das allgemeine Kulturiveau des Volkes heben, seine materiellen und geistigen Lebensgüter mehr und mehr verbessern. Diese Ueberzeugung lassen wir uns nicht nehmen; wir dürfen sie uns nicht nehmen lassen, weil wir damit unsere ganze Tätigkeit verleugneten.

Nun geht Kautsky jedoch nicht so weit, daß er die Gewerkschaften als ohnmächtig betrachtet. Er meint: „Die Unternehmerorganisationen werden mehr und mehr einen eisernen Ring bilden, den durch bloße gewerkschaftliche Mittel zu sprengen unmöglich ist“ (Seite 76). „Aber die Kämpfe der Gewerkschaften mit solchen Organisationen wachsen riesenhaft an, vermögen die ganze Gesellschaft, den ganzen Staat zu erschüttern. Regierungen und Parlamente zu beeinflussen, wo die Unternehmer alle Konzessionen ablehnen. Streiks in Zweigen der Industrie, die von Unternehmerverbänden beherrscht werden und die für das ganze Wirtschaftsleben von Bedeutung sind, bekommen immer mehr einen politischen Charakter. Andererseits kommen immer öfter Gelegenheiten, bei denen in rein politischen Kämpfen, z. B. Wahlrechtskämpfen, die Waffe des Massenstreiks erfolgreich wirkt. So bekommen die Gewerkschaften immer mehr politische Aufgaben; in England wie in Frankreich, in Deutschland wie in Desterreich wenden sie sich mehr der Politik zu. Das ist der berechtigte Kern des Syndikalismus in den romanischen Ländern, der aber leider infolge seiner anarchischen Abstammung diesen

Politische Umschau.

Kern in einem Wust von Antiparlamentarismus erstickt. Und doch kann sich die „direkte Aktion“ der Gewerkschaften nur als Ergänzung und Verstärkung, nicht als Ersetzung der parlamentarischen Tätigkeit der Arbeiterparteien zweckmäßig behaupten.“ (Seite 79).

Dies dürfen wir wohl als die Gewerkschaftstheorie Rautskys ansehen. Auch ihr wird es ergehen wie so mancher andern ihresgleichen. Rautsky fällt hier einem Irrtum zum Opfer, der sehr weit verbreitet ist. Er sieht bei den Arbeitskämpfen nur die Neuerlichkeiten: das schnelle Wachstum der Unternehmerverbände und die Vergrößerung der Kämpfe durch Aussperrungen, die durch die Entwicklung des Tarifwesens gefördert wird. Das sind an sich Tatsachen, die jeder von uns sieht, die aber nicht jeden zu den Schlüssen führen, die Rautsky aus ihnen zieht. Zunächst glaubt er, daraus folgern zu müssen, die Gewerkschaften wären den Unternehmerverbänden nicht mehr gewachsen. Darin liegt eine arge Verkenntung der Wirkungen gewerkschaftlicher Aktionen. Wir bestreiten nicht, daß die Entfaltung der Unternehmerverbände an die Kampfkraft der Gewerkschaften hohe Anforderungen stellt; aber wir behaupten: nicht so hohe, daß wir ihnen nie genügen könnten. So schnell werden wir die Spitze nicht ins Korn. Wir schließen aus der Tatsache der starken Unternehmerverbände, daß wir unsere Kampftätigkeit durch zweckdienliche Mittel erhöhen und verbessern müssen — nichts weiter.

Der Kapitalist wird nicht darum Unternehmer, um ständig mit uns zu kämpfen, sondern um zu verdienen, und dazu bedarf er des arbeitenden Betriebes. Die Haltung der Unternehmer zu unseren Forderungen wird in letzter Linie beeinflusst von der Erwägung, wie sie am meisten verdienen können. Glauben sie, die Forderungen durch einen kurzen Kampf niederzuschlagen zu können, so werden sie darin den größten Vorteil erblicken und danach handeln. Müssen sie, nach Maßgabe der auf Arbeitersseite stehenden Kräfte, mit einem opferreichen Kampfe rechnen, der sie voraussichtlich mehr kosten wird, als sie durch Nichtbewilligung der Forderungen in absehbarer Zeit sparen könnten, so werden sie sich zugänglicher erweisen. So lehrt es uns die Praxis und — die materialistische Auffassung vom gesellschaftlichen Geschehen. Man kann also nicht, wie Rautsky, sagen, die Gewerkschaften können den Unternehmerverbänden nichts mehr anhaben, sondern man muß sagen, es hängt von der Kraftentfaltung der Gewerkschaften ab, wieviel sie erreichen können. Es wäre wahrlich traurig, wenn sich ein solcher Pessimismus in der Beurteilung des eignen Könnens der Arbeiter einnisten könnte.

Des weitern rechnet Rautsky mit großen katastrophalen Kämpfen, die zu Erschütterungen von Staat und Gesellschaft führen werden. Aus dieser Annahme heraus konstruiert er die Notwendigkeit einer Umwandlung des ganzen gesellschaftlichen Wesens bergestalt, daß die Gewerkschaften statt beruflich-wirtschaftliche — politische Kampforganisationen werden. Das ist nach dem Vorausgegangenem konsequent gedacht. Wenn die Arbeiter im taktisch-planvollen Lohnkampfe nichts mehr gewinnen können, dann bleibt ihnen zur Wehr gegen die herabdrückenden Tendenzen des Kapitalismus nur das Aufkommen einer revolutionären Verzweiflung. Aber unsere Gründe gegen die Ansicht Rautskys von der Machtlosigkeit der Gewerkschaften gegen die Unternehmerverbände richten sich damit auch zugleich gegen diese Annahme. Ohne Zweifel tragen die oben angeführten, für jeden sichtbaren Tatsachen (Wachstum der Unternehmerverbände, Herausbildung großer Tarifgebiete) die Möglichkeit zu gewaltigen Kämpfen in sich. Darüber gibt es besonders bei den baugewerblichen Arbeitern keinen Streit. Diese Kämpfe können, ja sie müssen auf einer gewissen Stufe der Entwicklung den Charakter gesellschaftlicher Katastrophen annehmen. Solche Kämpfe sind uns auch gar nicht so unbekannt. Der Streik der Hamburger Hafenarbeiter 1896, der Streik der Ruhrbergleute 1906 waren solche Kämpfe. Sie werden sich in Zukunft auch einstellen, voraussichtlich öfter als bisher. Soweit pflichten wir Rautsky völlig bei; denn wir haben das selbst schon mehrfach hier geschrieben. Worin wir uns von Rautsky unterscheiden, ist, daß wir diese Kämpfe nicht als den normalen Hergang beim Austrag künftiger Konflikte ansehen. Hier trifft es wieder zu, daß Rautsky nur das äußerliche und das Abstrakte sieht, aber das nicht beachtet, was zwischen den feindlichen Parteien lebt und strebt.

Es ist richtig: Die kapitalistische Gesellschaft steht unter dem Einfluß der gegenwärtigen Interessen der Besitzer der Arbeitsmittel und der heillosen Lohnarbeiter. Dieser Gegensatz drückt unserer Gesellschaft das Gepräge auf, wohnin wir auch hlicken. Aber dieser Gegensatz herrscht nicht unbestritten. Außer diesen Interessen birgt die Gesellschaft auch noch andre in

ihrem Schoße. Das sind die Interessen der Allgemeinheit, die an den Kämpfen nur insoweit beteiligt ist, als sie mit darunter zu leiden hat; es ist der Selbsterhaltungstrieb des Wirtschaftslebens. Die gefamte wirtschaftliche Ordnung, aus vielen Tausend um ihre Existenz ringenden Einzelwesen bestehend, muß in diesen gewaltigen Kämpfen eine drohende Gefahr erblicken und muß darum triebhaft den Willen nach Abhilfe entwickeln. Und dieser Wille schafft sich seine Organe der Geltendmachung. So ist es bisher schon gewesen — wir brauchen nicht erst in die Kammern der Gewerkschaftstaktik hinauszugehen und die relativ ständig wachsende Zahl der sogenannten „trodenen“, ohne Kampf erlebigen Lohnbewegungen als Beweise heranzuschleppen —, so wird es auch in Zukunft sein; vielleicht, daß die Zukunft bestimmte Organe dafür schafft. Ob sich der Umfang der Streiks und Aussperrungen, rein faktisch betrachtet, vergrößert, können wir ruhig der Zukunft überlassen, weil zu viele Ursachen dabet mitwirken, die sich der Vorherfrage entziehen. Was wir aber mit unsern Ausführungen bestreiten wollen, das ist die Ansicht, als gingen wir jetzt einer Periode entgegen, wo ein Massenkampf den andern ablösste, als könne der Interessengegensatz zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden nicht anders mehr ausgetragen werden, als in jenem gewaltigen Kampfe, von denen Rautsky die Zukunft erfüllt sieht. Ganz gewiß werden solche Kämpfe kommen, aber sie werden nicht die Norm sein, sondern Ausnahmen, wie sie es heute auch sind. Der Zustand, den Rautsky ankündigt, ist eine volkswirtschaftliche Unmöglichkeit; träte er ein, so müßte er selbst in kurzer Zeit die Kräfte schaffen, die ihn beseitigen. Der wahre und berechtigte Kern in diesen Ansichten ist, daß sich der Klassengegensatz durch das Wachstum der wirtschaftlichen Organisationen verallgemeinert hat und sich mit deren weiterem Wachstum weiter verallgemeinern wird. Größere Teile der Arbeiter und Unternehmer werden in den Kampf geführt, und das bedeutet, daß sich der Einfluß der Organisationen erweitern wird. Es bedeutet nicht, daß nun die kulturhebende Tätigkeit der Gewerkschaften unterbunden werden wird, sondern diese Tätigkeit wird sich nun auf größere Massen erstrecken. Das aber ist etwas, was wir sehrlich zu wünschen haben. Darum bedeutet die Verallgemeinerung der Lohnkämpfe für die Arbeiter keine Gefahr, sie ist vielmehr nicht nur eine ganz natürliche Folge ihres Wirkens, sondern auch eine Voraussetzung für weiteres Arbeiten in der alten Richtung.

Eine Gefahr läge erst in dieser Entwicklung, wenn wir glaubten, nichts gegen die gestiegene Macht der Unternehmerorganisationen tun zu können, wenn wir aus ihr den Schluß zögen, auf die bisherige beruflich-wirtschaftliche Reformtätigkeit verzichten zu müssen. Dann bliebe uns nichts als der Verzweiflungstreib, politische Erschütterungen durch Generalstreiks herbeizuführen, d. h. die Methode anzunehmen, die unsere französischen Arbeitsbrüder — Gott sei es geflagt — seit Jahren üben, die ihnen blutige Arbeitergemetzel, wirtschaftliche Dohnmacht und die gelben Gewerkschaften gebracht hat; die Methode des romantischen Symbolismus, an dem Rautsky nur die antiparlamentarischen Hanswursterkeren zu tabeln hat, die jetzt zu dem schlimmen Zusammenbruch beim Poststreik führte. Dazu aber ist das deutsche Gewerkschaftswesen zu alt, zu groß und zu stark. Ließe es sich dazu hinreißen, so beschritte es damit nicht den Weg zur Macht, sondern zur Zerstörung alles Bessern, wofür es Jahrzehnte entbehrt, geopfert und gekämpft hat; es förderte damit die soziale und politische Reaktion im Lande und verurteilte sich zur Dohnmacht.

Wir unterschätzen gewiß nicht die Kämpfe, die uns bevorstehen; wir wissen, wie stark die Gegner geworden sind und daß sie schlimme Absichten haben. Aber wir verzagen darob nicht und suchen nicht heroisch einen „schönen Untergang“. Sondern wir haben das felsenfeste Vertrauen, daß die Arbeiterchaft die Kräfte erzeigen wird, die sie auch für die Kämpfe der Zukunft stark machen. Die Unternehmer rufen, aber wir rufen auch; jeder neuen Machtstellung der Unternehmer setzen wir eine neue Macht entgegen. Die Zeiten sind für uns vorüber, wo man um die Existenz der Organisationen kämpfte; jeder der streitenden Teile weiß, daß das nutzlos wäre und daß es, selbst wenn es gelänge, sich bitter rächen würde. Nicht darum wird es sich in Zukunft handeln, sondern um das Maß des Entgegenkommens. Und das ist abhängig von der Summe der Kraft, die die einzelnen Organisationen veröppern. Das mögen sich unsere Kollegen gesagt sein lassen, das möge sie zu lebhaftester Verbearbeit für ihre Organisation anstacheln. Rein geheimnisvolles Fatum beschließt über unsre Geschicke und über unsre Erfolge, sondern wir: selbst. Je stärker die Organisation, je größer unsre Macht und je größer unser Erfolg!

Schlechte politische Finanzen. — Die Finanzreform-Tragik Romblie. — Die konservativ-merikale Koalition an der Arbeit. — Neue Steuervorschläge der Konventionen in der Finanzkommission. — Das Spiel hinter den Kulissen. — Die Verschuldung Deutschlands. — Steueranflug im preussischen Dreiklassenparlament. — Das „gute“ und „gerechte“ Regiment in Preußen. — Das Generalsirexpiment in Frankreich.

Nach langer und langer Zeit rauhen Ueberzeugungen aus des Winters tröstlicher Nacht ist es nun doch Frühling geworden! Wir haben es bald nicht mehr geglaubt, daß er, der so heiß herbeigesehnte, kommen werde; es schien, als wolle er unser vergessen. Und nun ist er da und läßt in höchter Mühenpracht das liebe Pfingstfest uns begehen. Der politische Umschau hat auch wohl einen guten Anspruch darauf, es zu feiern. Doch des Dienstes-ewig gleichgestellte Ihr mahnt ihn, erst seine Pflicht zu tun, den Lieben Freunden im weiten deutschen Lande etwas von dem zu berichten, was sich auf dem großen Welttheater abspielt. Das ist leider im allgemeinen nichts Erfreuliches. Aber unsern Lesern wird es die Festesfreude nicht verderben; denn sie werden den Bericht ja erst zu Gesicht bekommen, wenn die Festtage vorüber sind und des Lebens ganzer Ernst mit seinem Kämpfen, Ringen und Dulden sie wieder erfasst hat.

Die innerpolitischen Verhältnisse haben im Verlaufe der letzten Woche leider nicht die Entwicklung genommen, daß die allgemeine Zustimmung eine Milderung hätte erfassen können. Im Gegenteil. Die Finanzreformmiserie dauert fort und macht nun schon mehr den Eindruck eines verwirrenden Spieles, in dem die höchsten politischen Geister ihr Unwesen treiben. Nur mit steigendem Ingrimm kann jeder ehlich, gerecht und vernünftig urteilende Mensch die Verhandlungen der Finanzkommission des Reichstages verfolgen. Es wird immer toller! Das Erbschaftsteuergesetz, der Kernpunkt des steuerpolitischen Streites, wurde gegen die zehn Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Nationalliberalen von der konservativ-merikal-antifemistischen Mehrheit en bloc abgelehnt, ohne daß es noch zu einer Debatte gekommen. Die Regierung hatte durch Eydow erklären lassen, daß sie auf die Weiterberatung dieses Entwurfs keinen Wert mehr lege und daß sie dem Reichstage nach Pfingsten ein „Erbfallsteuergesetz“ vorlegen werde. Die Konservativen dürfen sich also eines Steges freuen und sich rühmen, daß die Regierung vor ihnen die Waffen gestreckt hat.

Dieselbe Mehrheit beschloß gegen dieselbe Minderheit beim Branntweinsteuergesetz die Beibehaltung der Viebesgabe in Höhe von M 20 pro Hektoliter. Weiter erfolgte die Tabaksteuerfrage ihre Erledigung dahin: Die Sätze auf Zigaretten wurden gestaffelt von M 1,50 bis M 15. Der Zoll auf Zigaretten wurde von M 800 auf M 1200 erhöht. Das Gesetz tritt am 1. Oktober d. J. in Kraft.

Die Konservativen brachten in der Kommission Anträge auf neue indirekte Steuern ein. Die ersten dieser Anträge fordern: den Kaffe Zoll von M 40 auf M 60 für rohen, von M 60 auf M 80 für gerösteten oder gebrannten Kaffee zu erhöhen. Sodann eine Erhöhung des Tezollens von M 25 auf M 50. Aller Tabak, Kaffee und Tee, der am Tage des Zinfaktretrens des Gesetzes vorhanden ist, muß mit M 20 resp. M 25 nachbesteuert werden. Befreit von der Nachbesteuerung sind nur Mengen unter 10 kg, die sich im Besitz von Privatleuten befinden. Der Antrag gelangte bereits am Donnerstags zur Verhandlung.

Man merke: die Erhöhung der Branntweinsteuer hat man u. a. mit der Behaltungung zu „rechtfertigen“ verflucht, daß die Besteuerung des Branntweins „dem Alkoholisus entgegenwirkt“ und besonders die Arbeiter veranlassen werde, sich dem gesünderen Genuß von Kaffee und Tee zuzuwenden. Und nun entlockt man sich nicht, Kaffee und Tee einem sehr viel höheren Zoll und damit einer erheblichen Verteuerung unterwerfen zu wollen. Der erhöhte Zoll würde natürlich gerade die Massen der Armen und Unbemittelten hart treffen.

Die andern konservativen Anträge sind auf eine Besteuerung der Beleuchtungsmittel und der Bündwaren gerichtet. Die Steuer soll betragen für elektrische Bogenlampen und die Brenner zu solchen 5 bis 50 S pro Stück, für Glühkörper zu Gasglühlicht und ähnliche Lampen 10 S pro Stück, für Brennschiffe zu elektrischen Bogenlampen M 1 für das Kilogramm, für Quecksilberdampf- und ähnliche elektrische Lampen bis 100 Watt M 1 pro Stück, für je weitere 100 Watt M 1 mehr.

Was die Bündwaren anlangt, so soll betragen, die Steuer für Bündwaren, für Bündspännen und für Bündstäben aus Strohhalmen oder Ranne in Schachteln oder andern Behältnissen mit einem Inhalt von weniger als 80 Stück 1 S, mit einem Inhalt von 80 bis 60 Stück 1 1/2 S für jede Schachtel oder jedes Behältnis, in Schachteln oder andern Behältnissen mit einem Inhalt von mehr als 60 Stück 1 1/2 S für 60 Stück oder einem Bruchteil davon.

für Blindfischer aus Stearin, Wachs oder ähnlichen Stoffen in Schachteln oder andern Behältnissen mit 20 oder weniger Blindfischer, beträgt die Steuer 5, für jede Schachtel oder jedes Behältnis in größeren Packungen für je 20 Blindfischer oder einen Bruchteil davon 5.

Die konservativen Anträge tragen die Form vollständig ausgearbeiteter Gesetzentwürfe. Es steht fest, daß sie nicht nur im Einvernehmen, sondern mit direkter Unterstützung des Reichsfinanzministers Eshow ausgearbeitet worden sind. Sie hätten also erst an das Plenum des Reichstags zur ersten Beratung gebracht werden müssen. Aber es ist damit auf eine Ueberrumpelung der Rinken abgesehen gewesen. Diese hat sehr ernsthaft in Erwägung gezogen, ob sie sich an den Kommissionsberatungen über solche „Anträge“ überhaupt noch beteiligen soll, und am 28. Mai hat dann auch die gesamte Rinde die Weiterberatung, als der Geschäftsordnung widersprechend, abgelehnt.

Die konservativen Anträge sind eine Frucht des steuerpolitischen Spiels hinter den Kulissen. In dieses Spiel hat in der verflochtenen Woche Herr Eshow auch Vertreter der Börse, der Hochfinanz überhaupt, einbezogen. Er hat mit ihnen Konferenzen abgehalten, um mit ihnen das Projekt einer weiteren steuerlichen Heranziehung der Börse zu besprechen. Ueber das Resultat dieser Besprechungen ist bis jetzt noch nichts Genaueres und Zuverlässiges bekannt geworden. Die Kreise des Handels, der Industrie und des Bankwesens nehmen natürlich eine scharf oppositionelle Stellung ein. Einige ihrer hervorragendsten Interessentenorganisationen haben zu einer Kundgebung am 12. Juni in Berlin eingeladen, die Stellung nehmen soll gegen alle Steuerprojekte, welche ausschließlich Handel, Industrie, Börse und Bankwesen in einer alle Grenzen überschreitenden Weise belasten und geeignet, vielleicht auch, dazu bestimmt sind, die heutige wirtschaftliche Machtstellung dieser Stände niederzuwerfen.

Gewiß, es handelt sich um die Abwendung schwerer wirtschaftlicher Schädigungen, um den Kampf gegen die Absicht der Junker und Junkerengenossen, Handel und Industrie einseitig zu belasten. Wir billigen diese Mobilmachung der interessenfreien Kreise gegen diese Absicht. Aber es darf wohl daran erinnert werden, daß die Industrie-kapitalisten immer dabei gewesen sind, im Bunde mit den Agrariern usw., die Volkswirtschaft durch Lebensmittelpreiserhöhungen zu belasten. Diesem Verbündeten gegenüber wußten sie nichts zu sagen von einer Schädigung der nationalen wirtschaftlichen Interessen!

Die Regierung soll guten Mutes und der festen Hoffnung sein, daß sie die geforderten 500 Millionen bekommt, wenn nicht mit Hilfe der Sozialliberalen, so mit Hilfe des Zentrums.

Die Tragikomödie der Reichsfinanzreform erfährt eine drastische Beleuchtung durch einen Blick auf das öffentliche Schuldenwesen in Deutschland, bezw. auf die Verschuldung des öffentlichen Wesens. Darüber macht im letzten Heft der „Zahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“ der Direktor des statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf, Dr. Otto Most, Mitteilungen. Nach seiner Aufstellung betragen 1907 die Schulden des Deutschen Reiches 3803,5 Millionen Mark, die aller deutschen Bundesstaaten 12 960,4 Millionen Mark. Zugleich hatten alle deutschen Stadt- und Landgemeinden 6560,3 Millionen Mark Schulden, wovon 6293,7 Millionen Mark auf die Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern entfielen. Trägt also die Menge der kleinen Gemeinden ihr redlich Teil zu den deutschen Städteschulden bei, so ruht doch deren Schwergewicht in den größeren Orten. Was aber im allgemeinen die Verschuldung für die Finanzwirtschaft der Gemeinden bedeutet, veranschaulicht die Tatsache, daß in Preußen alle Städte und Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern fast ein Siebtel sämtlicher Gemeindeausgaben für den Schuldenzins aufwenden mußten.

Und dazu die neue volksausbeuterische Reichsfinanzreform!

Alle Einzelstaaten sind „im Dalles“. Wie das Reich das Bedürfnis nach neuen Steuern hat, so haben auch sie es. In Preußen meinen es mit dem „Vater Staat“ natürlich, wie auch im Reich, die Konservativen am besten. Sie sind auch hier die „Helfer in der Not“. Das haben sie jetzt wieder mal im Dreiklassenparlament bewiesen. Bei Erledigung der Stempelsteuernolle haben sie „großartige“ Leistungen vollbracht. Auf ihre Betreiben ist die Jagdpachtsteuer herabgesetzt und damit einer „noblen Passion“ der sogenannten „besseren und besten Gesellschaft“, den Herzogstagsgebienden, die den Jagdsport betreiben, eine wohlwollende Konzession gemacht worden. Den „Ausgleich“ dafür im Sinne „sozialer Gerechtigkeit“ hat man darin gefunden, daß man die Abgabe für G a n d w e r t s b u r s e n R a s s e n von 50 % auf 1 erhöhte. Weiter boten und gaben zum „Ausgleich“ für die Verminderung des Ertrages der Jagdstempelsteuer die Junker im Bunde mit dem „arbeiterfreundlichen“ Zentrum der Regierung eine Steuer, die sie gar nicht verlangt hatte: eine Fahrradsteuer, die natürlich die Regierung dankbar annahm. Diese Steuer ist auf 1,50 festgesetzt worden; für die gewerblichen Zwecken die-

nenden Fahrräder kann sie auf 50 % ermäßigt werden. Von dieser Steuer bis zu M. 1,50 werden natürlich alle die vielen Laufenden von Arbeitern betroffen, die sich den „Lugus“ eines Fahrrades gestatten resp. gestatten müssen, um von ihrer Wohnung zur Arbeitsstätte und zurück zu gelangen.

Die Rinde antwortete auf die Fahrradsteuer mit dem Antrage, jedes Reispferd mit M. 80 Steuer zu belegen. Dieser Antrag wurde natürlich von den Konservativen und der Mehrzahl des Zentrums niedergestimmt!

Wem waltt bei Betrachtung solcher Steuerpraxis nicht das Blut auf? Kann es eine ärgere Verhöhnung der Gerechtigkeit geben? Soweit das Radfahren als „Sport“, als „Lugus“ in Betracht kommt, ist es doch nur noch ein „Sport“ der „Heinen Leute“, der Arbeiter etc., die das Bedürfnis haben, Sonntags einmal fern von der schlechten Luft der Großstadt die freie Natur zu genießen. Die „bessere und beste Gesellschaft“, vor allem die feudale Sippschaft, ist über den Radfahrersport längst hinweg; sie hat sich dem „standesgemäßen“ Automobilsport, oder vielmehr dem Unfug dieses Sports zugewandt und wehrt sich gegen dessen steuerliche Belastung.

So waltet in Preußen-Deutschland tatsächlich der Steuergeist des mittelalterlichen Feudalismus: das arbeitende Volk wird ausgehöhlet. Wenn das nicht bald ein Ende mit der Junkerherrschaft macht, wird ihm noch jedes Stückchen Fell abgezogen!

Was? In Preußen-Deutschland und in Preußen ganz besonders, wären die maßgebenden Elemente nicht gerecht gegen das arbeitende Volk? Bitte schön, sie behandeln es nicht nur steuerlich, sondern auch sonst gerecht. Dazu zwei Beispiele noch:

Die Fahrpreiserhöhungen, die seitens der Eisenbahnen auf Arbeiterkarien gewährt werden, sind den Agrariern ein Dorn im Auge, und diese lassen keine Gelegenheit vorbeigehen, wo sie nicht dagegen anzukämpfen versuchen.

Die preußische Staatsbahnverwaltung hatte sich bisher ihrem Anfinnen gegenüber, den Preisermäßigungen für Arbeiter Einhalt zu gebieten, grundsätzlich ablehnend verhalten und die Eingaben landwirtschaftlicher Vereine und Korporationen durchweg zurückgewiesen.

Neuerdings haben die Agrarier mit ihrem Vorgehen auf diesem Gebiet aber doch Erfolge erzielt. So hatte der Minister der öffentlichen Arbeiten auf Grund von Anträgen der Brandenburgerischen Landwirtschaftskammer die Eisenbahndirektionen angewiesen, die Frage der Freifahrtbewilligung an Ehefrauen und Angehörige von Eisenbahnarbeitern, die weitaus von Städten ihren Wohnsitz haben und dorthin wöchentlich einmal fahren, um Einkäufe zu machen, nachzuprüfen. Die Folge dieser Erhebungen ist, daß in dem Umfange der Freifahrtbewilligungen eine Einschränkung herbeigeführt wird! Und in der Ausgabe der Arbeiterrückfahrkarten ist eine wesentliche Verminderung dadurch eingetreten, daß neue Karten auf Entfernungen von mehr als 60 km nicht mehr ausgegeben werden!

Ist das etwa nicht ein Bild „sozialer Gerechtigkeit“? Weiter: Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr v. Weitenbach, hat die scharfe Kritik, die kürzlich wieder im Reichstage an der Praxis, das Koalitionsrecht der Beamten nicht gelten zu lassen, geübt worden ist, so sehr zu Herzen genommen, daß er an die Präsidenten der Eisenbahndirektionen einen Erlaß gerichtet hat, in dem es heißt:

„In der am 18. April d. J. in Berlin abgehaltenen allgemeinen Versammlung ist den Beamten von einigen Rednern empfohlen, sich zu großen Verbänden zu vereinigen, um in einmütigem Handeln gemeinsame Ziele verfolgen zu können.“

Wenn ich auch überzeugt bin, daß die erwähnte Versammlung nicht als die berufene Vertretung der Eisenbahnbeamtenchaft und die dort gefallenen Äußerungen nicht als Ausdruck der unter den Eisenbahnbeamten herrschenden Auffassung anzusehen sind, so sehe ich mich doch veranlaßt, den Erlaß vom 24. bis 31. Dezember 1906 IV, Band 5, 1049, 1076 in Erinnerung zu bringen, wonach das Bestreben, Forderungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Staatsbeamten durch Bildung von Beamtenvereinigungen durchzuführen, welche politische Macht und dadurch Einfluß auf Regierung und Landtag gewinnen wollen, mit den Pflichten des Staatsamts unvereinbar ist.

Die Vorstände der im Direktionsbezirk bestehenden Beamtenvereine sind auf die im vorgenannten Erlaß zum Ausdruck gebrachten Grundsätze hinzuweisen, und es würde auch sonst den beteiligten Beamten geeigneter Vorkhalt zu machen sein, wenn im dortigen Bezirke die Bestrebungen der erwähnten Art bemerkbar werden sollten.“

Na, also! Kann das „Gerechtigkeitsgefühl“ der staatlichen Autoritäten noch besser bekundet werden, als dadurch, entgegen dem Befehl den Beamten und Arbeitern des Staates das Koalitionsrecht genommen wird? Man bedenke auch, daß das nur aus reinstem „Wohltunellen“ für sie geschieht.

Nun noch etwas Ausland. In der „Humanität“ legt der Genosse Laurès folgende Ansichten über das Generalfreist-Experiment in Frankreich dar:

„Ich habe schon gesagt, daß sich das Proletariat kauft, wenn es sich einbildet, der Generalfreist — selbst wenn er tatsächlich verwirklicht ist — genüge, um die Bourgeoisie zur Kapitulation zu zwingen. Diese hat noch unermessliche Hilfsquellen des Widerstandes und des Kampfes zur Verfügung, und der Generalfreist kann nur in einer freitischen Stunde eine Bewegung beschleunigen, die schon durch eine ungeheure propagandistische und erzieherische Arbeit vorbereitet ist. Er kann nur wirksam werden, wenn er sich auf eine möglichst umfassende und starke Organisation stützt. Dies habe ich versucht darzulegen und ich fügte hinzu, daß diese große Werbearbeit, die Voraussetzung jeder ernsten Aktion, nur dann möglich sei, wenn die Gewerkschaftsbewegung die träge Masse nach und nach heranzieht und durch die tägliche Wohltat harter Reformen, die durch die gewerkschaftliche und die politische Aktion zugleich errungen werden, „erweckt.“

Es ist immer sehr geboten, in der Frage des Generalfreists sehr vorsichtig zu erwägen und zu urteilen. Mit Fanatismus und Phrasologie ist da nichts getan. Die Generalfreist-Idee ist kein prinzipielles Evangelium, sondern, objektiv betrachtet, eine rein taktische Erwägung, mit der nicht gespielt werden darf.

## Maurerbewegung.

### Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperrten, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zugung von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

#### Deutschland:

##### Maurer:

###### Hansastädte:

**Hamburg** (Streik der Betonarbeiter, Sperrung über die Schornsteinbaufirma Diedrich, Aussperrung aller Arbeiter des Baugewerbes angedroht);

###### Mecklenburg:

**Sülze** (Sperrung über Holdorf), **Lübtheen** (Sperrung über das Kaltwerk);

###### Brandenburg:

**Bad Schönfließ** (Aussperrung), **Lehnh-Cammen-Gross-Kreuz** (Abwehrstreiks);

###### Pommern:

**Pritz, Regenwalde, Richtenberg-Franzburg** (Streiks), **Treptow a. d. Rega** (Sperrung über Paul Wittke), **Rügenwalde** (Schirmer und Leichter, Sperrung), **Bergen a. R.** (Sperrung über Rudolf Wahl in Binz), **Wolgast** (Sperrung über Peters in Lümsandorf);

###### Ost- und Westpreussen, Posen:

**Pilkallen, Koschmin** (Streiks), **Lattowitz** (Sperrung über die Unternehmer Laube und Kempen), **Königsberg** (Sperrung über Riemann), **Konitz, Vandsburg, Marienwerder, Lissa** (Differenzen);

###### Königr. Sachsen:

**Leipzig** (gesperrt sind: Marien & Kunze, Bahnhofsbauten), **Milsen** (Sperrungen über E. Meier, Ortmanndorf und F. Döhm, Milsen-St. Niklas), **Schkeuditz** (Sperrung über Reiwand in Cursdorf), **Borsdorf** (gesperrt sind die Bauten der Unternehmer Wilhelm in Borsdorf und Hanke in Paritsch), **Zittau** (Sperrung über Hüske in Weigsdorf), **Bautzen, Freiberg** (Streiks);

###### Provinz Sachsen und Anhalt:

**Merseburg** (Sperrung über den Schulneubau in Schafstädt b. Lauchstädt), **Weissenfels** (Sperrung über die Unternehmer Menzel und Schiedt), **Halle** (Sperrung über Ifland in Fassendorf), **Aken** (Sperrung über Karl Karthäuser), **Dessau** (Abwehrstreik), **Coswig, Halberstadt, Wettin a. d. S.** (Streiks), **Salzwedel** (Aussperrung);

###### Schlesien:

**Bunzlau** (Sperrung über die Tonröhrenfabrik von Hoffmann & Co.), **Märzdorf** (Sperrung über Schneider in Peiskerau und Scheundel in Grebelwitz), **Löwenberg** (mehrere Sperrungen);

###### Thüringen:

**Schlotheim** (Streik), **Arnstadt** (Sperrung über O. Gressler), **Ronneburg** (Sperrung über Kretschmar), **Sachs** (Sperrung über Buchholz in Brannlage);

###### Hannover, Braunschweig, Oldenburg:

**Ahlten b. Lehrte, Müden, Schneverdingen, Walsrode, Neuhaus a. d. Elbe, Quakenbrück** (Streiks), **Sulingen** (partieller Streik), **Landkreis Linden** (Aussperrung), **Bückeburg** (Sperrung über Krauss), **Hannover** (Sperrung über die Firma Berger & Comp. aus Bromberg), **Nordenham** (Sperrung über die Bauten des Metallwerks), **Vechta, Holzminden** (Differenzen);

###### Westfalen und Rheinland:

**Benrath, Viernon** (Streiks), **Saarbrücken u. Umg., Gütersloh** (Aussperrung), **Selm** (Sperrung über Kohl), **Haape** (Sperrung über das Eisen- und Stahlwerk), **Minden** (Sperrung über Alkman in Oberkirchen), **Düsseldorf** (Sperrung über Biese), **Ahlen** (Sperrung über Krämer), **Burgsteinfurt** (Sperrung über Gotzki), **Oeynhausen** (Sperrung über das Eisenwerk „Weserkütte“), **Rheinhausen** (Differenzen auf dem Kruppschen Werk);

**Hessen-Waldeck:**

Büttelborn (Sperrung über Kuhlmann und Kraus), Biebsheim, Bad Orb (Streiks), Bad Soden (Sperrung über den Unternehmer Christian);

**Bayern:**

Ausbach, Zirndorf (Streiks), Oberkotsau, Würzburg (Aussperrung), München (Differenzen wegen des Arbeitsnachweises);

**Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:**

Pforzheim (Streik), Worms (Sperrung über Schmidt);

**Fliesenleger:**

Mülheim-Ruhr (Sperrung über Möhlenbrück & Matheis), Köln und Düsseldorf (Sperrung über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn), München (Aussperrung).

**Isolierer und Steinholzer:**

Leipzig (Sperrung über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Moltkestr. 28), Götting (Sperrung über die Korkleithwerke), Chemnitz (Sperrung über Ziegler & Fritsche), Hamburg (Aussperrung), Berlin (Sperrung über die Filiale der Gesellschaft „Fama“).

**Oesterreich:**

Klosterneuburg, Piseck, Prag (Streiks).

**Schweiz:**

Zürich (Streik der Fliesenleger).

**Gau Bremen.**

Am 24. Mai sollte in Bremen eine Verhandlung über die in Quadenbrück schwelenden Differenzen stattfinden. Von Quadenbrück war der Vorsitzende des dortigen Arbeitgeberverbandes, Herr Müller, erschienen. Unterwegs war neben zwei Kollegen aus Quadenbrück auch der Gauborstand, von dem Bauarbeitern ein Vertreter aus Quadenbrück und auch deren Gauborstand anwesend. Bevor in die Verhandlungen eingetreten wurde, erklärte der Vorsitzende des Quadenbrücker Arbeitgeberverbandes, daß nur mit den Mauern verhandelt werden sollte; es sei ihm unbegreiflich, wie auch die Bauarbeiter ungeladen erschienen könnten. Nachdem wir Herrn Müller daran erinnert hatten, daß er selbst bei der Besprechung am 12. Mai in Quadenbrück die Verhandlung auf den 24. Mai nach Quadenbrück festgesetzt hätte, und daß beide Gauborstände schriftlich eingeladen waren, erklärte er, dessen könne er sich nicht bestimmen. Da Herr Müller erklärt, es müsse dabei bleiben, daß nur mit den Mauern verhandelt würde, wurde die Verhandlung abgebrochen. Die Maurer und Bauarbeiter hatten, weil für Quadenbrück Kündigung bestand, am 15. Mai sämtlich das Arbeitsverhältnis auf den 29. Mai gekündigt. Als nun am 26. Mai die drei in Bremen zur Verhandlung mit anwesend gewesenen Maurer und Bauarbeiter die Arbeit begannen wollten, wurden sie, obwohl ihre Kündigungsfrist noch nicht abgelaufen war, sofort entlassen. Nun legten sämtliche bei den beiden Unternehmern anwesenden Maurer und Bauarbeiter die Arbeit nieder. Das hatten die Unternehmer allerdings nicht erwartet, und nun sollte der Sekretär des Arbeitsnachweises in Bremen helfen. Kollege Hildebrand wurde am 28. Mai aus Leipzig gerufen, wo ihm der Sekretär des Arbeitsnachweises in Bremen mitteilte, daß sich die Quadenbrücker Unternehmer nicht entsinnen könnten, auch den Gauborstandenden der Bauarbeiter zu einer weiteren Sitzung eingeladen zu haben. Im übrigen bemerkten sie sich darüber, daß bei den beiden Unternehmern widerrechtlich die Arbeit eingestellt sei, da die Kündigungsfrist noch nicht aufgelaufen sei. Diefelben Unternehmer, die drei Arbeiter entließen, die gleichfalls noch bis zum 29. Mai zu arbeiten hatten, schrieben jetzt: Samuel Hill! Kollege Hildebrand erklärte dann auch, daß sich an der Sache nichts ändern ließe, ohne die Bauarbeiter gehe es in diesem Fall nicht. Am 29. Mai nahmen sämtliche Maurer und Bauarbeiter ihre Entlassung. Auch die Unternehmer von Quadenbrück müssen anerkennen, daß die Bauarbeiter als gleichberechtigter Faktor am Bau zu gelten haben und über Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Wort mitzureden haben. Die Arbeitsgelegenheit ist gut; der große Bahnhofsbaubau erfordert noch viele Arbeitskräfte; insofern werden sich die Unternehmer noch eines Besseren bestimmen müssen. Sie sollten einen wahren Vergleich schließen, da der nun angefangene Prozeß für sie auch nicht fett werden kann.

**Gau Breslau.**

Zur Lohnbewegung in Breslau-Land und Weistern ist zu berichten, daß der Unternehmer Wüstling in Zindel unsere Forderungen bewilligt hat. Die streitenden Kollegen, soweit sie nicht abgereist waren, sind alle bei Wüstling in Arbeit getreten. Es rufen noch zwei Bauten in Zschirne, weil Wüstling nicht genug Arbeitskräfte bekommen kann. Der Unternehmer Schmidt in Jannowitz gibt sich alle mögliche Mühe, Arbeitskräfte zu bekommen; so findet er jeden Sonntag seine Lehrburschen auf die Dörfer der Umgegend, um Maurer zu suchen. Dabei ist es charakteristisch, daß Schmidt den anzuwerbenden Kollegen 41 % bietet; unsere Forderung ist 40 %. Vor der Lohnbewegung stand der Lohn auf 33 bis 37 %. Auch der Unternehmer Gerlach in Kaslowitz zahlt heute seinen Streikbrechern 39 %. Gerlach würde auch 40 % zahlen, wenn er nicht glaubte, daß das eine „Schwäche“ uns gegenüber sei. Zahlen wollen die Herren, aber nicht unterschreiben; sie bevorzugen also die Anerkennung der Organisation. Der Kampf ist ungemein schwierig, weil er sich auf ein dündes Dreieck erstreckt, die sehr weit auseinander liegen und deren Einwohner fast alle Gegner unserer Organisation sind. Wie weit der Fanatismus dieser Leute geht, sieht man daran, daß man uns (die Streikleitung) aus den Gastwirtschaften der Orte hinauswies, wo wir unsere Lebens-Nahrung wegen entziehen. Dem Kollegen, bei dem wir übernachtet, ist gesagt worden, daß er Schwierigkeiten mit seiner kleinen Feldwirtschaft haben würde, wenn wir noch lange bei ihm verbleiben. Auch die Angehörigen der Bauberufe (Zimmerer und Bauführer) sind schlimmer wie Kettenhunde. Sobald wir uns an einem Bau sehen lassen, kommen sie mit Knütteln bewaffnet, um uns ihre Meinung zu sagen. Wenn es bisher noch nicht zu Tätlichkeiten gekommen ist, so lag das nur daran, daß wir uns nicht reizen ließen. Das alles kann uns nicht abhalten, hier zwei Meilen vor den Toren der Großstadt Breslau bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Von Schweiberg wird berichtet, daß die Unternehmer Pfeiffer, Kallbrenner und Jädel den Tarif nicht anerkennen. Sie sind deswegen gesperrt worden, Zugang ist ferngehalten.

**Gau Eln.**

Die Sperrung über den Bau der Irrenanstalt in Gerborn, Zweigverein Siegen, ist beendet. Der Unternehmer hat sich zu einem Verträge mit uns bequemt. Die Arbeitszeit beträgt für 1909 elf Stunden, vom Jahre 1910 ab zehneinhalb Stunden. An den Samstagen ist um 6 Uhr Feierabend. Der Stundenlohn beträgt für Maurer und Zimmerer bis zum 30. September 1909 48 %, vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1909 49 % und von da an 50 %; für Bauführer 10 % weniger. Für Lieberstunden werden 10 %, für Nachtarbeit 50 %, für Sonntagsarbeit 100 % bezahlt usw. Unter dem Vorbehalt des Herrn Bürgermeisters von Gerborn und unter tätiger Mitwirkung des hiesigen Herrn Baumeisters kam der Vertrag zustande. Noch in der letzten Nummer waren wir gezwungen, uns gegen das Vorgehen der Behörden, insbesondere auch gegen den Herrn Bürgermeister zu wenden. Mittlerweile hatten die Herren, die in Gerborn noch keinen Streik erlebt hatten und von dem Unternehmer und seinen Vertretern gegen die Arbeiter aufgehetzt waren, sehr schnell eingeschlagen, um eine menschenwürdige Lebenshaltung ehrlich und energisch kämpfende Männer waren, die sich auch durch das provozierende Verhalten des Baugewaltigen und seiner Untergebenen sowie der allerdings nur geringen Zahl Arbeitswilliger und der Polizei und Gendarmarie nicht aus ihrer Ruhe, aber auch nicht aus ihrer Unerschlichkeit im Kampfe bringen ließen. Die Streikenden behielten sogar ruhig Mut, als Streikbrecher in angetrunkenem Zustande mit Nebeln in der Stadt herumkullerten. Dies frechhafte Vorgehen der Streikbrecher öffnete dann aber den Behörden die Augen. Der Herr Bürgermeister mußte anerkennen, daß die Streikenden sich musterhaft betragen und er heute auf einem ganz andern Standpunkt stände als beim Beginn des Streiks. Er läßt nun ein, daß die Streikenden im Recht seien und die Arbeitswilligen nicht unangelegentlich. Der Vertrag läuft bis zum 30. April 1911. Es wird nunmehr versucht werden, ihn auch auf die andern Firmen auszudehnen. Hoffentlich helfen die Gerborner Maurer und Bauarbeiter nun auch kräftig mit. Wenn irgendwo etwas los ist, dann darf auch der große Strasse aus der „Kohlenstraße“ in der vorigen Jahre die rheinisch-westfälischen Bauunternehmer und Malienfirmen zum Triumph über die Arbeiter führen wollte, allerdings mit schlechtem Resultate, und der auch jetzt wieder im Begriff steht, einen kirchlich-fingierten Sieg gegen die Holzarbeiter zu erringen. Herr Schmidt e. d. h. a. u. s., nicht fehlen. Lieberall steht der Herr seine Gme hinein und in einer Weise, daß wir nicht recht wußten, worüber wir mehr staunen sollten, über die Dreistigkeit oder über die Naivität, mit der er zu Werke geht. Wir wollen den Schmiedehausen Stil den Lesern zur Erheiterung unterbreiten. Er lautet:

Essen (Müh), 12. Mai 1909.

Im den Zentralverband der Maurer Deutschlands, Gau Mitteldeutschland.

Von unserm Mitgliede, Herrn Peter Wülfers in Münster, der in Gerborn eine größere Arbeit ausführt, erfahren wir, daß Sie seine Baustellen gesperrt haben, weil Herr Wülfers berechtigterweise fünf Mann entlassen hat. Ihre Leute haben die Wiedereinstellung dieser Maurer verlangt, was Herr W. nicht gewähren konnte, da für die Leute eben nicht Arbeit vorhanden war. Schließlich sind Sie auch noch mit unerbörten Lohnforderungen an ihn heranzutreten, haben 53 % verlangt, während der Lohn in Gerborn auf 42 % steht. Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß Ihr Verhalten eine Verletzung ist, und daß außerdem die ortsüblichen Löhne überall maßgebend sind. Ein solches Verhalten einem Unternehmer gegenüber, der für Rheinland und Westfalen im festen Vertragsverhältnis steht und seinen Verpflichtungen den Leuten gegenüber auch dort streng nachgekommen ist, ist auf das schwerste zu beurteilen. Wir dürfen wohl annehmen, daß Sie für Beilegung dieser Angelegenheit Sorge tragen werden, und haben uns inzwischen an unsern Zentralverband mit dem Siege in Frankfurt a. M. gewandt.

**Schachschüssel**

Arbeitsgeberverband für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten. Geschäftsleitung: S. Schmiedehaus.

Der Brief ist über den mitteldeutschen Arbeitgeberverband an den Gauborstand in Frankfurt gelangt, wohl weil Schmiedehaus glaubte, Gerborn gehöre zu diesem Gau. Kollege Hüttmann sandte ihn uns zu und wir haben Herrn Schmiedehaus auch geantwortet. Ueber die Antwort wird er wenig erbaute gewesen sein. Herr Wülfers hat jetzt wieder Arbeit für die Gemahlsregellen und auch die mehrerthe Lohnforderung ist, wenn auch nicht ganz bewilligt. Noch mehr: wir sind zu einem Verträge gekommen, der eine halbe Stunde Arbeitszeitverfängerung und eine Anzahl sonstiger Verbesserungen bringt. Die Beurteilung Schmiedehaus hat nicht genügt.

In Viersen sind unsere Kollegen mit den Hilfsarbeitern gemeinsam in den Streik eingetreten. Wir haben das nichtswürdige Verhalten der Viersener Bauunternehmer den Arbeitern gegenüber bereits im vorigen Heft in der gleichnamigen Weise beleuchtet. Die Bauproben schlossen im Jahre 1906 bei guter Konjunktur mit den Arbeitgeberorganisationen einen Vertrag bis zum 1. April 1909 ab, in dem für 1906 46 %, für 1907 50 % und für 1908 bis zum Ablauf 53 % für Maurer, für Bauführer 10 % weniger festgesetzt waren. Als im vorigen Jahre unter dem Einfluß der gewaltigen Wirtschaftskrise die Baugewaltigen durch den Berliner Schiedsrichter entschieden, daß im Rheinland der Lohn nicht erhöht wurde, da sagen sich die Viersener Unternehmer, wenn alle sich freuen, warum sollen wir traurig sein. Eine Ausrede war schnell gefunden, und so tatet sie uns denn auf unsere Anfrage, warum sie am 1. April 1908 nicht die vorgesehene Lohnerhöhung von 3 % durchgeführt hätten, und zu wissen, daß der Vertrag nicht mehr existiere. Auf unsere Frage, weshalb denn nicht, erklärten die Herren, sie hätten den Vertrag unter der Bedingung abgeschlossen, daß ein in der Gründung begriffener Arbeitgeberverband zustande kommen würde. Diese Voraussetzung sei nicht erfüllt worden, deshalb sei der Vertrag nicht gültig. Wie wir darüber denken, haben wir den Herrn gleich zu verstehen gegeben. Die große Arbeitslosigkeit hinderte uns damals, den Vortrüglichen den verdienten

Denkettel zu geben. In diesem Jahre ist die Situation jedoch anders. Arbeitsgelegenheit ist in großem Maße vorhanden. Die Herren dachten nun wohl selbst, daß es in diesem Jahre nicht so glatt abgehen würde, das böse Gewissen sühnig ihnen. Im Februar des Jahres berichtigten sie zunächst, uns zu einem neuen Verträge zu bewegen. Sie haben sich dem Arbeitgeberverband für M.-Glabbach angeschlossen, und dieser forderte uns zu Verhandlungen auf. Man hat 50 %. Wir haben sie ausgelacht. Nun holten sie eine größere Anzahl Holländer über die Grenze, weil sie diese als unorganisiert und arbeitswillig betrachteten. Es hat alles nichts genützt. Deutsche und Holländer haben am 22. Mai nach einem Referat des Gauborstandenden Muth, der in kurzer Darstellung die Handlungsweise der Unternehmer als das Charakterisierte, was sie ist, und die Arbeiter zum Handeln aufforderte, einstimmig beschlossen, die Arbeit einzustellen, was denn auch, wie oben bereits berichtet, am 23. Mai geschah. Die Unternehmer von Viersen mögen sich gefast sein lassen, daß die Arbeiter den Schimpf, den sie ihnen angetan haben, wieder abtragen werden. Sie werden zu lämpfen wissen.

**Gau Danzig.**

In Ratel ist die Aussperrung vom Arbeitgeberverband aufgehoben worden. Durch Vermittlung des Bundesvorstandes in Berlin hat am 26. Mai eine Verhandlung in Ratel stattgefunden, an der außer den örtlichen Parteien Herr Karmann aus Posen mit dem Syndikus seines Arbeitgeberverbandes als Vertreter des Bundesvorstandes teilnahmen, beziehungsweise die Verhandlung leitete. Die Vertretung des Gauborstandes war Kollege Geh-Danzig übertragener worden. Nach fünf-tägiger Verhandlung kam ein Vertrag zustande, der als Grundlage den Musterarif und eine sofortige Lohnerhöhung von 2 % vorsieht. Fast alle übrigen Bestimmungen sind dem bisherigen Tarif entnommen. Mit diesem Vertragsabschluss haben die Unternehmer in Ratel eine schwere Niederlage erlitten. Was es doch von Anfang an ihr fester Wille, unter keinen Umständen irgend eine Lohnerhöhung zu gewähren. Wie unsere Bemühungen, eine solche ohne Kampf zu erhalten, blieben ebenso erfolglos, wie die Bemühungen des Herrn Meisters. Einen Tarif, den uns die Unternehmer zur unbedingten Annahme präsentierten, lehnten die Kollegen ab, worauf am 1. Mai die Aussperrung erfolgte. Und nun, nach dreizehnwöchiger Dauer der Aussperrung, mußten die Unternehmer ihren Tarif zurückziehen und den Stundenlohn von 40 % auf 42 % in der Stadt und auf 47 % bei Landarbeiten erhöhen. Das war allerdings nur möglich durch das feste Zusammenhalten der Rateler Kollegen, die außer einem Polter, der erst Streifenunterstützung erhielt und dann arbeitswillig wurde, tapfer ihren Mann stellten. Am Tage des Vertragsabschlusses waren im ganzen von auswärts neun Streikbrecher in der Umgegend von Ratel beschäftigt, die ständig von einem Gendarmen bewacht wurden. Unser Rateler Kollegen haben den Tarif in einer Versammlung angenommen; nach den Pfingstfeiertagen wird die Arbeit wieder aufgenommen werden.

**Gau Erfurt.**

Die Differenz über die diesjährige Lohnzulage im Zweigverein Saalfeld hat sich zugunsten der Kollegen erledigt. Eine von den drei Bauberufen angesehene Sitzung der Schlichtungskommission vom 29. April, befaßte sich mit den Mißständen in der Lohnzahlung. Der Maurermeister Wochberger, der der Verhandlung beizuwohnte, hat der Meinung, daß die „richtigen“ Leute den tarifmäßigen Lohn erhalten sollten, während alle andern nach dem Ermessen der Unternehmer zu entlohnen waren. Als von unsern Vertretern darauf hingewiesen wurde, daß wir keinen Vertrag mit dem Worte „richtig“ hätten und auch nicht anerkennen würden, wurden die Pläne des Herrn Wochberger von seinen eignen Kollegen zu Wasser gemacht, indem sie erklärten, daß den tarifmäßigen Lohn alle Bauarbeiter, mit Ausnahme der Junggelehrten und der Arbeiter, die nicht im Vollbesitz ihrer Arbeitskräfte sind, zu erhalten haben. Auch geben sie uns das Versprechen, soweit es ihnen möglich ist, dafür einzutreten, daß der tarifmäßige Lohn überall gezahlt wird. Soweit wir Unruhe gehalten haben, hat die Sitzung ihren Zweck erfüllt, und wir können die Angelegenheit für erledigt betrachten.

**Gau Hamburg.**

Am 26. Mai hatten sich die Kollegen in Hamburg in einer impolanter Versammlung mit den weiteren Maßnahmen zur Lohnbewegung zu beschäftigen. Viele mußten draußen bleiben, da Saal, Gallerien und Nebenräume des großen Gewerkschaftsbausales bis auf den letzten Platz gefüllt waren. Nachdem das Ansehen des verstorbenen Kollegen C. Schwarz in der üblichen Weise gezeigt wurde, rekapitulierte Kollege Hartwig in längeren Ausführungen nochmals den Gang der stattgefundenen Unterhandlung mit dem Bund der Maurer- und Zimmermeister bezu. die Aussperrung, die mit den Vertretern des Vierstädtebundes auf Grund des von letzteren ausgesprochenen Entschlusses einer Arbeitsordnung stattgefunden hat. In der letzten Sitzung mit dem Bund, die am 19. Mai stattgefunden hat, waren außer Vertretern der Sitzung auch Vertreter des tarifmäßigen Betonvereins, jetzt Lohnschutzverband für das Baugewerbe, anwesend. Die beantragte Lohnerhöhung und Arbeitszeitverfängerung lehnten die Herren kategorisch ab, mit dem Wunsch, daß sie bereit seien, weitere Verhandlungen zwecks Abschluß eines Tarifvertrages im Monat August beziehungsweise September zu pflegen. Diefen Wunsch lehnten die Vertreter der Arbeiter aus leicht zu erratenden Gründen dankend ab. Somit war auch diese Unterhandlung vollständig ergebnislos verlaufen. Daß die Konjunktur in diesem Jahre eine günstige ist, erläuterte Redner durch Vergleichszahlen der Vorjahre zu der in diesem Jahre am 12. und 18. Mai aufgenommenen Bauten-Statistik. Am 18. Mai nicht den zu erwartenden Dingen untätig entgegenzusehen, haben sich die am Baugewerbe beteiligten Arbeitgeberorganisationen, die sich jetzt den Namen Baugewerbeverband zugelegt haben, veranlaßt gefühlt, einen Schiedsrichter abzugeben, indem sie am 24. Mai unserer Organisation ein Schreiben überreichten, worin mit einer allgemeinen Aussperrung gedroht wird, falls nicht die Sperrung, die über fünf Betonfirmen verhängt ist, aufgehoben werden, und wenn nicht die übrige Bauarbeiterchaft von weiteren Maßnahmen abwärts Ertragung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen abläßt. Redner empfahl, an der Forderung von 6 % Lohnerhöhung festzuhalten, von einer Forderung der Arbeitszeitverfängerung aber in diesem Jahre Abstand zu nehmen. In Betracht komme zunächst, daß bei der Unterhandlung die Vertreter der Unternehmer keine Arbeitszeitverfängerung gefordert

fordern die Unternehmer diesbezügliche Vorschläge gemacht haben; dann aber sprachen auch tatsächliche Erwägungen mit, die es ratam erscheinen ließen, von dieser Forderung vorläufig abzusehen, umsonst, da auch bereits die Bauhilfsarbeiter und Zimmerer demgemäß beschlossen haben. Mehrer empfiehlt dann am 26. Mai im Gewerkschaftsausschusse tagende außerordentliche Versammlung des Zweigvereins Hamburg des Zentralverbandes der Maurer beschließt:

Der Vorstand wird verpflichtet, den Unternehmern des Baugewerbes im Bier-Städte-Gebiet umgehend folgende Forderung zu unterbreiten:

1. Der Lohn für Maurergehilfen wird ab 4. resp. 5. Juni 1909 um 5 % erhöht und beträgt pro Stunde 85 ¢.

2. Die Arbeitszeit bleibt dieselbe wie bisher. Dem Vorstand wird das Recht erteilt, wenn obige Forderung nicht bis zum 2. Juni bewilligt ist, alle Maßnahmen zu ergreifen, um sie zur Anerkennung zu bringen. Den Anordnungen des Vorstandes respektive der Streikleitung ist in allen Fällen Folge zu leisten.

In der nunmehr folgenden lebhaften Diskussion, an der sich eine große Anzahl Redner beteiligten, wurde zwar der Arbeitszeitverkürzung das Wort geredet, wie auch über die Befreiung des Arbeitsnachweises und die Regelung der Krankenentlohnung gesprochen wurde. Unter Berücksichtigung der augenblicklichen Verhältnisse wurde von den meisten Rednern die Annahme der Resolution empfohlen. Besonders wurde dem Verbandsvorstandes Vorschlag hervorgehoben, daß es schwer sei, in einer überfüllten Versammlung tatsächliche Erwägungen zu erörtern. Hier könnte nicht alles angeführt werden, was bei der Bewegung zu berücksichtigen sei; man müsse Vertrauen zur Leitung haben und sie habe das auch verdient.

In seinem Schlusswort ging Hartwig auf die erhobenen Einwendungen und gestellten Abänderungsanträge ein und ersuchte die Kollegen, das Nötigen in den Votenden zu unterlassen und sich so zahlreich wie heute in der Versammlung zu erscheinen. Zur Sache bemerkte er noch, daß an dem Arbeitsnachweis jedes Tarifverhältnis mit dem Bier-Städte-Bund freier müsse. Nachdem Gebärde die Bestimmungen im Streikreglement des Statuts verlesen wurde die obenbenannte Resolution mit 1848 gegen 876 Stimmen angenommen. Viele Kollegen hatten wegen der großen Hitze bereits vor der Abstimmung das Lokal verlassen. Durch die übergroße Majorität für die Resolution waren alle übrigen Anträge, besonders die die Arbeitszeitverkürzung fordernden, hinfällig geworden. Mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation und das gute Gelingen der Sache erfolgte Schluß der Versammlung.

Nunmehr ist sicher mit einem großen Kampfe im Hamburger Baugewerbe zu rechnen. Der neugebildete „Baugewerbeverband“ hat tags nach dieser Versammlung beschlossen, die Aussperrung aller baugewerblichen Arbeiter am 5. Juni vorzunehmen, wenn nicht die Sperren über die Betonfirmen bis dahin aufgehoben sind. Das tun die Arbeiterorganisationen, jedoch nicht und darum wird es zum Kampfe kommen. Da die Sache nach Streikbrechern bald beginnen wird, so machen wir es allen Kollegen zur Pflicht, ein wachsames Auge darauf zu haben und für die Fernhaltung des Zugangs nach Hamburg zu wirken.

Die Bewegung der Betonarbeiter steht für unsre Kollegen außerordentlich günstig. Die wenigen Streikbrecher, die die Agenten in dem Arbeiterquartier zusammenfanden, sind unfähig, die Arbeit auszuführen. Tagtäglich hören wir wieder, sobald auf, wie die Agenten demaskiert werden. Die Agenten machen natürlich, da sie pro Kopf 4 1/2 bekommen, ihr eigenes Geschäft dabei. Am 28. Mai waren an sechs Punkten circa 80 Mann beschleunigt, davon haben im Laufe des Tages 42 aufgehört, so daß abends nur noch 38 nachblieben. Daß dem Lohnführerverband das Feuer auf den Nägeln brennt, beweist nachstehendes Schreiben:

Baugewerbe-Verband zu Hamburg, Hamburg, den 27. Mai 1909.

An den Zweigverein der Maurer, Sektion der Zementierer. Der Baugewerbe-Verband zu Hamburg macht hierdurch die Mitteilung, daß in der heute Abend abgehaltenen Versammlung nachstehender Beschluß gefaßt wurde:

Falls die Sektion der Zementierer die gegen das Betongewerbe verhängten partiellen Sperren nicht bis zum Donnerstag, den 3. Juni cr., aufgehoben hat und die Arbeiter in den gesperrten Betrieben bis zu diesem Tage nicht wieder aufgenommen sind, wird der Baugewerbe-Verband Sonnabend, den 5. Juni cr., im gesamten Baugewerbe mit den schärfsten Maßnahmen vorgehen.

Hochachtungsvoll

Baugewerbe-Verband zu Hamburg, In Vertretung des Vorstandes: Peter Jannß, Obermeister der „Bauplätze zu Altona“.

Der Baugewerbe-Verband droht also mit der Aussperrung der gesamten Bauarbeiter, ähnlich wie im vorigen Jahre bei der Lohnbewegung der Steinmetzen und der Blockmagenschnitzer. Dann etwas anderes kann mit den schärfsten Maßnahmen nicht gemeint sein. Dieser Beschluß ist natürlich durch die Forderungen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter beeinflusst worden.

Der Streik der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter in Pinnerberg ist beendet. Nachdem der partielle Streik einen Monat gehauert hatte und mehrere Verhandlungen gescheitert waren, machten sich die Unternehmer am 25. Mai folgendes Angebot: Der Lohn erhöht sich für Maurer und Zimmerer sofort von 60 auf 62 ¢, am 1. August auf 63 ¢, und am 1. Oktober d. J. auf 65 ¢ pro Arbeitsstunde. Für Bauhilfsarbeiter erhöht sich der Lohn sofort von 52 auf 54 ¢, am 1. August auf 56 ¢ und am 1. Oktober d. J. auf 58 ¢ pro Arbeitsstunde. Für Erbs, Beton- und Abzugsarbeiter tritt eine einmalige Lohnerhöhung von 45 auf 47 ¢ sofort in Kraft. Dieses Angebot der Unternehmer wurde in der Versammlung am 25. Mai angenommen. Damit ist die Lohnbewegung für die Pinnerberger Kollegen erfolgreich beendet worden.

Gau Hannover.

Der Zweigverein Bielefeld wird berichtet: Die Siedler-Unternehmer haben ihr Mägen jetzt, nachdem sie die Kollegen vier Wochen lang ausgeperrt haben, etwas gekühlt. In der letzten Verhandlung am 25. Mai kam ein Vertrag zustande, wonach die Unternehmer vom 1. Oktober dieses Jahres an 47 ¢ (bisher 45 ¢)

und vom 15. März nächsten Jahres 48 ¢ zu zahlen haben. Die Arbeitszeit wurde vom 1. Oktober an auf zehn Stunden festgelegt. In den Nebenforderungen wurden noch einige Verbesserungen erzielt. Das Resultat hat die Kollegen nicht im geringsten befriedigt, und sie haben es auch in der Mittelglieder-Versammlung abgelehnt. Die Christlichen haben dann am folgenden Tage das Angebot angenommen und so mußte denn auch unter dieser die Sache beigelegt werden. Daß aber auch bei Fortsetzung des Kampfes nicht viel mehr erreicht worden wäre, darüber waren sich alle einmütigen Kollegen klar, weil eine ziemlich hohe Streikbrecher vorhanden war, die zum Teil Mitglieder der christlichen Organisation waren. Daß mit diesen Elementen nicht viel getan werden kann, das haben auch die Unternehmer eingesehen; denn sie haben ihre früheren Beschlüsse wieder herangeholt. Die Siedler-Unternehmer haben in den letzten Jahren bereits dreimal ausgesperrt. Sie haben ihr Ziel, die Organisation zu vernichten, bisher nicht erreicht; sie werden es auch bei der vierten Aussperrung nicht erreichen.

Der Betrieb des Bauntennereis Zweite im Nachhinein Sieder ist gesperrt. Es konnte Herr Zweite bisher nicht klar gemacht werden, daß Sieder zum Bielefelder Lohngebiet gehört und daß er insolge dessen auch seinen Leuten den vertraglich festgesetzten Lohn von 55 ¢ pro Stunde zu zahlen hat. Herr Zweite zahlte bis jetzt nur 63 ¢ und glaubte noch, daß er 2 ¢ freiwillig mehr zähle. Einigen „minder leistungsfähigen“ Kollegen zahlte er auch nur 50 ¢ pro Stunde, die letzte Mittelglieder-Versammlung befahl sich besonders mit diesem Herrn, zumal Herr Zweite früher ein eifriges Verbandsmitglied war, und ihm seinerzeit auch ein Vertrauensposten übertragen wurde. Es haben dann am 27. Mai sämtliche Kollegen, einschließlich des Poliers, die Arbeitsstätten verlassen, nachdem nachwöchliche Vorstellungen nicht gebracht hatten. Herr Zweite hat mit besonderem Nachdruck bis jetzt gesagt: „Ich tue es nicht“. Hoffentlich sagt er bald: „Ich tue es doch“.

Gau Leipzig.

In Frankenberg haben die Kollegen einen schnellen Sieg in ihrer Lohnbewegung erfochten. Im Laufe der vorhergehenden Woche war mit den Unternehmern öfter schriftlich verhandelt worden, wobei jedoch nichts herauskam. Die Kollegen legten darum kurz einhelfen die Arbeit wieder. Nach drei Tagen waren die Unternehmer zu beschriebenen Zugeständnissen bereit und damit fand der Streik sein Ende. Vereinbarung wurde ein Stundenlohn von 42 ¢ (bisher 38 ¢) für Heberstunden ein Zuschlag von 5 ¢, für überausgewöhnliche Arbeit ein Zuschlag von nicht unter 10 ¢. Auch die Bauarbeiter hatten die Arbeit mit niedrigerem und erreicht die Regelung der Abfordräge und einen Stundenlohn von 34 ¢. Für Maurer und Bauarbeiter ist bei Arbeiten über Land ein Zuschlag festgesetzt, der je nach den Umständen bis zu 5 ¢ für die Stunde betragen soll.

In Falkenstein forderten die Kollegen eine Erhöhung des Stundenlohnes auf 42 ¢ und Verkürzung der eifstündigen Arbeitszeit auf zehn Stunden pro Tag. Die Unternehmer lehnten alles ab, worauf die Kollegen am 12. Mai die Arbeit einstellten. Am 13. Mai suchte die Streikleitung bei den Vorstehenden der Unternehmerorganisation um Unterhandlung nach. Die Antwort war folgender:

Beschluß

ber am Donnerstag, 13. Mai, im Restaurant Vierhülle in Auerbach stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes für den Amtshauptmannschaftsbezirk Auerbach und Umgegend, den Vertrauensmann Max Böllmer-Falkenstein mitzuteilen, daß, falls bis Montag, den 17. Mai, in sämtlichen Betrieben in Falkenstein und Umgegend die Arbeit zu den allen Bedingungen nicht wieder aufgenommen worden ist, in allen Betrieben der Amtshauptmannschaft aber in 14 Tagen sämtliche Maurer und Zimmerleute ausgesperrt werden. Sonnabend, den 15. Mai, wird allen Arbeitern in allen Betrieben gefordert; wird die Arbeit am Montag wieder aufgenommen, erledigt sich die Kündigung. Der Arbeitgeberverband steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Streik der heutigen Geschäftslage entsprechend nicht angebracht und willkürlich vom Baume gebrochen ist.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für den Amtshauptmannschaftsbezirk Auerbach und Umgegend. (Vollst. Unterschrift.)

Die Androhung der Aussperrung war ein Schlag ins Wasser. Da sich kein Streikbrecher zur Arbeit unter den allen Bedingungen meldete, erklärten sich die Unternehmer bereit, zu unterhandeln, was am 24. Mai geschah. In der Verhandlung wurde vereinbart: Vom 1. Juni 1909 an bei zehneinstündiger Arbeitszeit 40 ¢ und vom 4. September 1909 an bei zehneinstündiger Arbeitszeit 42 ¢ pro Stunde. Beide Parteien haben diesen Vereinbarungen zugestimmt. Der Vertrag, der für sämtliche Orte der Amtshauptmannschaft Auerbach Geltung hat, läuft bis zum 31. Dezember 1910. Die Arbeit ist am 27. Mai wieder aufgenommen worden. Durch diese Bewegung ist außer für Falkenstein für die Zweigvereine Kengelsfeld, Nobowitz, Treuen und Auerbach der Zehnstundentag, sowie ein betragsmäßiger Lohn von 42 ¢ festgelegt worden. An den Kollegen wird es nun liegen, diesen Erfolg, der nur durch die Organisation erreicht werden konnte, auch zu verteidigen und das Erungene allerorts fruchtbar durchzuführen.

In Eumme Tam in einer Unterhandlung mit den Unternehmern am 12. Mai folgende Vereinbarung zustande: Der Stundenlohn beträgt bei zehneinstündiger Arbeitszeit vom 15. Mai bis 2. Juli 1909 41 ¢, vom 3. Juli 1909 bis 15. April 1910 bei zehneinstündiger Arbeitszeit 43 ¢, vom 16. April 1910 bis 15. April 1912 45 ¢. Für Heberstunden wird ein Zuschlag von 10 ¢ pro Stunde, für Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit ein Zuschlag von 20 ¢ pro Stunde bezahlt. Nachdem in einer am 14. Mai abgehaltenen Versammlung die Kollegen dazu ihre Zustimmung erteilt hatten, wurde dies tariflich festgelegt. Obwohl auch die Firma Geh. Bibb den Tarif unterzeichnet hatte, wurde am 24. Mai ein Kollege von ihr entlassen, weil er die Lohnsätze nachgegeben hatte, ob der vereinbarte Lohn auch gezahlt würde. Erst nach unzufälliger Arbeitsniederlegung aller am Bau beschäftigten Kollegen wurde der gemäß-regelte Kollege wieder eingestellt.

Gau Lübeck.

In Neustadt i. S. fordern die Kollegen eine Erhöhung des Stundenlohnes von 43 auf 48 ¢; bei Landarbeit pro Stunde 3 ¢, bei Teer- und Dacharbeiten pro Stunde 5 ¢ Zuschlag. Die Unternehmer seigten erst zu einer mündlichen

Aussprache keine Neigung, haben aber jetzt mitgeteilt, daß sie bereit seien, in diesem Jahre 2 ¢ pro Stunde zu bewilligen. Da die Kollegen hiermit nicht zufrieden waren, wurden die Unternehmer zu einer mündlichen Auseinandersetzung eingeladen, die auch am 1. Oktober stattfand. Sie machten uns bittere Vorwürfe, daß wir so plötzlich einen „Ueberfall“ ins Werk setzten. Wenn wir schon im Herbst mit unserer Forderung gekommen wären, hätten sie sich auch nicht geweigert, eine Erhöhung des Lohnes zuzugestehen. Da sie gegenwärtig die gebotene Zulage von 2 ¢ auf ihr eigenes Konto nehmen müßten, könnten sie nicht mehr bewilligen. Da eine Einigung in dieser Sitzung nicht möglich war, gaben wir ihnen anheim, sich mit den Zimmermeistern in Verbindung zu setzen und uns ihrer Beschluß bis zum 12. Mai mitzuteilen. Diefolgtamen die Unternehmer nach und boten uns nun den Rest von 3 ¢ vom 1. Januar 1910 an. Auch den Aufschlag für Teer- und Dacharbeiten fanden sie zu sowie Montags- und Sonnabends in der vollen Sommerarbeitszeit bei Landarbeit je eine Stunde Minderung an der Arbeitszeit. Dies Angebot wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Damit ist die Bewegung für uns beendet.

Im Lohngebiet Schwarzen-Fadenburg sträubten sich die Unternehmer im Jahre 1908, mit den beteiligten Arbeiterorganisationen zu verhandeln. Die Folge davon war, daß es nicht zum Abschluß eines neuen Vertrags kam. Unter den Orten, wo durch Fällung eines Schiedspruches die noch bestehenden Differenzen beseitigt werden sollten, befand sich auch Schwarzen-Fadenburg. Da die Schwarzen-Unternehmer nicht betreten waren und Herr Fehlich erklärt hatte, daß nach Einigkeit der gewählten Schiedsrichter Schwarzen nicht unter den Schiedspruch fallen könnte, wurde von den Unparteilichen bemerkt, daß es nicht möglich sei, die Unternehmern nicht bis zu sich hinhängen lassen. Am 8. Februar d. J. wurden wir schließlich zu einer Verhandlung nach Schwarzen geladen, wozu schließlich ein Vertrag. Der Verhandlungsleiter, Zimmermeister Peters-Schwarzen, erklärte uns, er sei vom Bundesvorstand beauftragt, den Vertrag zum Abschluß zu bringen, jedoch ohne jegliche Rohnerhöhung, da nach ihrer Ansicht Schwarzen doch unter den Schiedspruch falle; diese Ansicht teilte auch ihr Bruder vorstand. Wir erklärten dem gegenüber, daß für uns der Schiedspruch vom vorigen Jahre, wonach Schwarzen-Fadenburg nicht unter dem Schiedspruch von 27. April fällt, maßgebend sei und daß ohne Rohnerhöhung kein Vertrag abgeschlossen würde. Die Verhandlung wurde abgebrochen, da die Unternehmer keinerlei Zugeständnisse machen wollten. Auf Veranlassung der beiderseitigen Zentralleitungen fand nun am 24. Mai abermals eine Verhandlung statt. Außer den direkt Beteiligten war ein Vertreter unres-Verbandsvorstands sowie Herr Wiese-Günshorn für den Bundesvorstand und Herr Hauptmann a. D. Gurllit als Sekretär des Verbandes Interesse dazu erschienen. Nachdem die Streitfrage betreffend Giltigkeit des Schiedspruches ausgedallert worden war, bequerten sich die Unternehmer, am 1. Juli d. J. bis zum 31. März 1910 eine Rohnerhöhung von 2 ¢ zu gewähren. Den Bauhilfsarbeitern in Fadenburg, die bereits einen um 4 ¢ höheren Stundenlohn hatten, als die Schwarzen Bauhilfsarbeiter, sollte diese Erhöhung nicht zuteil werden. Hierauf konnten wir uns nicht einlassen. Es folgte dann als letztes Angebot für Fadenburg 1 ¢ pro Stunde. Wegen der Landarbeit konnten wir zu einem positiven Resultat nicht kommen. Es soll in allen Fällen für die Dauer des Vertrags eine gegenseitige Vereinbarung zulässig sein. Das Angebot wurde in Schwarzen gegen zwei Stimmen, in Fadenburg einstimmig angenommen.

Gau Magdeburg.

Die Kollegen in F r ö r e r s t a d t, Zweigverein Staffurt, haben in einer Versammlung am 23. Mai beschlossen, den Unternehmern die Forderung nach einer Lohnerhöhung von 40 ¢ auf 48 ¢ zu unterbreiten. Obwohl in F r ö r e r s t a d t die Kosten des Lebensunterhalts ebenso erhöht sind wie anderwärts, ist der Lohn doch seit acht Jahren nicht gestiegen.

Gau Mannheim.

In den Saarländern wollen die Unternehmer keine friedliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie das nachstehende Schreiben des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe im Saargebiet beweist, das unsern Zweigverein in Saarbrücken am 26. Mai zugeht:

Antwort auf das Schreiben vom 19. Mai d. J. In dem wir unser Schreiben vom 1. Februar d. J. bestätigen, teilen wir mit, daß sich unser Standpunkt nicht geändert hat.

Ein Abwägen höherer Löhne auf das bauende Publikum ist nicht mehr möglich, und so kann rechtfertigen die Leistungen der großen Mehrzahl der Maurer nicht einmal die jetzigen Löhne; wenn diese trotzdem bei der allgemeinen schlechten Konjunktur weiter gezahlt werden sollen, so geschieht dies nur für den Fall, daß friedliche Zeiten herrschen; im andern Falle werden wir eine Erhöhung der Löhne in Erwägung ziehen. Hochachtungsvoll

Der Vorstand.

S. A.

Der Vorsitzende A. Schmidt. Die, Generalsekretär.

Das ist Stummher Geist wie er jetzt von dessen Epigonen im Saarebier nachgepflückt wird. In der Versammlung am 25. Mai, die beiläufig bemerkt, von mehr als 1000 Maurern und Bauhilfsarbeitern besucht war, herrschte bereits Kampfstimmung. Hätten wir das Schreiben der Unternehmer in dieser Versammlung schon zur Kenntnis bringen können, so wäre ohne Zweifel der Streik beschlossen worden. Nun findet am 1. Juni, früh 8 Uhr, eine weitere Versammlung statt, in der der Streik sicher beschlossen werden wird. Der Kampf mit dem Proletum wird nicht leicht sein, doch wenn uns die Kollegen in andern Orten den Rücken frei halten, so können wir den Wassengang schon wagen.

In Pforzheim steht unsre Sache nach wie vor gut. In den letzten drei Wochen ist nicht ein einziger Streikbrecher abgefallen und auch die Bemühungen der Streikbrecheragenten sind erfolglos geblieben. Von 376 Kollegen, die im Streikverhältnis eingetragen sind, sind noch 107 vorhanden. Von den übrigen 269 sind 235 abgereist, also anderwärts in Arbeit, und 34 arbeiten zu neuen Bedingungen, und nach Pfingsten können wir noch eine größere Zahl unterbringen. Die Verheirateten sind zum großen Teil in Arbeit; in der ersten Woche waren 186 Verheiratete mit 854 Kindern und in der sechsten Woche 74 mit 143 Kindern zu unterfassen. Die Polizei hat jetzt doch

preussisch-sächsische Manieren angenommen, sie tanzt, wie die Unternehmer pflegen. Nur ein Fall sei hier bemerkt. Zwei Streikende machten am 26. Mai am Bahnhof zwei Italiener darauf aufmerksam, daß die Maurer und Bauhilfsarbeiter im Streik seien. Das sah Goldmann, der Helfer unter den Vorzeigern Bauunternehmern. Sofort zog er seine Zylinderpfeife aus der Westentasche und piffte dem in der Nähe stehenden Schutzmann. Der Schutzmann kam auf den Pfiff sofort, um zu sehen, was vorgehe. Herr Goldmann sagte zu dem Schutzmann mit hartem Märrlein: „In Auftrage des Arbeitgebersverbandes fordere ich Sie auf, den Mann zu verhaften.“ Der Hüter der Ordnung fadette nicht lange und nahm den Streikenden mit. Auf dem zweiten Streikenden wurde auf Verlangen dieses Scharfmachers verhaftet. — Die Streikenden lassen die Vorgänge kalt; sie sehen nicht um die Sympathie der Polizei, sondern verlassen sich auf ihre eigene Kraft. Aber es wird sich noch Gelegenheit bieten, um vor dem Lande festzusetzen, daß sich die Polizei sowohl an ihren rechtlichen Pflichten, wie an den Arbeitern verhält.

In Worms sind die Unternehmer Paul Schmidt & Sohn und Dierdorf & Wittmann gesperrt. Die Veranlassung dazu gab nicht allein die Willkür der Firmeneigener, sondern auch der Bauleiter Miesler, der mehrfach in Ermahnung einer anständigen Sanierung Vorträge vor den Maurern hielt, um sie aus der Organisation zu locken. Die Maurer und Bauarbeiter hielten darauf Platzverhandlungen ab, um diese historischen Bauleiterleistungen zu würdigen. Das verbot man ihnen nicht und zugleich entließ man einen Kollegen, der als der erste bei der Firma Dierdorf & Wittmann eingestellt war. Nach Lage der Sache mußte dies als Maßregelung angesehen werden; die von der Organisation geforderte WiederEinstellung lehnte die dafür verantwortliche Bauleitung ab. Darauf stellten die Bauarbeiter am 19. Mai die Arbeit ein, was zur Folge hatte, daß diese beiden Firmen sämtliche organisierten Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter entließ. Jetzt werden nun Streikbrecher gesucht. Man hatte Galizier, Italiener und andre, aber die Freunde der Unternehmer war immer sofort bereit, sobald die Ausgesperrten mit den Streikbrechern gesprochen hätten. Bis jetzt haben sie noch keinen Streikbrecher behalten können. Daß die Unternehmer davon ergrimm sind, ist erklärlich und man kann es nicht anders von ihnen verlangen. Etwas anders aber ist das Verhalten der Wormser Polizei zu beurteilen. In dieser heillosen Stadt herrschen Zustände, wie sie in Billfallen und Stallpöden nicht möglich wären! Die Unternehmer nennen mit dorgestrichenem Revolver unter die Streikenden, und die Polizei steht dabei glücklicherweise haben die Streikenden Verstand genug, um darüber zu lachen. Einige indifferenten Maurer von Mißgönnerei bauen eine Unterfunktionsbaracke für die ersehnten Streikbrecher. Nicht genug, daß diese von der Polizei bei der Arbeit bewacht werden, die Polizei umlagert auch nachts den Bau mit Polizeikunden. Dabei benehmen sich die Polizeidiener so aufreizend, daß es bei den Streikenden großer Selbstbeherrschung bedarf, um ruhig zu bleiben. Ja, diese Herren halten mit den Unternehmern zusammen vor den Augen der Streikenden Schickungen mit ihren Revolvern ab!

Trotz all dieser Herausforderungen bitten wir unsere Kollegen, ruhig zu bleiben. Keine Ueberretung! Kaltes Blut, und mit Ruhe und Entschlossenheit den Kampf geführt. Das sei ihre Losung. Wir müssen das in Worms, wo der Hehl regiert, die öffentlichen Gewalten ihre Brauchbarkeit durch Malträtierung der Arbeiterbewegung darum wollen. Gut; aber umso nötiger ist es, daß wir durch ein Beispiel zeigen, was durch die Einigkeit der Arbeiter zu erreichen ist. Große Teile der Bürgerschaft sympathisieren mit uns, weil auch sie der Gewalttätigkeit des Industrie-kapitalismus überdrüssig sind. Darum hat unser Kampf eine große Bedeutung, und darum dürfen wir unsere Ziele nicht dadurch verschätzen, daß wir uns von den Unternehmern oder von ihren Verbündeten zu Ungeheuerlichkeiten hinreißen lassen. Aber wir wollen hier doch einmal der Welt zeigen, wie das Kapital sogar in Hessen die öffentlichen Gewalt in seinen Dienst zwingt.

**Gau Nürnberg.**

In Ansbach ist in der letzten Woche eine Wendung in dem Stande des Streiks nicht eingetreten. Von den beiden Unternehmern, die die Forderung bewilligt haben, hat der eine seine Zusage wieder zurückgezogen, worauf die Kollegen auch dort die Arbeit einstellen. Dieser Unternehmer hat diesen Schritt aber nicht freiwillig getan, sondern die anderen Unternehmer haben solange auf ihn eingewirkt, bis er sein gegebenes Wort gebrochen hat. In manchen andern Streikorten muß man die Kollegen fortwährend zur Abreise mahnen, in Ansbach ist das Gegenteil der Fall; denn dort muß man immer die Kollegen mahnen, am Ort zu bleiben, damit nicht alle abziehen, da sonst diese Streikposten mehr aufgestellt werden können. Am Orte befinden sich nur noch achtzehn Streikende.

In Schwarzenbach a. d. Saale hat am 26. Mai wieder eine Unterhandlung stattgefunden, die gleichfalls wie eine frühere resultatlos verlief, da man in dem Streifen der Unternehmer immer noch auf dem Standpunkt steht, für Schwarzenbach gette der Schlichterspruch. Daß dies falsch ist, wissen die Unternehmer ganz gut, aber sie wollen durch ihre Stellung die Bewegung den ganzen Sommer hindurchhalten und wir sollten dadurch der für uns günstigeren Situation beraubt werden, wozu aber unsere Kollegen die Hand nicht bieten werden.

In Würzburg haben die Unternehmer die Aussperrung auf der ganzen Linie durchgeführt, wovon 225 Maurer und 280 Bauhilfsarbeiter betroffen sind. Nur sechs Maurer arbeiten zu den alten Bedingungen weiter; ein Unternehmer, der neun Maurer beschäftigt, hat unsere Forderung bewilligt. Vom nordbayerischen Bezirksverband für das Baugewerbe wurde den Unternehmern eine Unterhandlung angeboten, aber die Würzburger Unternehmer haben vorläufig geäußert, eine solche abzulehnen zu müssen, da sie die Forderungen doch nicht bewilligen wollen und daher eine Unterhandlung keinen Zweck habe. Wir werden abwarten müssen, bis die Unternehmer durch Schaden klug geworden sind.

In Zinzendorf, Zweigverein Nürnberg, haben die Unternehmer gleichfalls jede Unterhandlung abgelehnt, da ihnen angeblich die Forderung der Gehälter zu hoch ist. Der ge-

hängigte Vertrag läuft am 1. Juni ab, und da ein neuer nicht aufzuheben gekommen ist, dürfte es von diesem Tage an zur Arbeitseinstellung kommen.

**Gau Stettin.**

Der Stand des Streiks in Bregitz ist unverändert. Die Firma Gebr. Hansen will sich wahrlichlich an unserer Organisation die Fänge ausdehnen. Zu uns soll es nicht liegen, wenn es ihr nicht gelingt, wir werden hier den Braten so zäh wie möglich machen. Die Streikenden sind in vorzüglicher Stimmung; denn bis auf 18 sind sämtliche 108 Kollegen anderweitig untergebracht oder arbeiten an neuen Bedingungen. Streikbrecher sind 31 vorhanden; wiewohl sie aber das Manern eine ungewohnte Beschäftigung. Bieleicht wird in den ersten Wochen nach dem Fest eine Wendung zu unsern Gunsten eintreten.

**Gau Stuttgart.**

Am 26. Mai haben in Konstanz Verhandlungen stattgefunden, die auch zu einem annehmbaren Ergebnis führten. Der Lohn wurde festgesetzt auf 47  $\frac{1}{2}$ , er erhöht sich am 15. Juli auf 48  $\frac{1}{2}$ . Unsere Versammlung am Abend des Verhandlungstages hat den Vereinbarungen zugestimmt. Vorher betrug der Lohn 42 bis 44  $\frac{1}{2}$ . Es ist zu hoffen, daß unsere Organisation nunmehr auch an Stärke zunimmt. Die Arbeitseinstellung ist günstig. Der Zugang von Verbandsmitgliedern ist erwünscht.

Die Unternehmer in Tübingen sind bereit, mit uns einen Vertrag abzuschließen. Der Vorstand des Landesverbandes Württemberg des Deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe aber sucht den Vertragsabschluss zu verhindern, da ihm das Berliner Vertragsmuster immer noch nicht paßt. Er hat sich durch Statut das alleinige Verhandlungsrecht für sich Württemberg zugelegt, so daß die Unternehmer an den einzelnen Orten nicht verhandeln dürfen. Wie lange soll dieser unbillbare Zustand noch dauern? Wie lange noch werden sich die Unternehmer eines ganzen Landes von einem einzigen Duerkopp am Gängelband führen lassen?

**Bekanntmachung des Vorstandes.**

Flugblätter für Stettiner. Die Zentrale für italienische Agitation in Mannheim hat beschloßen, Mitte Juni ein zweites Flugblatt herauszugeben. Wenn Kollegen in andern Gauen auf den Bezug dieses Flugblattes reflektieren, so müssen sie ihren Bedarf umgehend beim Vorstehenden des Gaus Mannheim anmelden.

Redaktion des „Grundstein“. Die ausgeschriebene Redakteurstelle ist besetzt. Der Vorstandsvorstand hat den Kollegen August Ellinger in Berlin gewählt. Dem übrigen Bewerbern danken wir für ihre Bemühungen!

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 1, Besevinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 23. bis 29. Mai 1909 sind folgende Beiträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.
  - Mit-Mitglied M. 300, Artern 98,50, Albstätt 100, Aue 200, Boizenburg 12, Wolfenbühl 9,35, Blomberg 41,30, Bergedorf 200, Chemnitz 800, Gera 30, Grimmschlag 800, Gsin 800, Donaueschingen 50, Dortmund 1609, Eisenach (vom Streik zurück) 154,55, Erfurt 200, Hensburg 200, Gotha 500, Gera 800, Gabelschütz 100, Heide 100, Hörde 200, Hagenow 62,60, Jena 200, Königswinterhausen (vom Streik zurück) 219,52, Kolberg 150, Raina 100, Lübeck 950, München 2785,67, Mittweida 450, Neurode 20,16, Nannenburg 200, Nordhausen 400, Regau 125, Rathenow 400, Reudsbühl 150, Rostock 300, Stadoldendorf 129,64, Schmalkalden 70, Schwerin i. M. 273,60, Stolp 100, Schleiching 140, Tölz 66,44, Tals-Limmerode (vom Streik zurück) 21,74, Walenburg (Schl.) 500, Weida 12,80, Weisenseels 300, Waltheim 250, Jütz 200.
- b) Für Futterale.
  - Artern M. 1,50, Lübeck 3, Rostock 3, Weida 1, Weisenseels 2,50.
- c) Für „Berufsvereine“ von W. Kulemann.
  - Lübeck M. 10, Schwerin i. M. 10.
- d) „Die freien Gewerkschaften“ von Hirschfeld.
  - Lübeck M. 9, Schwerin i. M. 9.
- e) „Die christliche Arbeiterbewegung“ von A. Erdmann.
  - Lübeck M. 5, Schwerin i. M. 5.
- f) „Der Kampf um die Arbeitsbedingungen“.
  - Festenberg, Schwerin i. M. 10, Tölz je 75  $\frac{1}{2}$ .
- g) Für Anzeigen im „Grundstein“.
  - Lübenschütz M. 1,80, Markgrafspitze — 65, Welfert 1,50.

Marken-Versand. Vom 17. bis 29. Mai sind Marken versandt worden (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitslofenmarken, K = Kolportagemarken, L = Lokalfondsmarken):

- Mit-Mitglied 600 B à 60  $\frac{1}{2}$ , 50 E à 50, 5 E à 150, Auerich 15 E à 50, Aftenburg 8000 B à 50, 400 B à 45, 400 B à 40, Angsburg 200 E à 50, 400 A à 25, Anklam 3 E à 150, Alt-Bienitz 10 E à 50, Wpolda 400 B à 45, Aumburg 8 E à 50, Arnswalde 800 B à 40.
- Wienitz 100 A à 25  $\frac{1}{2}$ , Burgstädt 80 E à 50, 400 A à 25, 10 E à 150, Braunshweig 50 E à 50, 50 E à 150, Blumenthal 50 B à 30, Burg b. Magdeburg 2000 B à 45, Wühlow 300 A à 25, Warmen-10000 B à 65, Bräunshöhe 200 B à 45, 300 B à 50, Bremerhaven 200 A à 25, Budow 200 B à 40, 200 B à 45, 200 A à 25, 60 B à 55, 5 E à 50, Wolfenbühl 700 B à 35, Wlterfeld 20 B à 40, Wamburg 4000 B à 55, Bremen 50 E à 150, Wampnitz 600 B à 55, 200 B à 60, Wromberg 1000 A à 25, Wlefeld 1200 B à 55, Wagn 50 B à 45, Wlantenburg a. Harz 2000 B à 40.

- Chemnitz 190 E à 50  $\frac{1}{2}$ , 400 A à 25, 2000 L à 10, 400 B à 40, 100 E à 150, Grimmschlag 80 E à 50, 30 E à 150, Groppenstedt 100 B à 35, Gsin 10000 B à 70, 10 E à 200, 50 E à 150, Großen 1000 B à 35, 50 B à 80, 200 A à 25, Cottbus 600 B à 45, Gumbalbe 400 B à 50, 200 B à 35, 200 B à 30, 10 E à 50, Gührin 20 E à 50, Gassel 10000 B à 60, 1000 A à 25, 1000 B à 50, 1000 B à 45, 1000 B à 40, Colbitz 200 K à 10, Gpenitz 1000 L à 10, Droschig 400 B à 40  $\frac{1}{2}$ , Deltitz 10 E à 150, Drielen 200 A à 25, 10 E à 150, 200 B à 30, 200 B à 25, Döbeln 4000 B à 40, Danzig 100 E à 50, Deutsch-Billa 200 A à 25, Deutsch-Rastwitz 200 A à 25, Düsseldorf 10000 B à 50, 200 E à 50, 400 A à 25, Duisburg 8200 B à 65, Diefen 20 E à 50, Delligau 200 B à 35, Dessau 50 B à 80, Delmenhorst 500 A à 25, 50 B à 80.
- Eilenburg 2000 B à 50  $\frac{1}{2}$ , 10 E à 150, Erfurt 50 E à 50, 10 B à 200, 50 E à 150, Gulin 1000 B à 55, Erner 15 E à 50, Erdborn 100 B à 50, 200 B à 30, Gesehen 1000 B à 50, 200 A à 25, Ggeln 100 B à 45, 50 A à 25, Gumben 2000 B à 60, Gising 1000 A à 25, Gindel 100 B à 30, Giebberg 5 E à 50  $\frac{1}{2}$ , 200 A à 25, Giffelstein 1000 B à 45, 100 E à 50, 15  $\frac{1}{2}$  à 150, 200 A à 25, Gießenberg 100 A à 25, Gießenberg 10 E à 50, Griebland 100 B 200 B à 40, 200 A à 25, Frankfurt a. b. D. 8000 B à 50, Gfissa 1400 B à 45, 200 B à 65, Forst 100 B à 80, Flensburg 200 A à 50.
- Groß-Mümmenleben 50 A à 25  $\frac{1}{2}$ , Gotha 2000 B à 50, Greiz 2000 B à 45, 100 B à 25, Gabelschütz 800 B à 40, Gera 6000 B à 50, 20 E à 150, Gschweizer 10 E à 50, Genshin 50 B à 50, Gräfenhain 400 B à 45, 100 B à 40, 5 B à 50, Golba 200 A à 25, 400 B à 45, 20 E à 50, Gransee 50 B à 35, Gommern 10000 B à 40, 1000 B à 50, 50 E à 50, Goltberg i. Schl. 400 A à 25, Gronau 10 E à 50, Gumbinnen 600 A à 25.
- Galle 100 E à 50  $\frac{1}{2}$ , Gariß 200 B à 35, Gayna 20 E à 50, Gsibe 400 B à 55, Galsberstadt 100 B à 45, Garmrode 100 A à 25, Gergberg a. Harz 10 E à 50, Golsmünden 500 B à 40, 100 B à 35, 50 B à 30, 200 L à 10, Gabelsleben 400 B à 35, 100 B à 30, Gargburg 84 B à 70, Gersdorf 50 A à 25, Gergogenauch 400 B à 55, 100 B à 60, Gammeter 3000 B à 55, 3000 B à 50, 3000 B à 40, Gilsbeheim 5 E à 150, Gagenow 100 A à 25.
- Garmen 50 B à 30  $\frac{1}{2}$ , Gitterberg 200 B à 30, 500 A à 25, Karlsruhe 400 A à 25  $\frac{1}{2}$ , 800 B à 45, Strappitz 100 B à 35, 100 A à 25, Rebra 400 B à 40, 25 A à 25, Stiffingen 20 E à 50, 200 A à 25, Königshütte 300 B à 45, Riffenbrück 100 B à 40, 100 B à 35, 100 A à 25, 20 E à 50, Reichenberg 10 E à 50, Ronitz 300 K à 10, Rorbach 25 E à 50, Reußberg 300 B à 45, 200 B à 35.
- Schirke 600 B à 55  $\frac{1}{2}$ , Landsberg a. b. Wartze 3000 B à 50, Rißhagen 20 E à 50, Rigen 10 E à 50, 50 A à 25, Ravensburg a. b. Elbe, 100 B à 70, Ratowitz 500 A à 25, 400 L à 20, 10 E à 50, Rodgau 200 B à 45, Ridenfeld 200 A à 30, Landesbrühl 100 A à 25, 20 E à 50, Aiden 40 B à 40, Rebau 400 B à 40, 200 B à 30, Langenwies 600 B à 25, Randa 300 B à 30, Langenfelten 100 B à 45, 100 A à 25, 100 B à 30.
- Mühlau 1000 B à 45  $\frac{1}{2}$ , 50 A à 25, Marienwerder 30 B à 60, 1000 B à 55, 20 E à 15, Mildenberg 10 E à 50, Mühlhausen i. Schl. 100 E à 50, 200 A à 25, Meuselwitz 2000 B à 50, Miesien 1000 A à 25, 2000 K à 25, 10 E à 50, 20 E à 150, 400 B à 60, 3000 B à 50, 8000 B à 55, 400 B à 45, Weg 4000 B à 60, Mühlheim a. b. Mulde 4000 B à 60, Mühlitz 10 E à 150.
- Northem 200 B à 35  $\frac{1}{2}$ , 100 A à 25, 1200 B à 40, 200 B à 35, Norkort 400 B à 50, Neudorf 1000 B à 40, 200 A à 25, 5 E à 150, Neudorfleben 100 A à 25, 20 E à 50, Neudorf 50 A à 25, Neudorf 600 B à 40, 25 A à 25, Neudorf-Deufja 20 E à 50, Neuffen 2000 B à 45, 200 B à 40, 200 A à 25, 10 E à 150, Neustettin 1000 B à 40, Neubann 1200 B à 40, Nienburg a. b. S. 800 B à 40, Nordhausen 10 E à 800.
- Oels 200 B à 30  $\frac{1}{2}$ , Oldenburg i. Holst. 200 B à 40, 5 E à 50, Ortman 200 K à 15, Oldesloe 100 A à 25, Osterbe i. Br. 200 A à 25, Osnabrück 50 E à 50, Orosnitzi 100 E à 50, Oßersleben 50 K à 5, 400 B à 40, 6 E à 50, 4 E à 150, Oppeln 300 A à 25, Oßerburg 1200 B à 35, 10 E à 50.
- Pönnig 1000 B à 45  $\frac{1}{2}$ , 100 A à 25, 10 E à 50, Peifferwitz 10 E à 150, Pflau i. M. 400 B à 40, 100 A à 25, Pflaun 800 A à 25, Peitz 100 B à 30, Pöfen 1000 B à 40, 1000 A à 25, 1000 B à 55, 50 E à 50, Pritz 300 A à 25, 1000 K à 10, Pflin 50 B à 50, Pögnau 1000 B à 40, Pflauen 50 E à 50, 50 E à 150, Pögnau 50 B à 45.
- Ribnitz 100 A à 25  $\frac{1}{2}$ , Reinfeld 100 B à 70, Rostock 2000 B à 60, Regensburg 5000 B à 50, 50 E à 50, Raffenburg 300 A à 25, Radebe 300 B à 45, Rada 400 B à 40, Rheine 100 A à 25, Riesa 50 A à 25, Riesa 5 E à 800, Ronneburg 400 B à 40, 10 E à 50, Reimfeld 100 B à 30, Speyer 1 E à 300  $\frac{1}{2}$ , Straßburg 400 A à 25, 400 L à 5, Schwedt 400 B à 45, Stablin 100 B à 35, 20 E à 50, Schiersee 400 B à 45, 30 E à 50, Schönhausen 400 B à 35, Seehausen i. d. Altmark 10 E à 50, 2 E à 150, 1000 B à 25, Spremberg 2000 B à 45, 1000 B à 40, 200 A à 25, 20 E à 150, 50 E à 50, 600 L à 10, Sebnitz 25 E à 50, Seitz 1800 B à 40, 10 E à 50, 14 E à 150, Spandau 400 B à 30, 80 E à 50, 10 E à 150, Seitzau 20 E à 50, Schmeiche 80 E à 50, 100 A à 25, 10 E à 50, Schönewitz 200 K à 10, 1000 B à 45, 100 A à 25, 10 E à 50, Schönewitz 200 K à 10, 400 B à 75, Sommerfeld 200 A à 25, 80 B à 30, Sarchitz 300 B à 45, 300 B à 50, Schönewitz 10 E à 50, 100 A à 25, Seiffen 400 B à 45, Schwerin a. d. W. 200 A à 25, 200 L à 60, 600 B à 45, Striegar 800 B à 35, Schönebeck 400 L à 150, 10 E à 50, Soltingen 200 A à 25, Sienal 10 E à 40, 400 B Schönewitz 400 B à 35, Stadoldendorf 100 B à 30, 400 B à 35, 6 E à 150, Schönewitz 200 B à 45, Seibenberg 100 B à 30, 35, 100 A à 25, 100 K à 10, Stricheln 200 B à 30, Sangershausen 200 B à 50, Schönewitz 1000 B à 45, 6 E à 150, Stühm 200 B à 40, 20 E à 150.
- Trifels 400 B à 40  $\frac{1}{2}$ , Treptow a. b. Toll. 100 A à 25, 600 B à 40, Trebitz 100 B à 40, 10 E à 50, Torgelow 100 A à 25, 10 E à 50, Travensründe 200 B à 65, Tschernberg 50 B à 30, Timmerrode 2000 B à 40, Teufschütz 200 B à 40, Tölz 200 B à 45.
- Hin 400 B à 50  $\frac{1}{2}$ , Waldenburg i. Schl. 200 A à 25  $\frac{1}{2}$ , 200 B à 40, Waldorf 100 A à 25, 300 B à 60, Wylf 5 E à 150, Weimar 20 E à 50, Weiba 20 E à 50, Wlefeld 50 B à 35

100 B a 60. Begeleben 400 B a 30. Waren 1000 B a 40, 600 L a 10. Wilsen a. b. Suße 200' A a 25, 800 B a 55. Wilsberg 20 E a 50. Weißfels 2000 B a 50, 100 B a 35, 200 B a 20, 200 A a 25. Worms 2000 B a 55. Werbau 200 B a 25. Walsheim 1200 B a 40, 200 K a 20. Wilselms haben 5000 B a 65. Wilsdorf 50 A a 25. Wädelid 50 B a 45, 50 B a 50. 50 B a 55, 100 A a 25. Zahna 2 E a 150.

Der Verbandsvorstand.

Berichte.

Gau Oberhessen. (Konferenzbericht.) Am Donnerstag, 20. Mai, fand im Gewerkschaftshaus zu Rattow eine Konferenz für den Gau Oberhessen statt. Sie wurde von 18 Zweigvereinen mit 60 Delegierten besucht; außerdem war der Gauvorsitzende Herr Breslau und der Verbandsvorsitzende, Kollege Wömelburg, anwesend. Kollege Wömelburg leitete die Sitzung um 9 Uhr vormittags mit einem Willkommen für die Delegierten und gab die Tagesordnung bekannt. Nach Konstituierung der Leitung erhaltete der Gauvorsitzende, Kollege Wömelburg, den Bericht des Gauvorstandes, worin zugleich die Agitation und Organisation mit einbezogen wurden. Kollege Wömelburg streifte kurz die Entwicklung unserer Organisation in Oberhessen. Als im Jahre 1902 die ersten Zweigvereine gegründet wurden, mußten wir nach kurzer Zeit sehen, daß sie sich infolge der Polizeistatuten nicht für die Dauer über Wasser halten konnten; das führte dazu, daß im Jahre 1905 eine Zusammenfassung der Organisation in einem Zweigverein geschah. Diese Zentralisation funktionierte auch vor vollkommener Zufriedenheit, obwohl während der Zeit einige Kräfte für ihre Umwesen trübten. Vom Jahre 1906 bis 1907 machte sich aber bei den Kollegen der Drang nach mehr Selbstständigkeit immer mehr bemerkbar, so daß im Jahre 1907 zur Gründung von Zweigvereinen geschritten werden mußte. Die Erfahrung dabei hat gezeigt, daß wir damit einen Schritt gemacht haben; denn die meisten Zweigvereine sind darauf zurückgegangen. Es kommt hinzu, daß die Kollegen aus den Landbezirken, die im Industriegebiet arbeiten, eine große Interessiertheit am weiteren Ausbau der Organisation an den Tag legen, so daß an ein einheitliches und fruchtbares Zusammenarbeiten unter diesen Umständen nicht zu denken ist. Wir müssen darum wieder zur Zentralisation zurückgreifen. Alle Zweigvereine, nicht nur die Landbezirkvereine, sondern auch die Industriezweigvereine, sollen sich auflösen und zu einem Zweigverein zusammenschließen. An der Diskussion zu diesem Punkte beteiligten sich 16 Kollegen, die mit den Ausführungen des Gauvorsitzenden sich einverstanden erklärten und ebenfalls für die Zentralisation eintraten; nur der Beuthener-Delegierte machte hier eine Ausnahme, weil er sich von der Zentralisation nicht viel verspricht. Kollege Wömelburg sprach ebenfalls für die Zentralisierung. Der Mitgliedsbeitrag ist auf die angemessenen Verhältnisse zurückzuführen; wenn man sich alles vor Augen hält, so sieht man, daß die Organisation einen ganz erheblichen Fortschritt gemacht hat. Dies hat die geplante Diskussion bewiesen. Auch in Oberhessen ist das Fundament für die Organisation gelegt; um aber auf diesem Fundament weiterbauen zu können, muß eine Zentralisierung Platz greifen. In seinen weiteren Ausführungen behauptete Kollege Wömelburg die Gründung der vielen kleinen Zweigvereine, ohne diese könnten wir bedeutend weiter sein. Weiter kommt Redner auf die Zukunft des Gau Oberhessen zu sprechen. Der Gau würde nach der Verschmelzung aufgelöst werden müssen. Doch solle darunter nicht die Agitation leiden. Der Verbandsvorstand denkt nicht daran, den Kollegen Wände von Oberhessen wegzunehmen, sondern erkennt im Gegenteil die Notwendigkeit an, daß dem Kollegen Wände unbedingt eine Hilfskraft gestellt werden muß, und zwar eine solche, die den deutschen sowie der polnischen Sprache mächtig ist. Um die Agitation besser betreiben zu können, ist es sehr dringend notwendig, daß wir sie mehr als bisher auf die Arbeitsplätze ausdehnen. Die Baukonjunktur steigt, und das muß unbedingt ausgenutzt werden. In seinem Schlusswort empfahl er das neu erschienene Buch „Der Kampf um die Arbeitsbedingungen“ zur Anschaffung, das einen sehr lehrreichen Inhalt besitzt. Nachdem Kollege Wömelburg noch weitere Ausführungen gemacht hatte, konstatierte er, daß die über große Mehrzahl der Delegierten mit der vorgeschlagenen Zentralisation einverstanden sei. Die Abstimmung darüber ergab die Annahme der Vor schläge gegen 15 Stimmen. Kollege Wömelburg machte noch längere Ausführungen zu der diesjährigen Lohnbewegung. Darauf erfolgte mit einem begeisterten dreimaligen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands Schluß der Konferenz.

Robert Romarski, Schriftführer.

Barmen-Eberfeld. Als im Jahre 1908 nach vierwöchigem Lohnkampf die ersten Einigungsverhandlungen im Eberfelder Rathaus stattfanden und die Unternehmer noch keineswegs gewillt waren, den Arbeitern in menschenwürdiger Weise entgegenzukommen, da sagte der Vorsitzende des Schutzverbandes der bergischen baugewerblichen Betriebe im Vertrauen der Leberzeugung: „Wenn in den Orten, auf die sich die Vertreter der Arbeiter hier immer berufen, höhere Löhne gezahlt werden und eine kürzere Arbeitszeit üblich ist als hier, so liegt das daran, daß dort die Arbeitgeberorganisation zu sich steht, um derartigen Forderungen entgegenzutreten. Hier haben wir aber, Gott sei Dank, eine starke Arbeitgeberorganisation, die wir uns die ewigen Lohnkämpfe ersparen der Gesellen nicht gefallen zu lassen brauchen.“ Das waren recht hohe Töne. Sie hatten zur Folge, daß der Kampf noch drei Wochen länger geführt werden mußte, bevor eine betriebliche Einigung zustande kam. Auch bei den Verhandlungen im Jahre 1909 konnten die Leiter des Arbeitgeberbundes ihre Machtstellung nicht oft genug kundtun. Auf ihrer letzten Tagung in Gassel sowie in der Arbeitgeberpresse überhaupt fand und findet man stets das hohe Lied von der Macht der Ar-

beitgeberorganisationen. Es muß deshalb eigentümlich behaupten, wenn vor kurzem derselbe Vorsitzende des Schutzverbandes bergischer baugewerblicher Betriebe in einer Sitzung des Einigungsamtes Barmen, als dort verschiedene Beschwerden vorgebracht wurden, daß Mitglieder des Schutzverbandes den Vertrag nicht einhielten, erklärte: „Ja, in solchen Fällen sind wir machtlos! Wir können nichts weiter tun, als den Herren zu empfehlen, den Vertrag einzuführen; wenn sie es aber nicht tun, so können wir es auch nicht ändern. Dann müssen uns die Arbeitgeberorganisationen helfen und müssen mit Sperren gegen solche renitenten Unternehmer vorgehen.“ Auf den ersten Blick konnte man nun versucht sein, anzunehmen, daß die Unternehmerorganisation bankrott sei. Ja, man möchte mit der Leitung so etwas wie Mittel empfinden. Vor noch nicht drei Jahren eine so starke Organisation, die allen Stärken Trost bieten sollte, und heute so „machtlos“! Richtig meinte der Sekretär des Schutzverbandes, Herr Wäpfer, in einer Sitzung der Schlichtungskommission Eberfeld, die Arbeiterführer müßten ja ab und zu einen Tarifbruch der Unternehmer erdulden und Sitzungen der Schlichtungskommission herbeiführen sowie Kollegen in der freien Presse loslassen, um die Mitglieder nachzukalten und aufzuwärmen. Nach den Ausführungen des Vorsitzenden im Einigungsamt scheint dies aber auch auf seine Klientel anwendbar. Die „warmen“ Empfehlungen der Leitung des Schutzverbandes scheinen bei dessen Mitgliedern nicht mehr zu ziehen, deshalb wendet sich in seiner Behauptung der Vorsitzende an die Arbeitgeberorganisationen mit der Bitte, den „Reinrenten“ unter seinen „Schutzsohnen“ eine „kalte Douch“ in Form von Kaufperren zu verabreichen. Doch Scherz beiseite. Die angelegte Machtlösigkeit des Schutzverbandes ist unserer Ansicht nach nichts anderes als eine Wäsche, hinter der die Leitung ihre Zustimmung zu den Tarifbrüchen der Unternehmer verbergen will. Man beachte wohl: 1908 handelte es sich darum, den Arbeiterzufriedenheit zu machen, da lehnte man den „starken Mann“ hervor. Heute handelt es sich darum, die den Arbeitern gemachten Zugeständnisse in die Praxis umzusetzen. Das ist allerdings für ein vollwertiges Unternehmertum etwas bitter, und da die Leitung des Schutzverbandes den Vertragsbruch nicht offen billigen kann, so verfrachtet man sich hinter die „Machtlösigkeit“. Die Bauarbeiterschaft des Wuppertals sowie des gesamten bergischen Landes möge hieraus die Lehre ziehen, daß es nicht allein damit getan ist, in Zeiten günstiger Konjunktur die Unternehmer zu Zugeständnissen zu zwingen, sondern auch bei schlechter Konjunktur diese hochzuhalten. Unablässig agitieren, stets auf dem Plane, um unsere Machtstellung zu erweitern und zu festigen, das muß unsere Aufgabe sein, um den Schutzverband auch in der Tat machtlos zu machen. Denn Leute, die so machtlos sind, daß sie den Vertragsbruch ihrer Mitglieder nicht verhindern können, sind überhaupt nicht mehr verträglich.

Berlin. Am 23. Mai hielt die Gruppe der Zementierer, Einschaler und Hilfsarbeiter bei Jannasch, Inselstraße 10, eine Versammlung ab, zu der die bei der Firma M. Garnitow & Co. beschäftigten Kollegen besonders eingeladen waren. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erhaltete der Gruppenvorsitzende, Kollege Gustav Scherbarth, den Bericht von der ersten Betonarbeiterkonferenz. Der Redner verlas die bekannte Resolution und knüpfte hieran den dringenden Wunsch, entsprechend dieser Resolution mehr als bisher für die Organisierung der Betonarbeiter zu wirken. Was auf der Konferenz von allen Rednern festgesetzt wurde, sind in ganz Deutschland die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Betonarbeiter sehr traurig, so wie es nicht gelungen ist, sie durch die Organisation zu verbessern. Auch wird hoffentlich die Zerstückelung in der Organisation, die gerade unter der Betonarbeitern wie in keinem andern Gewerbe vorhanden ist, aufhören, da durch die Konferenz diese Frage in dem Sinne entschieden ist, daß bis zur Verhängung der Verbandsverbände die Kollegen da organisiert bleiben, wo sie es bisher waren, und das ist in Berlin die Sektion der Gips- und Zementbranche. Eine Diskussion fand nicht statt; die Versammelten erklärten sich mit den Ausführungen einverstanden. Weiter den zweiten Punkt der Tagesordnung, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma M. Garnitow & Co., referierte der Kollege Gaele. Redner führte hierzu folgendes aus: Bei der Firma M. Garnitow & Co. ist in Berlin zurzeit die meiste Arbeit hat, seit dem vorigen Jahre Zustände eingetriften, wie sie nur vor Gründung der Organisation der Zementierer im Jahre 1899 an der Tagesordnung waren. Klassenlöhne, Leberfundamentwesen, zehn- bis zwölfstündige und noch längere Arbeitszeit und das Schwarzrohrum auf den Baustellen sind bei der Firma an der Tagesordnung; dazu kommt noch auf einzelnen Baustellen, besonders auf dem Neubau in der Suttentrafé, eine ganz unwürdige Behandlung der Arbeiter. Auf diesem Bau ist von einer geregelten Arbeitszeit überhaupt nicht zu reden. Die Hilfsarbeiter erhalten Löhne von 45 s und darunter bis zu 50 s pro Stunde, obwohl im Tarifvertrag für Hilfsarbeiter 50 und 55 s festgesetzt sind. Die Arbeitszeit beträgt laut Vertrag neun Stunden. Zuschläge werden für Leberstunden nur in wenigen Fällen bezahlt. Wer für die Vertragsbedingungen eintritt, wird entlassen. Wehlich so ist es auch auf den andern Bauten. Die Firma M. Garnitow & Co. ist Mitglied des Verbandes der Berliner Beton- und Eisenbeton-Baugesellschaften, der auf den Wänden der Tarifverträge steht. Gleichzeitig war der Vertreter dieser Firma, Herr Ingenieur Wedger, Vorsitzender des Verbandes und leitete die Tarifverhandlungen im Jahre 1908. Die Schuld an diesen Zuständen unter dem Vertragsverhältnis trifft in erster Linie die Firma, die damit sehr wenig Achtung vor dem von ihr selbst mitgeschaffenen Vertrag behundet hat. In zweiter Linie haben die bei der Firma beschäftigten Zementierer, Einschaler und Hilfsarbeiter selbst eine große Machtlösigkeit gezeigt. Die Bautenverhandlungen, die von der Sektionsleitung einberufen waren, waren nur sehr schwach besucht; die Kollegen halten es nicht für notwendig, die Versammlungen zu besuchen und auf den Baustellen nach der Organisationszugehörigkeit zu fragen. Unter solchen Verhältnissen kann der Unternehmer den Arbeitern alles bieten, selbst wenn es schließlich Krivol ist. Diese Zustände bei der Firma M. Garnitow & Co. zeigen uns, woher die Organisations- und Interessiertheit der Kollegen führt. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten von allen

Rednern, die bei der Firma arbeiten, bestätigt und noch mehr Mißstände zur Sprache gebracht. Beschäftigt wurde über die lange Arbeitszeit gellagt. Die Sektionsleitung wurde beauftragt, die angeführten Beschwerden der Firma zu übermitteln.

Breslau. Unsere Versammlung am 18. Mai war besonders dem Bauarbeiterstand und den Berufsangelegenheiten gewidmet. Kollege Bachmann berichtete über eine Konferenz der Bauarbeiterkommission mit der Baupolizei. Die Leitung der Polizei hat dabei eine entgegenkommende Haltung eingenommen; ob etwas danach folgt, muß man erst abwarten. Bei einer Anfang Mai angenommenen Bautenstatistik wurden 191 Bauten mit 1221 Kollegen gezählt; von den Kollegen waren 1050 bei uns, 20 christlich und 132 gar nicht organisiert. Diese gute Bautätigkeit mag die Kollegen ermutigen, nun auch wieder mit der alten Lust für den Verband und seine Ziele einzutreten. Bachmann berichtete dann noch über die Lohnbewegungen im Landgebiet. Eine persönliche Streifschiff ist dadurch erledigt, daß die Kollegen Rasal und Piesonka ihre Anfechtungen und Behauptungen gegen den Vorstand in einer Sitzung zurückgenommen haben.

Coblenz. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Bureauarbeiten erledigt sind. Sie finden wie folgt statt: Dienstags und Samstags von 12 bis 1 Uhr mittags und von 5 bis 8 Uhr abends, und am zweiten Sonntag jedes Monats von morgens 10 1/2 bis 12 1/2 Uhr mittags.

Danzig. Am 20. Mai tagte unsere Monatsversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben des Kollegen Schwarz durch eine kurze Gedächtnisrede und durch Erheben von den Plätzen geehrt. Dann referierte Kollege Dresden über die Bedeutung der Tarifverträge. Darauf gab der Kassierer den Quartalsbericht. Die Einnahme der Hauptkasse betrug M. 8004,46, die Ausgabe M. 2388,01; es bleibt ein Bestand von M. 616,45. Die Einnahme der Nebenkasse betrug M. 2826,68, die Ausgabe M. 2135,15; bleibt ein Kassensbestand von M. 691,53. Hieron sind M. 50 auf der Wand angelegt. Die Mitgliedsbeitrag betrug 1088. Dann wurde dem Kassierer auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Zum dritten Punkt wurde die Bezirkseinteilung beraten, durch die wir den Versammlungsbesuch zu fördern gedenken. Es sind vier Bezirke eingeteilt. Die Monatsversammlungen sollen von Dienstag bis Donnerstag nach jedem Monatsersten stattfinden. Alle drei Monate findet eine gemeinsame Versammlung statt. Ferner wurde das Zweigvereinsregulativ dahin erweitert, daß die Wahl des ersten Vorsitzenden und ersten Kassierers in der Weise geschehen soll, daß zunächst eine Vorkonferenz aufgestellt und diese den Baustellen zur Abstimmung unterbreitet wird. Die Versammlungen, in denen diese Wahlen vorgenommen werden, müssen möglichst an einem Tage stattfinden. Die Wahl von Delegierten zu Verbandstagen und Verbandskonferenzen erfolgt in derselben Weise. In der Versammlung wurden den Kollegen Sontowski, Gagnowski und Reimann je M. 20 Unterstützung als Lokalmittel bewilligt. Zur Hausagitation am zweiten Sonntag nach Pfingsten wurde gewünscht, daß sich viele Kollegen freiwillig dazu melden sollten.

Donaueschingen. Wir erhielten folgendes Schreiben: In der heutigen Nummer (20) werden die Kämpfer Maurer schon wieder geehrt. Ich und meine Kollegen verwahren uns ganz entschieden dagegen, daß wir immer als Sünderbände herhalten müssen. Schon voriges Jahr war in Nr. 47 ein Artikel erschienen, der von Unwahrheiten strökte. Wir wollten damals in die Versammlung, aber das Zimmer war überfüllt, und wir sind dann nebenan im Gastzimmer geblieben, bis die Versammlung zu Ende war. Das Gastzimmer war auch von andern Leuten besetzt, aber die sechs Kämpfer Maurer haben trotzdem den Rabau gemacht, daß in der Versammlung nichts verstanden werden konnte. Diesmal sind die Kämpfer selbst, daß der Lohn zurückgeht und die Arbeitszeit verlängert wird. Was doch nicht alles den zwölf Kämpfer Maurern angeht! Der Artikelreferent soll doch seinen Bericht vervollständigen und nicht auf unsere Rechnung abfragen. Von den 200 Maurern waren 40 in der Versammlung, das waren 20 Affordmurer und 8 Zementarbeiter, die übrigen waren Fremde. Von den hier anwesenden Maurern findet es keiner für nötig, in der Versammlung zu erscheinen, und dann sollen wir Lohnforderungen stellen? Wir werden uns hüten, für die Schwarzwälder Schlafhauben die Kaffanien aus dem Feuer zu holen. Wir haben in der Versammlung erklärt, sobald die heißen Maurer in einen Streit eintraten, reifen wir ab, und wenn sie einen Tarif zustande bringen, halten wir uns strikte daran. Von dem Bericht ist wahr, daß wir elf Stunden arbeiten; das andre überlassen wir der Redaktion. Wir wünschen, daß in der nächsten Nummer eine dahingehende Berichtigung erfolgt und daß bei weiteren Kritik richtig und wahr berichtet wird. Sollte keine Berichtigung erfolgen, müssen wir ein andres Organ zur Aufnahme anrufen. Mit kollegialem Gruß Adolph Wagenrenner.

Wir wandten uns darauf an den Verfasser des Berichts und der schreibt uns dazu: Was der Kollege Wagenrenner hier in seiner „Berichtigung“ über einen Bericht des Kollegen Rober von der Agitationsversammlung im Oktober v. J. sagt, kommt doch wohl etwas reichlich spät, als daß man sich jetzt noch darauf einlassen kann. Im übrigen gibt ja Kollege Wagenrenner zu, daß die Kämpfer Verbandsmitglieder im Afford, und zwar elf Stunden, arbeiten. Von den Unternehmern ist dies nicht verlangt worden, vielmehr ist die Verlängerung der Arbeitszeit durch die Affordkommen von Schwögen und Kämpfer freiwillig bezeugen worden, um mehr Kubikmeter fertig zu bringen. Was Wagenrenner über die Hiefieren (1) Maurer sagt, das trifft nicht zu. Freieige Maurer gibt es nur sehr wenige. Alle andern sind fremde, darunter allerdings sehr viel Unorganisierte. Da wäre es nun Pflicht aller organisierten Kollegen, auch dieser von Kämpfer, gewesen, in Bezug auf Einhaltung der Arbeitszeit sowohl, als in Bezug auf Agitation mit gutem Beispiel voranzugehen. Statt dessen aber tun die Affordmurer das Gegenteil. Da ist es allerdings kein Wunder, wenn die Nichtorganisierten sich nicht so leicht zum Eintritt in den Verband bewegen lassen. Die Unorganisierten spüren es instinktiv, daß das, was die

Affordolonen tun, so ziemlich das Gegenteil von dem ist, was man von einem richtig organisierten Kollegen verlangen kann. Das Versprechen, wenn die anderen einen Tarif fertig bräuten, würden sich auch die Kämpfer daran halten, ist leicht zu geben; denn solange die Affordmauer ihre Haltung nicht ändern, ist weder an einen Streik, noch an einen Tarif zu denken. Das ist der Fluch der Affordarbeit! Der Verächterkaffier.

**Gesentischen (Zahlstelle Wanne).** In der Versammlung am 22. Mai hielt Genosse Brönne aus Dortmund einen beifällig aufgenommenen Vortrag über Kapital, Arbeit und Klassenkampf. Dann beschäftigte man sich mit der Organisation der Bauhilfsarbeiter, mit der es nicht so recht klappen will. Nach vorausgegangener Verständigung sollen die Kassengeschäfte von unserer Verwaltung mit übernommen werden. Der dann folgende Bericht über das Baudelegiertenmeeting zeigte, daß darin noch viel zu wenig getan wird. Im Punkt „Verhiebenes“ zeigte sich wiederum schon sehr alte Laster der Wanner Kollegen, daß sie zum Schluß der Versammlung die Ruhe und Sachlichkeit verlieren. Wenn sie doch das endlich lernen wollten! Sie müßten sich doch sagen, daß diese lärmvollen Versammlungen unjer Ansehen schädigen und darum die Agitation erschweren. Hoffentlich nehmen sie diese Mahnung zu Herzen.

**Sagen i. B. Zahlstelle Schwerte.** Am 22. Mai hielt die Zahlstelle Schwerte ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nach langem Ringen ist es uns gelungen, endlich wieder einmal in Schwerte selbst tagen zu können. Weil die Schwerte Wirte mit Mühsicht auf die hier so zahlreichen patriotischen Altimbirener uns ihre Lokale nicht zur Verfügung stellen wollten, waren wir genötigt, unsere Versammlungen im benachbarten Westhofen abzuhalten. Auch die allbekannte Lokalabtreiber der Behörde hat hierbei eine Rolle gespielt. Nach einem gesellschaftlich-wirtschaftlichen Vortrag des Kollegen Sirdes-Eberfeld wurden einige örtliche Angelegenheiten besprochen, insbesondere, wie wir unsere Organisation, die auch hier durch die Krise sehr gelitten hat, wieder auf die Höhe bringen könnten. Aus der Diskussion ging hervor, daß die Kollegen fest und treu in der Agitation aushalten wollen. Wie man es von Unternehmerseite aus ja gewohnt ist, so versuchen auch die hiesigen Bauunternehmer alles, um den Tarif zu durchbrechen. Sie vergeblich ihre Arbeiter in Afford und lassen diese Affordanten dann elf Stunden arbeiten. Traurig ist, daß sich dazu auch noch Verbandkollegen hergeben. Es sind hier die Kollegen Peter Schengel, Kathjar Schengel und Johann Lönges aus Frankenan, die auch durch ihr Gebaren veranlaßt haben, daß die Kollegen Damm, Bahjisch, Wierst und Migel wegen ihrer Tätigkeit für den Verband gemahnt wurden. Da sich diese Kollegen auch noch erlauben, ihre Beiträge in Frankenan, wo nur 35 3 gezahlt werden, zu bezahlen, so wäre es Pflicht der dortigen Kollegen, zu veranlassen, daß die Verweigernden ihre Beiträge bei uns bezahlen, wo sie in Arbeit stehen. Wenn sich die Kollegen dieser humanitären Pflicht nicht fügen, werden sie die Folgen selbst zu tragen haben.

**Serne-Necklungsbau. Bautenstatistik.** Nach einer von uns aufgenommenen Statistik bleibt die Zahl der beschäftigten Mauer und Bauhilfsarbeiter um ein geringes hinter der des vorigen Jahres zurück. Zwar ist die Privatbauwirtschaft größer, diese vermag jedoch den Ausfall nicht zu ersehen, der durch den Wegfall der Rechenolniebauten entstanden ist. Bekanntlich haben mehrere Beden in Folge der schlechten Konjunktur im Vergangenen abgesehen, die geplanten Neubauten zur Ausführung zu bringen. Es wurden insgesamt im Zweigereinsgebiet 170 Neu- und Umbauten gezählt, auf denen 1464 Mauerer und 1045 Bauhilfsarbeiter beschäftigt wurden. In der Ausführung waren 35 im Keller, 12 im Parterre, 21 in der ersten Etage, 9 in der zweiten Etage, 14 in der dritten Etage, 3 in der vierten Etage, 42 im Dachstuhl und 30 bis zum Kub, 4 waren Umbauten. Diese Statistik hat uns auch erneut gezeigt, wie notwendig eine strengere Bautenkontrolle ist. Alle Vorschriften der Bauverordnungen müssen nicht, wenn die Kontrolle nicht fortgesetzt und gründlich geübt wird. Daß dies nicht geschieht, zeigte uns die Aufnahme. Auf 127 Bauten waren Gerüste zur Ausführung erforderlich. Auf 27 von diesen war Gerüstmaterial nicht in genügender Menge und Qualität vorhanden. Auf 23 Bauten waren die Gerüste nicht genügend abgesteift und verschwert, 63 Gerüste hatten keine Handbreiter und 108 keine Brustwehren. Auf 69 Gerüsten mußte gearbeitet werden, ohne daß sich ein Fanggerüst darunter befand. Stützbockwerke waren nur auf einem einzigen Bau vorhanden. Das sind erschreckende Zustände. Man sieht daran, daß selbst das Allernotwendigste zum Schutze von Leben und Gesundheit der baugewerblichen Arbeiter unterlassen wird. Und das alles um des dreimal geheiligten Profites willen! Wäre die Kontrolle durch die Berufsgenossenschaft in Wirklichkeit ausreichend, wie man uns immer glauben machen will, so wären derartige Zustände unmöglich. Strenge Polizeivorschriften bestehen hier über die Abbedung der Wallenlagen und Treppenhäuser. Trotzdem waren noch 31 Bauten vorhanden, in denen die Wallenlagen, und rund 100 Bauten, in denen die Treppenhäuser nicht abgedeckt waren. Seit Jahren sind die Organisationen verstreut, einigermaßen menschenwürdige Unterkunftsräume zu erringen. Wenn auch auf diesem Gebiete einige Verbesserungen erreicht sind, so können uns diese durchaus nicht befriedigen, da noch überaus traurige Zustände vorhanden sind. Sind doch selbst noch vier Bauten angezogen worden, auf denen überhaupt keine Baubuden vorhanden waren. Vielfach sind die Unterkunftsräume viel zu klein, so daß die am Bau Beschäftigten hineingepfercht werden wie in einen preiswürdigen Eisenbahnwagen vierter Klasse. Fenster dieser nur 60 auf, von denen 24 geöffnet werden können. Dem Wind und Regen geschätzten 57 Baubuden ungehinderten Zutritt. Seit dem vorigen Jahre bestehen fast im gesamten Gebiet Polizeibestimmungen, wonach die Baubuden Holzfußböden haben müssen. Trotzdem hatten 89 überhaupt keinen Fußboden, und von den anderen wiesen die meisten nur Fliesen auf. In 16 Baubuden war Sitzgelegenheit nicht vorhanden und in 34 wurde auch noch Material gelagert. Auf einem Bau mußten die Kollegen

die Baubude mit Matten teilen. Angesichts solcher skandalösen Zustände sollte man nun doch annehmen, daß die Unternehmer wenigstens Vorsorge treffen würden, daß bei Unglücksfällen oder Erkrankungen sofort erste Hilfe gewährt werden könnte. Aber auch das fehlt bei vielen; denn auf 58 Bauten waren keine Verbandstufen vorhanden. Die Tatsache, daß auf 28 Bauten nicht einmal die Unfallberühigungsrichtungen ausgingen, zeigt uns am allerbesten, wie diese Unternehmer über den Bauarbeiter schützenschuldigen sind. Wenn man einen Schluß aus dem Befund der Aborte auf Reinlichkeit und Sittlichkeit der Unternehmer ziehen wollte, würde man zu einem für diese wenig schmeichelhaften Resultat kommen. So war auf drei Baustellen auf der Zeche Braßert bei Marl ein Abort überhaupt nicht vorhanden. Wollten die Leute ihre Notdurft verrichten, dann mußten sie in den naheliegenden Busch gehen. 30 dorgesunde Aborte hatten kein Dach, 63 keine Sitz- und Stößbretter und 53 waren in unsauberem Zustande. Diese Feststellungen zeigen uns, wie sehr die Bautenkontrolle im argen liegt, und wie notwendig es daher ist, daß dieselbe von Arbeiterkontrollen ausgeübt wird. Mögen die Unternehmer noch soviel schreien, wir werden uns dadurch nicht zurückhalten lassen, diese Forderung mit allem Nachdruck und allen uns zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen. Die Unternehmer schreiben nur deshalb gegen die Einführung der Bautenkontrolle durch Arbeiter, weil ihnen höhere Ausgaben daraus erwachsen auf Kosten des Profites.

**Karlsruhe.** Die Zustände am Bahnhofsneubau. Wenn ein Arbeiter vom morgens früh bis abends nachweislich seine Pflicht für den erhaltenen Lohn getan hat, dann hat er trotzdem zu erwarten, daß ihm vom Unternehmer oder dessen Stellvertreter ins Gesicht gesagt wird, daß es nicht genug sei. Das trifft für die am Bahnhofsneubau bei der Firma Grün & Wiflinger von Mannheim beschäftigten Mauerer jeden Tag zu. Dort herrscht zurzeit eine Antreiberei, die jeder Beschreibung spottet. Vom Ingenieur Heim bis herunter zu den Aufsehern ist man bestrebt, die Mauerer anzutreiben; seinen Tag will es werden, obgleich jeder Mauerer pro Tag über 2 cbm Mauerwerk fertigstellt. Es scheint gerade, als wolle man die die einheimischen Arbeiter einen Druck ausüben, um ihnen die Arbeit an einem Staatsbau zu berechnen. Ober will man die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in größerem Maße durchzuführen mit der Begründung, die Einheimischen seien nicht so leistungsfähig wie die Ausländer? Jeden Tag wird das Mauerwerk ausgemessen. Dagegen läßt sich nichts einwenden, weil es ja des Unternehmers gutes Recht ist, das zu tun, was er nicht lassen kann. Wenn aber die Herren jeden Tag den Beweis haben, daß die Arbeiter ihre Pflicht getan, warum treibt man immer wieder von neuem? Da sind doch wahrhaftig die Mauerer nicht schuld, daß bei dem herrlichen Submissionswesen die Preise so gewaltig heruntergedrückt werden. Hier scheint es der Fall zu sein, daß ein Unterangebot aus den Knochen der Arbeiter wieder herausgedrungen werden soll. Bei einem Stundenlohn von 50 3 wären 1 1/2 cbm Mauerwerk eines Mauerers im Tag so viel, daß der Unternehmer vollauf zufrieden sein könnte; man will aber das offenbar bei dieser Firma nicht, daß man die Mauerer wie Menschen behandelt. Wir können den Beweis liefern, daß in einem Fall vier Mauerer von vormittags 11 Uhr bis abends 6 Uhr 30 cbm Mauerwerk hergestellt haben. Das ist eine Leistung, die sich in der ganzen Welt sehen lassen kann, trotzdem konnte es der Ingenieur Herr Heim nicht übers Herz bringen, aufs Geräthsel zu geben und Bemerkungen zu machen, daß ihm die Leistung noch nicht genug ist. Zu seinem Aufwärtler meinte er bei dieser Gelegenheit: „Von jetzt ab werde ich selbst ausmessen, sonst werde ich doch wieder angelogen.“ Da wäre noch etwas anzufügen, wenn man einen solchen Mauerer vor sich hat. Wenn es Sommer wäre, dann könnten wir dieses Vorgehen des Herrn Heim begreifen, so aber haben wir erst Mai, die Sonne hat also ihren höchsten Stand noch nicht erreicht. Bemerkten wollen wir weiter, daß an einer andern Mauer zehn Mauerer in 301 Stunden 81,29 cbm Mauerwerk fertiggestellt haben, das gibt also pro Mann und Tag 2,79 cbm; auch das war noch nicht genug. Da will man doch vollkommen und behaupten, die einheimischen Mauerer seien nicht so leistungsfähig wie die Ausländer; wir werden in dieser Beziehung unsere Augen offen halten. Nicht genug damit, daß die Angestellten der Firma Grün & Wiflinger nicht satt werden, auch der Staatsaufwärtler Ehrle scheint ein gewisses Interesse daran zu haben, im Antreiben der Leute kein mögliches zu tun. An einer Stützmauer waren vier Mauerer beschäftigt, hier verlangte der Staatsaufwärtler Ehrle von den Mauerern, daß diese Mauer in zwei Tagen fertig sein soll. Die Mauerer haben berechnet, daß man dazu mindestens sechs Tage braucht. In Bezug auf Bauarbeiterischu stellen wir schon sehr oft die Behauptung auf, daß gerade an Staatsbauten die schlimmsten Zustände vorhanden sind. Das wurde von den Vertretern der hiesigen Bauarbeiter-Schutzkommission, Wili und Philipp, den Herren Oberamtmann Dürr und Baurat Professor Stützgenader bereits am 12. März d. J. gelegentlich einer Besprechung im Ministerium des Innern deutlich zu verstehen gegeben. In einer Eingabe vom 27. März d. J. wurden diese Angelegenheiten noch einmal zur Sprache gebracht und verschiedene Wünsche in Bezug auf die Durchführung des Bauarbeiter-Schutzes geltend gemacht. Nun ist bald der Monat Mai herum, bis heute haben wir noch nicht in Erfahrung bringen können, was eigentlich mit der Eingabe geschehen ist. Es scheint gerade, als wenn man dieser Frage an oberster Stelle sehr wenig Verständnis entgegenbringt, sonst würde man am Bahnbau doch schon in Bezug auf die Ueberwachung des Bauarbeiter-Schutzes Verbesserungen wahrgenommen haben; leider trifft dies nicht zu. Auf Einzelheiten hier einzugehen, halten wir nicht für notwendig, wir wollen nur zum wiederholten Male dem Wunsch Ausdruck geben, daß der Bahnhofsneubau öfter kontrolliert wird. Sollte dieser betreffende Kontrollleur nicht herausfinden, wo die Arbeiter bezüglich Bauarbeiter-Schutz zu klagen haben, dann soll er sich vertrauensvoll an uns wenden, wir werden ihm in jeder Beziehung behilflich sein. Auch den Bauhilfsarbeiter Ragarus bei der Firma Grün & Wiflinger kann er einmal fragen, ob er die Bestimmungen des Bauarbeiter-Schutzes nicht kennt. Dieser Herr erwiderte, als ihn ein Mauerer darauf aufmerksam machte, daß an

einer Mauer, an der Steine bis zu 8 Zentner verlegt werden, auch ein Gerüst angebracht werden sollte, daß er dies nicht für notwendig halte.“ Auf der Mauer müssen die Leute die schwereren Steine transportieren; das geht so lange, bis wieder ein Unglück geschehen ist, dann sieht man es vielleicht auch dort ein, daß ein Gerüst gebaut werden muß. Wir halten es für weit vorteilhafter, wenn sich die Herren Staatsaufwärtler etwas mehr um die Bestimmungen des Bauarbeiter-Schutzes kümmern, statt den Vertretern der Arbeiter die Bauteile zu verbieten. Hoffentlich geht man nun im Ministerium des Innern nicht auf diesen Zeiten vorbei, ohne dafür zu sorgen, daß an dem hiesigen neuen Bahnhofs eine durchgreifende Bautenkontrolle geübt wird. Noch fröhlicher geht es bei der Firma Mall & Peter, von Forzheim, zu, die das Empfangsgebäude am hiesigen Bahnhofs zur Ausführung übernommen hat. Dort wurden am 1. Mai drei Mauerer entlassen, angeblich deshalb, weil es die staatliche Bauinspektion so verlangt habe. Die Bezirksleitung der organisierten Mauerer forschte nach dem Grund dieser Entlassung, worauf ihr mitgeteilt wurde, daß schlechtes Mauerwerk von den Entlassenen geliefert worden sei. In einer Versammlung der an dem fraglichen Bau beschäftigten Mauerer, am 3. Mai, wurde festgestellt, daß bei zwei der Entlassenen schlechtes Mauerwerk absolut nicht in Betracht komme, während bei dem dritten wohl etwas zu tadeln war, jedoch nicht in dem Umfang, daß man den Mann einfach auf die Straße setze. Die Versammlung beschloß, dies Ergebnis den Unternehmern mitzuteilen, um die Wiederbeschäftigung der drei Mauerer herbeizuführen. Der Bezirksleiter Philipp wurde beauftragt, gemeinschaftlich mit dem Vertrauensmann der dortigen Bauteile bei dem Staatsaufwärtler Dold, dem die Leitung dieses Baues oblag, vorstellig zu werden, um zu erfahren, ob es zuträfe, daß die drei Mauerer auf Veranlassung der staatlichen Bauinspektion entlassen wurden. Die beiden Beauftragten gingen ins Bureau des Herrn Staatsaufwärtlers Dold, statt daß sich Herr Dold das Anliegen vortragen ließ, plante er mit einer Konart, die vor zehn Jahren einem Mauererpolier alle Ehre gemacht haben würde, folgendes heraus: „Was tun Sie hier auf der Bauteile, Sie waren öfter hier auf der Bauteile, auch Herr Heim (der Ingenieur von Grün & Wiflinger) hat es mir schon gesagt. Sie haben auf der Bauteile nichts zu tun.“ Um dem Mauerer, der mit Philipp kam, sagte er: „Was tun Sie hier in dem Bureau, gehen Sie an Ihre Arbeit, machen Sie, daß Sie hinauskommen.“ Nachdem Philipp den Herrn Staatsaufwärtler Dold darauf aufmerksam gemacht hat, daß er von einem Staatsaufwärtler doch eine anfängliche Behandlung erwartet hätte und daß der Mauerer im Auftrag einer Versammlung bei der Unternehmung mit antworfend sein muß, bequeme sich Herr Dold, eine etwas für einen Staatsaufwärtler angebrachte Sprache zu führen. Bei dieser Unternehmung stellte es sich dann heraus, daß die staatliche Bauleitung von den Unternehmern wohl verlangt hat, daß solid gemauert wird, daß aber eine direkte Weisung zur Entlassung der Mauerer nicht ergangen sei. Es wurde dann mit Herrn Mall unterhandelt, aber ohne Erfolg. In einer weiteren Werkstatteversammlung wurde der Vertrauensmann beauftragt, die Unternehmung um die Wiederstellung der Leute noch einmal zu ersuchen. Sollte dieser letzte Versuch scheitern, dann sollte am folgenden Tage, früh 6 Uhr, eine weitere Versammlung stattfinden. Weiteres war nicht mehr notwendig, weil die Leute wieder weiter beschäftigt wurden. Mit andern Worten, der Friede war hergestellt. Sehr erbaulich von diesem Frieden scheint uns der Herr Staatsaufwärtler Dold nicht gewesen zu sein, denn in seiner ganzen Größe als Staatsaufwärtler sprach er zu den Mauerern: „Daß Ihre Weisheit, ich habe den Auftrag von dem Unternehmer, jeden der seine Arbeit nicht tadellos ausführt, zu entlassen; schämt Euch, daß Ihr jetzt schon wieder streiken wollt, nachdem Ihr den ganzen Winter arbeitslos wart.“ Also hier haben wir die Versicherung, wer wollte uns nun noch abstreiten, wenn wir hier behaupten: „Ein Staatsaufwärtler im Dienste der Unternehmung.“ Wir sind der Meinung, daß ein Staatsaufwärtler weit besseres zu tun hätte, als sich in die Angelegenheiten der Mauerer und Unternehmer hineinzuversetzen; es wäre doch jammervoll, wenn die Mauerer das hiesigen Zutrauen zu einem Staatsaufwärtler noch vollends verlieren würden. „Schämt Euch, daß Ihr schon wieder streiken wollt!“ Dieser Ausdruck von einem Staatsaufwärtler ist wirklich unermesslich und zeigt uns recht deutlich, daß dieser Mann der Situation überhaupt nicht gewachsen ist. Daß Herr Dold nicht in die Verlegenheit kommt, auf Antrag der Herren Unternehmer Leute zu entlassen, dafür werden die Mauerer schon sorgen; nur wäre zu wünschen, daß sich der Herr Staatsaufwärtler Dold in Zukunft nicht allgütig erweist, sonst könnten auch die Mauerer einmal die Gebuld verlieren.

**Mann.** In unserer Versammlung am 22. Mai erstattete Kollege Dörsel Bericht von der Bauarbeiter-Schutzkonferenz. Dann gab der Kassierer die Abrechnung vom ersten Quartal bekannt. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 119,95, die Lokalkasse eine Einnahme von 228,52 und eine Ausgabe von 27,15; es bleibt ein Kassenbestand von 201,37, wovon bei der Sparkasse 130 belegt sind. Von einigen Kollegen wurde getabelt, daß sie dem Tarif entgegen in Stettin bei Juidan elf Stunden arbeiten. Ein Antrag auf Ausschluß dieser Kollegen wurde zwar abgelehnt, doch soll ihnen eine höhere Rüge erteilt werden. Im den Verammlungsbeschluss zu geben, soll der nächsten Versammlung eine Sausagitation vorausgehen.

**Neidenbach i. B.** Für die Zahlstelle Langenfeld fand am 18. Mai eine Versammlung in Grün statt, worin Kollege Koch-Leipzig über die Notwendigkeit der gemeinschaftlichen Organisation mit dem Erfolge referierte, daß sich acht Kollegen dem Verbands angeschlossen. Zum Hilfskassierer für dies Gebiet wurde der Kollege Singer gewählt.

**Unterweilbach.** Am Himmelfahrtstage tagte eine Versammlung in der Zahlstelle C u r s d o r f, um auch den dort ansässigen Kollegen den Versammlungsbeschluss zu erleichtern. Wiber Erwartung waren nur vier Mitglieder von Cursdorf erschienen, die andern waren alle aus der nahen Zahlstelle Meuselbach. Kollege Meyer aus Erfurt sprach über die jetzige Lage im Baugewerbe. Nach dem wirtungsvollen Vortrage wurde auch die Lohnfrage angesprochen, doch fehlt hierüber noch der Zusammenhalt. Die Kollegen, die organisiert sind, arbeiten bei verschiedenen Meistern und halten es

größtenteils für überflüssig oder für Dummheit, eine Ver-  
sammlung zu besuchen; sie lassen sich von den Unternehmern  
Vorbildung gefallen. Sie werden den Nutzen der Organi-  
sation erst dann zu schätzen wissen, wenn die Unternehmer  
noch weit schlimmer als bisher mit Lohnreduzierung vor-  
gehen. Statt geschlossenen das gemeinsame Interesse fördern  
zu helfen, um viele das Gegenteil, indem sie sich nur zum  
Erschein zur Organisation bekennen, sich sonst aber zum  
Unternehmer halten, um sich ja die Gunst der Vorgesetzten  
nicht zu verlieren.

**Wittenberge.** Unsere Versammlung am 26. Mai Be-  
schloß, am 12. Juni in der „Zentralhalle“ das 15. Stiftungs-  
fest zu feiern. Für den folgenden Sonntag ist ein Kinder-  
fest in Aussicht genommen. Dann beschäftigt man sich  
mit der Grabfolge bei Begräbnissen unserer Mitglieder,  
weil sich dabei unheilvolle Missetaten herausgestellt hatten.  
Es soll in Zukunft in der Herberge vor und nach dem Be-  
gräbnis festgestellt werden, wer fehlt; die Fehlstenden sollen  
1 Strafe bezahlen. Außerdem wurde beschlossen, das  
1. Strafe zu zahlen, die hier Arbeit nehmen, vorher beim  
Kassierer zu melden haben. Die von uns ausgeschlossenen  
Maurer treiben es jetzt immer ärger. In letzter Zeit  
arbeiten sie schon bis 7 Uhr abends; sie können wohl an  
Arbeiten nicht mit ihrem Afford auf die Rechnung kommen  
und müssen nun die Nacht zu Hause nehmen. Die Wahl  
eines Delegierten zur Bauarbeiterkommission wurde  
dem Kartell überlassen. Die nächste Versammlung, am  
8. Juni, abends 8 Uhr, soll sich mit der Affordarbeit be-  
schäftigen.

### Fliesenleger.

**Wiesbaden.** Am 1. Juli läuft der vor zwei Jahren abge-  
schlossene Vertrag ab. Ob ein neuer und besserer Vertrag an die  
Stelle des alten gesetzt werden kann, hängt nicht nur von der Kon-  
junktur, sondern auch von unsern Kollegen ab. Der kurzzeit  
noch gültige Vertrag hat sehr große Lücken, die der Aus-  
legung der einzelnen Vertragsbestimmungen den weitesten  
Spielraum lassen. Das hat im Laufe der Vertragsperiode  
recht oft zu Weiterungen Anlaß gegeben. Es ist deshalb  
auch erklärlich, wenn sich der einschlägige Teil der hiesigen  
Fliesenleger bemüht, in diesem Jahre ganze Arbeit zu  
machen. Uns wichtigste Forderung ist die Erhöhung des  
Stundenlohnes von 60 auf 80  $\frac{1}{2}$  zu bezahlen. Daneben  
soll eine mäßige Erhöhung der satzungsmäßig niedrigen Afford-  
sätze durchgeführt werden. Alle Arbeiten wurden bisher  
ohne Hilfsarbeiter fertiggestellt. Mit diesem Mißstand soll  
in diesem Jahre ausgeräumt werden. Für je zwei Fliesen-  
leger wird ein Tagelöhner verlangt. Die Forderungen be-  
ziehen sich also durchaus im Rahmen des Erreichbaren,  
wenn dabei bedacht wird, daß an andern Orten weit  
günstigere Bedingungen in den Verträgen Aufnahme ge-  
funden haben. Trotzdem ist an eine glatte Erledigung der  
Lohnbewegung nicht zu denken. Die Unternehmer werden  
bestimmt jeder Verbesserung des gültigen Vertrages den  
größten Widerstand entgegensetzen. Die Anzeichen für diese  
Vermutung sind schon heute vorhanden. Gestützt auf eine  
nicht gerade günstige Konjunktur, versuchen die Unter-  
nehmer, größere Arbeiten unter den üblichen Affordjahren  
auszuführen zu lassen. So versuchen auch Geschäfte, Bau-  
regel und Maßdienen, die Klattenarbeiten an der Cham-  
pagner-Fabrik „Hensel Kreden“ um 20 bis 30  $\frac{1}{2}$  pro  
Quadratmeter billiger zu vergeben. Um dies Ziel zu er-  
reichen, wurden einige Fliesenleger herausgeschickt, die mit  
Hilfe der Unternehmer den Vertrag brechen sollten. Die  
Herrn haben aber in diesem Falle daneben gehandelt.  
Sobald die Zweigvereinsleitung das von den Unternehmern  
geplante Doppelspiel durchschaut hatte, wurde sie der  
Firma Doppelspiel vorstellte. Ihr wurde kein Zweifel  
darüber gelassen, daß auch die Unternehmer die Pflicht  
haben, den Vertrag zu schließen. Sollten die Versuche, die  
Affordjahren hinter dem Rücken der Organisation der Fliesen-  
leger zu reduzieren, nicht aufzuheben, sei eine Arbeitsnieder-  
legung die unausweichliche Folge. Sowie Energie hatten  
die Unternehmer den Legeern offenbar nicht zugewartet;  
denn jetzt konnten sie auch anders. Nach längeren Verhand-  
lungen wurde vereinbart, die Arbeiten im Tagelohn fertig-  
zustellen. Statt des Tagelohnes in Höhe von  $\mathcal{M}$  5,40,  
den der Vertrag vorseh, sind für die Arbeiten  $\mathcal{M}$  6,20  
pro Tag bei neunmündiger Arbeitszeit festgelegt. Der  
erste Ged, den die Herren Unternehmer gegen die Organi-  
sation zu fassen gedachten, ist also pariert. Von den  
Kollegen hängt es nun ab, ob nach dem 1. Juli weitere  
Veränderungen eintreten oder nicht. Einigkeit heißt das  
Bauernwort, das alle Schwierigkeiten mit Erfolg überwin-  
det. Für die Wiesbadener Fliesenleger gilt diese  
Wahrung besonders.

### Jolierer und Steinholzleger.

**Berlin.** Am 19. Mai fand hier die regelmäßige Mit-  
gliederversammlung der Jolierer statt. Der erste Vorsitzende  
betraf ein Schreiben des bisherigen ersten Schriftführers Gehnig  
Geinich, in dem dieser die Mitteilung macht, daß er gezwungen  
gewesen sei, nachdem er kaum drei Wochen arbeitslos war, als  
Vorstandsmitglied gegen die Verbandsstatuten zu verstößen, er  
siehe die Konsequenzen und lege sein Amt als Schriftführer  
nieder. Der Vorsitzende teilte aber mit, daß er das Schreiben  
nicht erhalten habe, nachdem der Vorstand bereits beschlossen  
habe, Geinich seines Amtes zu entsetzen und das Ausschluß-  
verfahren gegen ihn einzuleiten. Die Versammlung billigte die  
Wahlnahme der Amtsversetzung und wählte dann als ersten  
Schriftführer den Kollegen W. Niemann und an dessen Stelle  
als Vize den Kollegen Bier; über den Ausschluß Geinichs  
soll später entschieden werden, da noch mehrere Fälle vorliegen.  
Kollege Lange berichtete dann über die mit dem Vorstand des  
hiesigen Ortsvereins der Arbeitgeber stattgefundenen Verhandlung.  
Am 8. Mai d. S. ist plötzlich ein Schreiben der hiesigen Unter-  
nehmer eingegangen, worin das sonderbare Ansuchen an uns  
gestellt wurde, schon jetzt mit ihnen über die zukünftige Bestalung  
eines Afford- resp. neuen Lohnarbeits in Verhandlungen einzutreten.  
Obwohl nun eigentlich Verhandlungen über einen neuen Lohn-  
vertrag erst im Laufe des Oktobers, wenn der jetzige Tarif ge-  
kündigt ist, stattfinden könnten, glaube der Vorstand im Interesse  
der Mitglieder zu handeln, wenn er aus tatsächlichen Gründen und  
nach reiflicher Beratung dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes  
mitteile, daß wir bereit sind, in Verhandlungen einzutreten,

natürlich aber nur unter der Bedingung, daß der neue Lohn-  
tarif erst dann in Kraft treten darf, wenn am 1. November  
der alte Tarif sein natürliches Ende erreicht hat. Das wurde  
dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes in seiner Mitantwort  
als selbstverständlich anerkannt. Die erste Sitzung hat nun  
stattgefunden. Wir wissen jetzt, was die Herren in Zukunft  
von uns verlangen und können uns darauf vorbereiten. Meber  
die stattgefundenen Verhandlung selbst ist zu berichten, daß zunächst  
der Vorsitzende dem Arbeitgeberverband die Erklärung abgab,  
daß die Arbeitgeber einem neuen Vertrage nur dann zustimmen  
würden, wenn darin entweder feste Affordjahren oder eine Mindest-  
leistung bei Tagelohnsätzen enthalten sei. Sie begründeten dies  
damit, daß es ihnen unmöglich sei, bei den jetzigen Arbeits-  
löhnen eine einigermaßen zureichende Vorveranschlagung auf-  
zustellen, zumal, da die Löhne, die sie zahlen müssen, je nachdem ob  
der eine, oder der andre Jolierer die Arbeit ausführt hat,  
ganz und gar verschieden seien. Sie sagten auch hierbei wieder  
in allen Tönen das altbekannte Lied vom Rückgang der Leistungs-  
fähigkeit bei den Jolierern im allgemeinen. Wir konnten den  
Herren aber beweisen, daß ihre Behauptungen der Wahrheit  
nicht entsprechen, daß sich die Leistungsfähigkeit in den letzten  
zehn Jahren eher verbessert hat. Natürlich zum Schaden der  
Jolierer selbst, dann aber auch zum Nachteil der Auftraggeber,  
weil bei einer solch übernatürlichen Steigerung naturgemäß  
weniger Gewicht auf solide Ausführung gelegt wird. Dann  
muß aber auch noch konstatiert werden, daß, trotzdem die über-  
aus niedrigen Arbeitslöhne in den neunziger Jahren in den  
ersten sechs Jahren dieses Jahrhunderts bis zu 90 pSt. stiegen,  
dahingegen die Preise, die sie bei ihren Auftragsgebern erzielen,  
durch eine wilde Konkurrenz ganz bedeutend herabgedrückt wurden,  
das Privatvermögen der Unternehmer sich dabei ganz enorm  
vermehrte, bei manchen sogar verdoppelt hat. Dies haben die  
Herren doch nur der kolossalen Mehrleistung ihrer Jolierer zu-  
verbanen. Dies alles aber wird sie doch nicht hindern, bei  
der nächsten Gelegenheit ihre vagen Behauptungen zu wieder-  
holen, denn sonst hätten sie doch gar keine Gründe, ihren  
Forderungen auf Afford und Mindestleistung auch nur den Schein  
der Berechtigung zu geben. Was den Herren als Mindestleistung  
vorgeschwie, kann man am besten aus einem uns von ihnen präsen-  
tierten Entwurf zu einem Affordtarif schließen. Wir glauben dies  
Laborat der Öffentlichkeit nicht vorenthalten zu dürfen, denn  
es dürfte für unsere auswärtigen Kollegen ein Genus sein, dies  
Monstrum zu studieren. Die Preise, die man uns darin zu  
bieten wagt, verdienen mit Freig und Recht als Hungerlöhne  
bezeichnet zu werden. Im Jahre 1907 nahmen wir auf Wunsch  
der Unternehmer bei der Revision des jetzigen Tarifs eine  
Klausel mit in Kauf, die besagte, daß im Laufe des Jahres 1908  
zwischen beiden Organisationen ein Affordtarif ausgearbeitet  
werden sollte, der, wenn eine Verständigung erzielt werde, am  
1. November 1908 in Kraft treten sollte. Die Unternehmer  
sahen uns dann auch bereits im April des vorigen Jahres  
einen von ihnen ausgearbeiteten Affordtarifentwurf zu, der,  
obgleich die Preise und sonstigen Bedingungen für uns un-  
annehmbar waren, gegen den uns jetzt übermittelten Entwurf  
aber doch um 100 pSt. besser war, denn es war darin wenigstens  
die volle Lohngarantie zugesichert, außerdem aber waren auch  
die festgesetzten Preise durchschnittlich bedeutend höher. Eine  
Lohngarantie aber soll diesmal unter keinen Umständen geleistet  
werden; auf dies gelegentliche Recht sollen also die Jolierer freiwillig  
verzichten. Demerkt sei noch, daß wir vor 20 Jahren, als auch teil-  
weise in Afford gearbeitet werden mußte, wo die Stundenlöhne  
bei den Jolierern aber nur 30 bis 35  $\frac{1}{2}$  betragen, für dieselben  
Arbeiten  $\mathcal{M}$  1 bis 1,25 erhielten, für die uns die Unternehmer heute  
70 bis 80  $\frac{1}{2}$  anbieten. Wenn man dann aber noch in Betracht  
zieht, daß das damalige Material ganz bedeutend besser war  
und sich infolge dessen auch vorzeihlicher verarbeiten ließ, dann  
ist der Unterschied in den Preisen doch ganz gewaltig. Wir  
unterbreiten dann im vorigen Jahre den Unternehmern einen  
Gegentarif und teilten ihnen mit, daß wir bereit seien, auf  
dessen Grundlage mit ihnen zu verhandeln. Darauf erwiderte  
uns der Vorstand, daß sie das ablehnen müßten, da die darin  
festgesetzten Sätze zu hoch seien. Dies ist aber keineswegs der  
Fall; unser Tarif ist von erfahrenen Fachleuten ausgearbeitet  
worden, die früher in Afford gearbeitet haben. Dies trifft bei  
dem Entwurf der Unternehmer nicht zu; der ist vielmehr ein-  
seitig nach kaufmännischer Berechnung aufgestellt worden. Das  
trifft fast zuzunehmen, wenn man die Preise zu den einzelnen  
Positionen nebeneinander in Vergleich stellt. Wir lassen daher  
hier den Entwurf der Unternehmer folgen und fügen zum  
besseren Verständnis jeder einzelnen Position die Preise, die wir  
in unserm Entwurf festgesetzt hatten, in Klammern bei. Es  
wird sich kaum ein Fachmann finden, der behaupten wollte, sie  
seien zu hoch oder gar unübersichtlich.

#### Tarifentwurf der Arbeitgeber.

1. Mit Masse 20 bis 25 mm starken Auftrag ohne Bandage  
70  $\frac{1}{2}$  ( $\mathcal{M}$  1,10), mit Bandage 75  $\frac{1}{2}$  ( $\mathcal{M}$  1,25), mit Anstrich  
85  $\frac{1}{2}$  ( $\mathcal{M}$  1,40); 30 mm stark ohne Bandage 75  $\frac{1}{2}$  ( $\mathcal{M}$  1,20),  
mit Bandage 80  $\frac{1}{2}$  ( $\mathcal{M}$  1,35), mit Anstrich 80  $\frac{1}{2}$  ( $\mathcal{M}$  1,50);  
40 mm stark ohne Bandage 85  $\frac{1}{2}$  ( $\mathcal{M}$  1,30), mit Bandage  
90  $\frac{1}{2}$  ( $\mathcal{M}$  1,45), mit Anstrich  $\mathcal{M}$  1 ( $\mathcal{M}$  1,80); 50 mm stark ohne  
Bandage 95  $\frac{1}{2}$  ( $\mathcal{M}$  1,40), mit Bandage  $\mathcal{M}$  1 ( $\mathcal{M}$  1,55), mit  
Anstrich  $\mathcal{M}$  1,10 ( $\mathcal{M}$  1,70); 60 mm stark ohne Bandage  $\mathcal{M}$  1,05  
( $\mathcal{M}$  1,65), mit Bandage  $\mathcal{M}$  1,10 ( $\mathcal{M}$  1,65), mit Anstrich  $\mathcal{M}$  1,20  
( $\mathcal{M}$  1,80).
  2. Leitungen mit Seidenzopf, Kork oder Stiefelschälchen  
inkl. Bandage bei 16 mm starker Aufleitung 70  $\frac{1}{2}$  pro qm  
( $\mathcal{M}$  1), bei stärkeren Leitungen 65  $\frac{1}{2}$  pro qm ( $\mathcal{M}$ ); für Anstrich  
5  $\frac{1}{2}$  (10  $\frac{1}{2}$ ), mit Rappe 10  $\frac{1}{2}$  (10  $\frac{1}{2}$ ), mit Spitzabzug 85  $\frac{1}{2}$   
( $\mathcal{M}$  1,30), bei einem Unterstrich von 20 mm 20  $\frac{1}{2}$  mehr (Jolierer  
 $\mathcal{M}$  1,50 pro qm).
  3. Leitungen mit Kork, Diatomen, Luftstiefelschälchen; Heizung-  
rohre mit dünnen Schalen 90  $\frac{1}{2}$  ( $\mathcal{M}$  1,30); Dampfleitungen  
mit Unterstrich  $\mathcal{M}$  1,10 ( $\mathcal{M}$  1,90); Dampfleitungen mit Diatomen-  
schälchen  $\mathcal{M}$  1,10, mit Unterstrich, Bandage und Anstrich ( $\mathcal{M}$  2,50).
  4. Ritzleitungen 80 mm mit imprägnierten Korkschalen  
 $\mathcal{M}$  1,65 ( $\mathcal{M}$  2,60), mit doppelt Schalen  $\mathcal{M}$  2,30 ( $\mathcal{M}$  4),  
Fassonstücke  $\mathcal{M}$  3 ( $\mathcal{M}$  5,50).
- Die Verlesung dieser Preise verursachte in der Versam-  
lung allgemeine Entrüstung. Da die Zeit schon sehr vorgeschritten  
war, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen,  
doch soll sofort nach Abgängen eine Extraversammlung statt-  
finden, wo eine Kommission gewählt werden soll, die dann  
eventuell mit dem Unternehmern weiter verhandeln soll.
- Chemnitz.** Am 23. Mai fand hier eine Mitglieder-  
versammlung der Jolierer statt, die wiederum nur sehr mäßig  
besucht war. Der Vorsitzende teilte bei der Eröffnung die

Arbeit unter den Kollegen und ermahnte die Anwesenden,  
die Schwänzer etwas aufzumuntern. Es wurde beschlossen,  
daß jeder Kollege, und wenn er auch weniger als drei Tage  
arbeitet, für die Hamburger Ausgesperrten eine Extramarke  
60  $\frac{1}{2}$  zu fleben hat. Dann wurde bekannt gegeben, daß die  
nächste Versammlung am 6. Juni, nachmittags 3 Uhr, statt-  
findet, daß dann aber in Zukunft die Versammlungen regel-  
mäßig am ersten Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats  
abgehalten werden. Fällt der 15. auf den Sonntag, findet die  
Versammlung an diesem Tage statt. Der Arbeitsnachweis  
befindet sich jetzt Amalienstraße 66, pt. 5. Kolbe. Dort hat sich  
jeder arbeitslose Jolierer eintragen zu lassen und nicht, wie  
schon verschiedene Kollegen taten, bei den Firmen anzufragen,  
damit die Unternehmer nicht der Meinung werden, sie bräuchten  
den Arbeitsnachweis nicht.

**Dresden.** Am 16. Mai fand unsere regelmäßige Monats-  
versammlung im „Voltsbaus“ statt. Zur Wiederaufnahme hatte  
sich der Arbeitswilige Kemppe gemeldet und war auch persönlich  
erfahren. Seine Wiederaufnahme wurde von der Versammlung  
bis auf weiteres abgelehnt, da er uns wiederum bei der letzten  
Sperrre über die Firma Miel in den Rücken gefallen war,  
dagegen wurde der Steinholzleger Schaubauer einstimmig auf-  
genommen. Nach Verlesen des Nummernzeichens von der Geschäfts-  
leitung beschloß die Versammlung nach kurzer Debatte, unsere  
Ausgesperrten Hamburger Kollegen noch fernerhin zu unterstützen.  
In „Gewerkschaftsblättern“ gab der Vorsitzende die Namen der  
Mitgliedern bekannt und ermahnte die durch dringende Arbeit  
von der Teilnahme abgesehene Kollegen, ihren Pflichten nach-  
zukommen und den Betrag an den Kassierer abzuliefern. Die  
Firmen Reinholdt & Co., Hannover, und Grünwiese & Har-  
mann, Ludwigshafen, haben hier am Orte neue Filialen  
errichtet. Letztere läßt Jolierarbeiten im Neubau des städtischen  
Schlachthofes durch minderwertige Arbeiter ausführen und läßt  
die hiesigen Jolierer ruhig zu Hause sitzen. Es sind hiesige  
Reute, die während der Sperrre bei Miel beschäftigt waren.  
Dem Vorsitzenden wurde aufgegeben, sich umgeben mit diesen  
Firmen in Verbindung zu setzen, um unsern Tarif zur An-  
erkennung zu bringen.

### Einigungsamt für das rheinisch-westfälische Tarifgebiet, Abteilung Cöln.

**Sitzung vom 5. Mai 1909.**  
Anwesend: Beigeordneter Dr. Fuchs, Vorsitzender; Druns,  
Höppmann, Perthel, Speltmann, Thiemann, Köpfer vom Deutschen  
Arbeitgeberverband für das Baugewerbe; Ahrens vom Zentral-  
verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter; Janßen vom Zentral-  
verband der Zimmerer Deutschlands; Muth vom Zentral-  
verband der Maurer Deutschlands; Lange, Schmidt vom Zentral-  
verband christlicher Baugewerkschaften und Bauhilfsarbeiter Deutsch-  
lands; Hellmann-Hilben; Firmenich, Protokollführer.  
Tarifbruch der Firma G. Hellmann-Hilben  
in Kaiserwerth.  
Das Einigungsamt lehnt die Verhandlung einstimmig ab, weil  
Hellmann nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist. Es wurde  
festgestellt, daß Hellmann an den Vertragsverhandlungen in  
Essen teilgenommen hat, ohne Mitglied des Arbeitgeberverbandes  
für das Baugewerbe zu sein.  
Geschäftsordnung für die Schlichtungskommissionen.  
Die hierzu paragrafierte Geschäftsordnung soll vor der  
Drucklegung den Organisationen zugeandt und in der nächsten  
Sitzung nochmals beraten werden.  
Innerhalb 14 Tagen sollen die Organisationen ihre Bezirks-  
vertrauensmänner und deren Stellvertreter mitteilen, damit das  
Verzeichnis der Geschäftsamtwahl beigelegt werden kann.  
gez. Dr. Fuchs.  
gez. Firmenich.

### Der große Schwindel.

Der große Schwindel, den der Verein mit dem langen  
Namen in Rheinland-Westfalen im Jahre 1908 in Szene gesetzt  
hat, kommt durch das vorstehende Protokoll aus Tageslicht,  
vielmehr wird er auch öffentlich besichtigt. Bekanntlich verlangten  
die Führer des Arbeitgeberverbandes in der Rheinprovinz im  
vorigen Jahre, nachdem im März in Berlin das Vertragsmuster  
mit seinen Erklärungen zustande gekommen war, bei den darauf  
wieder beginnenden Verhandlungen in Essen die Aufnahme  
einer weiteren Anzahl Orte in den abzuschließenden Vertrag, die  
in dem ersten vom Bunde im Herbst überhandten Mutter nicht  
enthalten waren. Herr Thiemann von Cöln und der unter-  
scheidliche Schlichtebaus von Essen begründeten dies Verlangen  
damit, daß die Unternehmer dieser Orte Mitglieder des Bundes  
seien und Anspruch auf den Schutz des Bundes hätten. Die  
Vertreter der Gewerkschaften weigerten sich, die neu benannten  
Orte und zwar: Siegburg, Kreuzdorf, Gemel, die Kreise Düren,  
Jülich, Aachen, Geldern, Mors und Kempen sowie die Stadt  
Hilben in den Vertrag aufzunehmen. Das Schlichtegericht in  
Essen stellte sich dann auf den Standpunkt der protokollierten  
Erklärungen zum Vertragsmuster, und daraufhin wurden die  
Orte Geldern und Coo sowie der Kreis Jülich in den Vertrag  
aufgenommen, weil von den Unternehmern nachgewiesen wurde,  
daß schon Verhandlungen im Sinne der Erklärungen statt-  
gefunden hätten. Bezüglich der Stadt Hilben bestritt der Bau-  
vorstehende, Kollege Muth, solche Verhandlungen. Herr Hellmann,  
der vom Bunde herangezogene Vorsitzende des Hildener Arbeit-  
geberverbandes, erklärte jedoch, es hätten solche Verhandlungen  
stattgefunden. (Hellmann hatte an Muth einen Brief geschrieben,  
in dem er erklärte, die Hildener Arbeitgeber müßten es ablehnen,  
einen neuen Vertrag abzuschließen, sie seien lediglich nur  
bereit, den alten, abgelaufenen Vertrag um ein Jahr zu ver-  
längern.) Das Schlichtegericht betrachtete mit diesem Brief die  
Verhandlungen im Sinne der protokollierten Erklärungen als  
gegeben. Hilben kam in den Vertrag. Dabei gehört Hilben  
zum Landkreise Düsseldorf; dieser bildet mit dem Stadtkreis  
ein Lohngebiet mit neunmündigen Arbeitszeit und 60  $\frac{1}{2}$   
Stundenlohn. Der anwesende Bezirk, oberer und unterer Kreis  
Solingen, hat ebenfalls neunmündigen Arbeitszeit und  
60  $\frac{1}{2}$  resp. 58  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn. Hilben und noch einige ganz  
kleine Dörfer liegen mitten dazwischen mit neunmündiger  
Arbeitszeit und 52  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn. Eine schreiende Ungerechtig-  
keit! Unter dem Druck der wirtschaftlichen Not gelang es dem  
Arbeitgeberbunde, insbesondere dem „Ortsvorsitzenden“ Hellmann,  
diese Ungerechtigkeit noch um zwei Jahre zu verlängern. Nun  
führt Herr Hellmann im Vorworte in Kaiserwerth, einem  
kleinen Banndörfer im Kreise Düsseldorf, größere Arbeiten  
aus, ohne den für das Gebiet geltenden Vertrag zu respektieren.

Schriftliche und mündliche Verhandlungen waren resultatlos. Herr Hellmann blieb verträglich. Der Düsseldorf'sche Arbeiterbund hat sich in allen Sprachen, desgleichen der sonst so redselige Herr Thiemann in Köln und Herr Schmiebehaus. Uns blieb zuletzt nichts andres übrig, als zu sperren. Die Sperre ging nach achtwöchiger Dauer verloren. Hellmann zahlte den Streikbrechern 65 A. Nachdem nach vielen Mühen das Götter Einigungsamt zustande gebracht war, beantragte wir das Amt solle zum Vertragsbruch der Firma Hellmann die Unternehmung (Thiemann usw.) die Verhandlung ab, weil der Punkt nicht auf der Tagesordnung stünde. Auf einen dahingehenden Antrag zur Einberufung einer neuen Sitzung schrieb Herr Thiemann an den Vorsitzenden des Einigungsamtes unter dem 1. April d. J.:

Auf Ihr geehrtes Schreiben vom 1. April haben wir zu erwidern, daß die Firma Niese dem Arbeitgeberverbande nicht als Mitglied angehört und deshalb auch hierwegen nicht verhandelt werden kann.

Bezüglich der Firmen Hellmann in Hilben und Melland in Summersbach haben wir das Nützige beantragt und uns mit den Firmen in Verbindung gesetzt. So schnell aber, wie die Gewerkschaften es wünschen, kann keine Sitzung stattfinden, da wir zuerst zur Klärung der Sachen Schritte unternehmen müssen.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand.

S. A.: Joh. Thiemann, erster Vorsitzender.

In einem weiteren Schreiben vom 15. April d. J. schreibt dann Herr Thiemann an das Einigungsamt:

Wir kommen zurück auf Ihr Schreiben vom 1. April und bitten höflich, den Arbeitnehmerorganisationen mitzuteilen, daß der Fall Hellmann durch die Fertigstellung des Diakonienheims in Kaiserwerth seine Erledigung gefunden hat. Trotzdem hat die Firma H. Hellmann in Hilben sich bereit erklärt, weil es sich um eine Prinzipienfrage handelt, sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen. In Hilben ist ein Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, der momentan mit der Bildung einer Schlichtungskommission sich befaßt und kann die Gewerkschaft diese Kommission vorher anrufen.

Bezüglich des Falles Summersbach, teilen wir Ihnen mit, daß vorerst eine Schlichtungskommission besteht, die ebenfalls vorher anzurufen ist. Dasselbe trifft auch zu für den Fall Niese in Hilben.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand. S. A.: Joh. Thiemann.

Wir erwiderten darauf folgendes:

Antwort auf das Schreiben des Arbeitgeberverbandes vom 15. April cr., betreffend Hellmann usw.

Wir können der Auffassung des Arbeitgeberverbandes, daß die Angelegenheit Hellmann durch Fertigstellung der Arbeit erledigt ist, nicht beitreten. Daraus sind wir noch immer nicht zu unserm Rechte gekommen. Im übrigen wissen wir, daß die vorjährige Arbeit wohl fertig, daß aber bereits wieder bei der diesjährigen Arbeit angefangen ist. Wir müssen es ganz entschieden ablehnen, die Sache in der vom Arbeitgeberverband vorgeschlagenen Form zu erledigen. Die in der Bildung begriffene Schlichtungskommission von Hilben hat mit der ganzen Sache nichts zu tun. Die Angelegenheit unterliegt, da der Arbeitsort im Landkreise Düsseldorf liegt, der Düsseldorf'schen Schlichtungskommission, die bereits im vorigen Jahre dazu Stellung genommen hat. Herr Hellmann wurde auch damals aufgefordert, den Vertrag anzuerkennen, weigerte sich jedoch. Wenn es sich um eine Prinzipienfrage handelt, dann gehört die Sache überhaupt nicht vor die Schlichtungskommission, dann ist es Sache des Einigungsamtes, diese Prinzipienfrage zur Entscheidung zu bringen. Wir erwidern in der ganzen Schiedserei weiter nichts als den Versuch, die Sache zu beschleppen und uns die Verantwortung zu verleiern. Wir bitten deshalb den Herrn Vorsitzenden, das Amt zusammenzurufen und dessen Standpunkt in der Sache festzustellen. Es braucht gar keiner Schlichtungskommissionssitzung mehr, um dem Herrn Hellmann den begangenen Vertragsbruch nachzuweisen. Da die Arbeiten in diesem Jahre bereits, wie oben bemerkt, in Kaiserwerth wieder begonnen haben, ist es dringend geboten, endlich Klarheit zu schaffen. Dasselbe Spiel scheint man auch, wie im Falle Hellmann, im Falle Niese treiben zu wollen. Unter dem 6. April cr. erhielten wir vom Vorsitzenden die Abschrift eines Schreibens des Arbeitgeberverbandes vom 1. April cr. eingehend, in dem es bezüglich unserer Beschwerde gegen Niese-Hilben heißt:

Auf Ihr geehrtes Schreiben vom 1. April haben wir zu erwidern, daß die Firma Niese dem Arbeitgeberverband nicht als Mitglied angehört und deshalb auch hierwegen nicht verhandelt werden kann.

In dem Schreiben vom 15. April hingegen heißt es zum Schluß, nachdem im Vorjahr auf die Schlichtungskommission hingewiesen ist:

Dasselbe trifft auch zu für den Fall Niese in Hilben.

Wir fragen nun, was ist nun richtig, das erste oder das letzte? Ist Niese in Hilben organisiert oder nicht? Uns scheint, der Arbeitgeberverband weiß selbst nicht mehr was er will.

Hochachtungsvoll

Der Gauvorstand. S. A.: Gust. Mühl.

Wie recht wir hatten, daß wir uns nicht auf das Verschleppensdänder der Herren Thiemann, Hellmann und Konjonten einlassen wollten, zeigte die dann am 5. Mai d. J. stattgefundene Sitzung des Einigungsamtes, von der das Protokoll oben abgedruckt ist. Wir müssen zunächst darauf hinweisen, daß in den vorstehenden Briefen des Herrn Thiemann der Herr Hellmann als Mitglied des Arbeitgeberverbandes behandelt wird. Im ersten Briefe insbesondere wird der erste Unternehmer Niese-Hilben als unorganisiert erklärt, wegen dessen nicht verhandelt werden könnte, während Herr Hellmann und der andre Herr von G. als Organisiert behandelt werden. In dem zweiten Briefe heißt es: „In Hilben ist ein Arbeitgeberverband für das Baugewerbe“ usw. Und was geschieht nun im Einigungsamt, nachdem wir energisch unser Recht verlangen? Herr Hellmann tritt auf und erklärt dem Sinne nach: „Ich habe mich mit der Festlegung des Lohnes in Kaiserwerth nicht einverstanden erklärt. Ich habe mich nach meiner Meinung mit Recht gemeldet, da in Kaiserwerth kein Unternehmer organisiert ist. Ich selbst bin auch schon seit Jahren nicht

organisiert. Ich bin im vorigen Frühjahr durch den Arbeitgeberbund nach Essen geladen worden, um dafür zu sorgen, daß Hilben in den Vertrag kam. Das ist mir auch gelungen. Als die Hilbener Sache erledigt war, bin ich wieder abgereist; wäre ich bei der Verhandlung von Kaiserwerth noch dagewesen, hätte ich dagegen protestiert. Ich habe keinen Vertragsbruch begangen, weil ich nicht organisiert bin. Ich habe einen kleinen einmaligen Beitrag an die Kasse des Bundes nach Berlin gezahlt, lediglich, weil ich mich verpflichtet fühlte, zu den allgemeinen Lasten, welche dem Bunde durch die Verhandlungen entstanden, etwas beizutragen. Ich habe nie einen Aufnahmeseintrag ausgefüllt, kein Mitgliedsbuch gehabt, auch ist an mich nie die direkte Aufforderung ergangen, dem Bunde als Mitglied beizutreten.

Herr Bögen von Düsseldorf bestätigte dem Herrn Hellmann, daß er seit vier Jahren keine Beiträge nach Düsseldorf bezahlt habe, sonst müßte er, Bögen, dies wissen. Herr Hellmann erklärte auch auf Anfrage nach: In Hilben ist augenblicklich ein Arbeitgeberverband in der Bildung begriffen; lassen Sie mir Zeit bis Ende dieses Monats, bis dahin hoffe ich, die Arbeitgeber von Hilben organisiert zu haben, dann erkenne ich von selbst den Vertrag an.

Wir waren wie aus den Wolken gefallen. Derselbe Herr Hellmann, der im Vorjahre in Essen als Vorsitzender eines Arbeitgeberverbandes an den Verhandlungen teilnahm, kein Mitglied des Bundes! In Hilben kein Arbeitgeberverband! Und Thiemann-Köln schreibt noch unter dem 15. April: „In Hilben ist ein Arbeitgeberverband“. Da schlage einer lang hin! Und eine solche durch und durch unwahre Gesellschaft wagt es noch, es auf eine Sitzung des Einigungsamtes ankommen zu lassen. Gerne hat man das ja auch nicht getan. Deshalb wollte man uns auch an die in der Bildung begriffene Schlichtungskommission des gar nicht bestehenden Arbeitgeberverbandes in Hilben verweisen. Und Herr Thiemann und Herr Hoemann von Köln hatten noch die Seiten, in der Einigungsamtsitzung zu sagen, nicht Herr Hellmann, sondern wir, die Arbeiter, hätten Vertragsbruch begangen in Kaiserwerth, weil wir bei den unorganisierten Arbeitgebern nicht den vom Bund abgeschlossenen Vertrag durchgebrochen hätten. Als sie vom Kollegen Mühl eine derbe, aber zureichende Antwort erhielten, markierten sie noch die gekränkten und enttäuschten Wiederkämmerer.

Unsere Kollegen in Kaiserwerth haben Herrn Hellmann die richtige Antwort gegeben. Am Tage nach der Sitzung des Amtes sind sie dorthin gekommen; Herr Hellmann hat es nicht auf einen zweiten Kampf ankommen lassen, er hat den Vertrag anerkannt. Und auch unsere Hilbener Kollegen haben das einzige getan, was sie tun konnten und tun mußten. In einer sofort abgehaltenen Versammlung haben sie den Hilbener Unternehmern den Vertrag, der auf j unehrliche, schwindelhafteste Manier zustande gekommen ist, zerissen vor die Füße gemorren. In einer neuen Lohnforderung verlangen sie nunmehr die Durchführung des Düsseldorf'schen Vertrages auch für Hilben. Und sie werden ihn erreichen. Die Erörterung über das erärmliche Spiel der Arbeitgeber kennt keine Grenzen. Die Hilbener Maurer werden zu kämpfen wissen.

## Zentralfrankencasse.

(„Grundstein zur Einigkeit.“)

In der Woche vom 28. bis 29. Mai sind folgende Beträge eingegangen: Von der dritten Verwaltung in Niddorf A. 800, Hamburg 500, Jüterbog 800, Wriez 250, Groß-Schönebeck 200, Groß-Niederfelde 200, Walsdorf 200, Hohen-Neuenhof 150, Neuzelle 150, Hofkranz i. A. 150, Königshagen i. Pr. 150, Regin 100, Ottenhof-Dorfka 100. Summa M. 3250.

Zufüsse erhielten: Stuttgart A. 200, Straßburg i. E. 200, Bampertheim 150, Tegel 100, Strausberg 100, Wesenleben 100. Summa M. 850.

Altona, den 29. Mai 1909.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

## Vom Bau.

### Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen &c.

**Un die baugewerblichen Arbeiter Deutschlands.**  
Werte Genossen! Die Zahlen des Reichsversicherungsamtes zeigen unabweislich, daß bei den Baubetriebsstätten von einem Rückgang der Anfälle nicht die Rede sein kann. Im Jahre 1907 sind allein bei den Bauberufsgenossenschaften 69 315 Unfälle zu verzeichnen, und davon sind 14 391 entschädigte Unfälle mit 1256 Tödlingsverlehten.

Die Zunahme der entschädigten Unfälle zeigt sich auch relativ, und nur vereinzelte Landesteile weisen einen bescheidenen Rückgang auf. In den preussischen Provinzen Schlesien, Posen, Rheinland und Westfalen sind die Unfallziffern schon seit Jahren fortgesetzt und im Königreich Sachsen im Zeitraum der letzten zehn Jahre sogar um über 50 pSt. gestiegen. Geradezu erschreckende Zahlen zeigen bei dem Bemühen der Arbeiter, den Zuständen bei den Bauten einen anderen Charakter zu geben, die südlichen Bundesstaaten. An erster Stelle mit diesen Mißständen und in der Hinsichtung des Menschenschutzes steht das Königreich Württemberg, wo dem Anscheine nach die berufsgenossenschaftlichen Unternehmer Arbeiterleben und -gesundheit in der willkürlichsten Art verbrauchen können. Wie einerseits durch den Mangel von technischer Unfallversicherung und behördlicher Bauaufsichtigung diese Unfallzahlen zunehmen, so sorgt andererseits der vernachlässigte Gesundheitsschutz in Verbindung mit der wirtschaftlichen Not für eine Verallgemeinerung des Elends der baugewerblichen Arbeiter. Die Kranken- und Sterbestatistiken

unserer Zentralverbände und der Krankenkassen reden ganze Bände. Die Kommentare zur Abfözung der Lebensdauer unserer Berufskollegen sind hier unerschwer nachzulesen. Diese oftentundigen Katastrophen stehen im ursächlichen Zusammenhang mit der intensiven Steigerung der Arbeitsleistungen im Baugewerbe.

Der behördliche Bauarbeiterchutz und die Bauaufsicht in Deutschland tranken an Halbfetten und Rotbeselzen. Seit Jahren fordern wir spezielle Schutzmaßnahmen für das Betonbaufahren und die verschiedenen Eisenbauleistungen; die amtlichen Organe können zur Prüfung dieser Materie immer noch nicht die nötige Zeit finden. Der Tiefbau verlangt bei der vielfachen Beschäftigung von Gelegenheits- und ausländischen Arbeitern eine ganz besondere behördliche Fürsorge, die aber nur sehr vereinzelt wahrzunehmen ist. Um hier andre Zustände herbeizuführen, bedarf es außergewöhnlicher Anstrengungen und Mittel.

Bei der Forderung und dem Kampf um besseren Schutz für Leben und Gesundheit wird die baugewerbliche Arbeiterschaft auf ihre eigene Kraft angewiesen sein. Daß darüber für uns kein Zweifel bestehen kann, das zeigen die Beschlüsse des Verbandstages der Bauberufsgenossenschaften zu Essen im September 1908 und die Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus im März dieses Jahres, wo die Unternehmervertreter ohne Scheu die Mißstände bei den Bauten als eine Folge der Inbolsenz der wirtschaftlich abhängigen Arbeiter bezeichneten. Das Unternehmertum findet dabei in Preußen die ausdrucksvollste Unterstützung der Ressortminister.

Der Minister, der öffentlichen Arbeiten, Herr Dr. Breitenbach, konnte unter dem Beifall der bürgerlichen Parteien am 17. März d. J. im Abgeordnetenhaus u. a. ausführen,

daß ein großer Teil der Unfälle auf das Verschulden, auf die Nichtachtung der Schutzbestimmungen, auf die Nichtachtung der Gefahr von seiten der Arbeiter zurückgeführt werden muß.

Das Ministerium in Preußen gibt nur dem äußersten Zwang der Umstände nach und ist der Rückhalt der Reaktion auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes. Diese Regierung mit ihrem weitgehenden Einfluß im Bundesrat ist als beizanzurufen anzusehen für die geringen Fortschritte der Bauüberwachung durch Mitwirkung der Kontrollen aus Arbeiterkreisen. Die Stellungnahme der preussischen Regierung zu unsern Forderungen ist bestimmend für eine nicht geringe Zahl von Bundesregierungen. In Elsaß-Lothringen, Hessen, Oldenburg, Mecklenburg usw. verschleppen die Regierungen nach preussischem Muster die Regelung der Bauarbeiterchutzfrage. Für die Arbeiterschaft ist deshalb der Weg klar und bestimmt vorgezeichnet.

Was wir bis zurzeit als ertungen anzusehen haben, ist als ein Erfolg der unermühten Tätigkeit der Gilden der baugewerblichen Arbeiterschaft zu betrachten. Die Indifferenten in den Bauberufen durch Agitation über den Wert des Lebens und der Gesundheit aufzuklären, wird deshalb auch weiter mit Erfolg begleitet sein. Auch in der nächsten Zeit wird nach dieser Erkenntnis gehandelt werden müssen. Zu diesem Zweck wird die Zentralkommission den einzelnen Vertrauenspersonen und den Vorsitzenden der Bauarbeiterchutzkommissionen eine Anweisung zugehen lassen, die zu befolgen Ehrensache eines jeden denkenden Bauarbeiters sein muß.

Arbeitsergenossen! Zeigt dem Unternehmertum und den Regierungen, daß Arbeitslosigkeit und Not Euren Willen zur Erringung wahrnehmbarer Schutzmaßnahmen nicht beugen können, sondern daß Ihr nach wie vor fest entschlossen seid, mit uns für bessere Zustände auf den Baubetriebsstätten zu kämpfen!

G a m b u r g, im Juni 1909.

Mit Gruß!

### Die Zentralkommission für Bauarbeiterchutz.

NB. Alle Briefe, Sendungen usw. für die Zentralkommission sind an G. Heine, Hamburg 1, Wesenbinderhof 56, 2. Et., zu richten.

Gebelsherg. Am 21. Mai ereignete sich am Neubau des Unternehmens D. Garwig, Gießlinghauserstraße, ein Unglücksfall, der leicht schlimmere Folgen hätte haben können. Der Kollege Albert Lehmann aus Gießlinghausen war damit beschäftigt, den Beton in den Wälfen der zweiten Etage einzutampfen, als plötzlich die Schallung nachgab und unsern Kollegen mit in die Tiefe kippte. Er stürzte auf das unterste Balkongelände, an das er sich festklammerte. Zum Glück hat er nur leichtere Verletzungen davongetragen, so daß er in Kürze wieder arbeitsfähig sein wird. Die Schuld lag wahrscheinlich daran, daß die Querriegel, die die Schallung trugen, nicht genügend aufgelegt im Mauerwerk waren.

G a m b u r g, den 25. Mai ereignete sich am Bau des Europa-Saales am Alterdamm, Firma Woskau & Sauer, ein schrecklicher Unglücksfall. Der Arbeiter Kretow wollte die Reifstiene am Kastenauflauf mit grüner Seife schmierem. Der Fahrstuhl geht durch den Richtig, wo nicht überfahren, sondern vom stehenden Gerüst gemauert wird. Um nun besser hincitigen zu können, trat Kretow auf ein an die Aufsicht gekehrtes Schabrett, die beiden Nägel gabten

nach, er sank auf ein Brett, das auf diesem Ende ungefähr 2 m überhand, das Brett gab nach und Zreiof saute in die Tiefe. Die Arbeit verrietherte er im dritten Stof. Im ersten Stof befand sich ein Schutgerüst, das war die Hälfte des Sturzes, dies wurde durch den Fall der Balken und eiserne Träger hindurch in den Keller durch die Betonfüllung. Der Unglückliche war sofort eine Weile. Neben Arm- und Beinbrüchen, schweren inneren Verletzungen und einem Schädelbruch, konnte der schnell herbeigerufene Arzt nur noch den Tod konstatieren. Die Leiche wurde ins Leichenhaus gebracht. Zreiof hinterließ eine Frau und zwei Kinder.

Redlungshausen. Am Neubau des Unternehmers Hermann Geris fiel dem Kollegen Auge beim Steineisen ein Stein auf den Kopf, der ihn ziemlich schwer am Kopfe verletzete. Auge verlief hierbei das Gleichgewicht und stürzte vom Gerüst herunter, wobei ihm noch ein Arm erheblich verletzete wurde. Die Schuld an dem Unfall trifft den Maurermeister Kober, der die Steine so schnell angab, daß eine Stodung entstand. Auf Vorhaltungen der Kollegen, die die Steine nicht so schnell anzugeben, hatte er nur Spott und Spott und trieb es nur desto ärger. Für seine Brutalität hätte er eine gehörige Sektion verdient.

Schreiberhau. Am 26. Mai stürzte am Erweiterungsbau von König's Hotel der beim Aufsteigen tätige Kollege G. Plätsche ein Stodwerk tief vom Gerüst. Er erlitt eine tiefe Wunde am Hinterkopf. Das Gerüst war zu schmal und hatte keine Brustwehr. — Am 27. Mai brach am Sommerbau ein Gerüst zusammen, als der Kallträger seinen Kall ausließ. Die Stodstange brach dicht an der Bindung ab. Die Kollegen konnten sich noch retten, einer erlitt geringe Verletzungen.

Stralsund. Am 18. Mai stürzte hier ein Teil des neuen Stels ein, wobei ein Arbeiter getötet und zwei Arbeiter schwer verletzt wurden. Die hiesigen Wälder reden von unbefangenen Gründen und von einer festen Abstützung. Weides trifft daneben. Den Hauptanlaß zum Einsturz gab die elektrische Straßenbahn, die unentwegt dicht an dem Stelgraben vorbeifuhr. Neht nach dem Einsturz hat sie die Fahrerei plötzlich einstellen können und behilft sich mit Umsteigen. So kann aber auch, wie die dort beschäftigten Arbeiter berichten, die Abstützung einmal ungenügend, zweitens mit Brettern besetzt, auf denen wiederum Schutt lag. Die Untersuchung möge sich nur einmal danach umhören. Nach dem Einsturz hat man allerdings auch die Abstützung verbessert.

\* Untertragung des Baubetriebes. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat in einem Erlaß an die Verwaltungsorgane auf die Verlegung hingewiesen, gewissen Baunehmern den Baubetrieb zu unterlegen. Es wird darin auf die Gefahren Bezug genommen, die durch gewissenlose Handhabung des Baubetriebes für Arbeiter und Hausbesitzer entstehen können. — Man darf von diesem Erlaß keineswegs einen erheblichen Einfluß auf jene Unternehmer erwarten, die durch Außerachtlassung der Schutzvorschriften Gefährdung des Lebens und der Gesundheit der Bauarbeiter herbeiführen. Die rechtliche Befugnis haben die Behörden schon seit zwei Jahren; man hat jedoch nur sehr selten gehört, daß sie davon Gebrauch gemacht haben. Und wo das geschah, da hatte der betreffende Unternehmer in geradezu gemeingefährlicher Weise gepufft; von einer Anwendung des Untertragungserlasses auf Nichtigen auf die beim Bau beschäftigten Arbeiter haben wir noch nichts gehört. Item: eine Förderung des Baubetriebes ist von diesem Erlaß nicht zu erwarten, denn man auch reichlich viel Gequader darob anstimmt.

Von einem Verbot des Baubetriebes wird aus der Provinz Hannover berichtet. Der betreffende Unternehmer hatte bei einem Neubau mehrere Außenwände, statt wie vorgeschrieben 38 cm, nur 32 cm stark aufgeführt und überdies noch mit einem 7 cm breiten Holzraum, so daß in Wirklichkeit nur Mauerwerk in Stärke von 25 cm vorhanden war. Ein Sachverständiger hatte ferner noch behauptet: Durch die Ausführung von 15 m hohen Wänden in je 12 cm starken Schalen, die die Wallelagen in einem von sogenannten kleinen Leuten bewohnten, stark belasteten Gebäude aufnehmen, durch den schlechten Verband des mit schlechtem Mörtel und Ausfüllsteinen hergestellten Mauerwerkes seien Zustände herbeigeführt, die das Leben und die Sicherheit der Bewohner gefährden. Es kam hinzu die große Zahl der in dem Gutachten einzeln erörterten Verstöße gegen die vom Beklagten zu beobachtenden Vorschriften und die anerkannten Regeln des Baugewerbes, unter denen noch besonders hervorzuheben ist, daß er an Stelle der durch Polizeiverordnung vorgeschriebenen Eigentümer in den Vorfluren des öffentlichen Bauwesens die Beschlüsse verwandt hatte. Der Mann hatte gegen das Verbot Berufung eingelegt, die aber sowohl vom Bezirksauschuß wie vom Oberverwaltungsgericht verworfen wurde.

\* Submissionen. Auf dem Güterbahnhof zu Gagen i. Westf. sollte die Herstellung einer Zirkelmauer in Submission vergeben werden. Von zehn Angeboten betrug das höchste des Baunehmern und Regelleiters A. Schauer M. 28 585,60, während der italienische Schachmeister und Wirt Morini nur M. 12 128,54 forderte, so daß der Unterschied die Kleinigkeit von M. 11 459,06 betrug. — In Nr. 18 hatten wir von einer Submission in Wilsdorfheim B. Mainz berichtet, wo die Firma K. & S. in K. & S. als Mindestfordernde genannt war. Es handelte sich um die höchste Forderung M. 42 955,54 genannt waren, während die Firma K. & S. M. 21 118,80 gefordert hatte. Sie teilte uns jetzt mit, daß sich ihre Forderung nur auf zwei der zu erbauenden Häuser bezogen hätte. Das ändert natürlich die Sache. Wenn das zutrifft, so werden dadurch auch unsere Bemerkungen, die wir an das Submissionsergebnis knüpften, hinfällig.

Die preussische Regierung und die süddeutschen Bauarbeiterkontrollen.

I. Das Arbeiterschutzgesetz, welche nicht durchgeführt werden, nicht die Druckerhöhung wert sind, die hierzu verwendet wurde, davon sind die künstlerischen Unternehmer im Baugewerbe wie die bergbaulichen Großkapitalisten und die

preussische Regierung gleich den Arbeitern überzeugt. In der kapitalistischen Gesellschaft werden sich deshalb bei dem Kampf um den Arbeiterschutz zwei Perioden des Kampfes unterscheiden lassen: 1. Die Erringung der Arbeiterschutzgesetze selbst und 2. die Durchführung der vorgeschriebenen Schutzmaßnahmen. Bei der naturgemäß vorherrschenden Liebe der Regierungen für den Interessenschutz der Unternehmer darf keinesfalls angenommen werden, daß man sich bemüht, diese Materie arbeitlich gesetzlich zu regeln. Im Gegenteil. Die Geschichte des Arbeiterschutzes für den Bergbau und das Baugewerbe zeigt, wie die Regierungen verfahren, die herbeizugeworbenen der Arbeiter jahrelang durch inhaltlose Zusagen zu verschleppen. Wenn man aber dennoch den nicht mehr ausweichenden und sich dazu verstehen muß, einige Konzeptionen zuzubilligen, dann machen wir die Wahrnehmung, wie die landesväterlichen Regierungen im Grunde mit den Unternehmern durch Handhabung von hohlen Argumenten die Ausführung ihrer eignen Schutzverordnungen zu hinterzählen suchen. Dieses eifrige Bemühen der Arbeiterschutzfeindlichen Elemente zeigt bei allem Ernst der Sache doch Momentbilder von recht interessanter und auch tragikomischer Wirkung.

Einmal im Jahr wird durchweg in preussischen Abgeordnetenhäusern über Bauarbeiter-schutz geredet oder verhandelt. In den letzten Jahren wurde diese Sache durch die Freimünnigen mit der Unterstützung des Zentrums wahrgenommen. Durch den Eintritt der Sozialdemokratie in das Reichsparlament ist diesmal am 17. März d. J. die Regierung durch den Antrag untr. Genossen zu einer Stellungnahme zu der Frage der behördlichen Baubeaufsichtigung gedrängt worden. Ungeachtet eines Antrages der Zentrumspartei stand im Vordergrund der Beratung der Antrag von Borgmann und Genossen, welcher forderte:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf zur Regelung des Bauarbeiter-schutzes vorzulegen, der insbesondere die Anstellung von Baukontrollen aus der Arbeiterklasse vorseht.

Bei den bestehenden Zuständen in Preußen konnte die Begründung dieses Antrages dem sozialdemokratischen Abgeordneten Reiner nicht allzu schwer fallen. Der landesgesetzliche Bauarbeiter-schutz in Preußen wurde bisher ministeriell auf dem Wege von Ministerialen an die Regierungspräsidenten und durch Anweisungen an die Staatsämter geregelt. Soviel davon öffentlich bekannt geworden ist, wissen wir, daß außer dem städtischen Schutz über Neubauten, Aborte, Dichtung der Winterbauten usw., durch die Ministerialen an die Regierungspräsidenten vom 7. Juli 1899 und 17. Juli 1907 auch für den technischen Schutz gegen Unfälle die berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften landesgesetzlich maßgebend sind; das heißt: diese Vorschriften sind behördlicherseits zum Anhalt zu nehmen.

In Preußen besteht demnach eine äußerst enge Verbindung der Bauerngenossenschaft mit dem gesetzlichen Arbeiterschutz. Dieser Zusammenhang der Dinge hat selbstverständlich seine Ursache. In Verbindung mit den Junkterkonfessionen hat es die Selbstgruppe verstanden, sich einen weitgehenden Einfluß auf die Gestaltung des Arbeiterschutzes im Baugewerbe Preußens zu sichern. Zu alledem kommt, daß die Bauarbeiter bei der Junkterpartei, wo die Zünfte ihren berechtigten Anspruch gefunden haben, nicht gerade gut angezogen sind. Die Bauarbeiter-schutz gehört nicht zu den Berufsklassen, die in stiller Selbstzufriedenheit vor den Zünften eine Revue machen oder gar eine Gefolgschaft leisten. Die respektvolle Untobachtigkeit dieser freilebigen Elemente hat die Junkterklasse oft bis auf ihre entlegenen Herrensitze zu spätern bekommen. In den ländlichen Distrikten ist die Proletarie der Baugewerbes die Pioniere der Arbeiterbewegung. Sie sind es, die in nicht geringer Zahl sich mit Ausdauer der Aufgabe unterziehen, die Lohnflachen der agrarischen Ausbeuter mit den Ideen des Sozialismus bekannt zu machen. Der Haß der konservativen Partei gegen die Bauarbeiter-schutz ist deshalb zu begreifen und so wurde der Antrag von Borgmann und Genossen mit der Unterstützung der Nationalliberalen abgelehnt. Diesem ablehnenden Beschluß des Abgeordnetenhauses ging eine längere Begründung der gegnerischen Parteien und des Herrn Ministers von Breitenbach voraus. Von Interesse ist hierbei, wie der Ressortminister der öffentlichen Arbeiten seine und die Stellungnahme der reaktionären Parteien zu rechtfertigen versuchte. Eine Beachtung verdienen deshalb diese ministeriellen Ausführungen nicht allein für Preußen, sondern, im Zusammenhang mit den Forderungen des Reichsbauarbeiter-schutzgesetzes betrachtet, von der Bauarbeiter-schutz in Deutschland überhaupt. Der Minister führte im wesentlichen aus:

In materiellen Vorschriften für den Bauarbeiter-schutz kommen an erster Stelle die mehrfach erörterten Unfallverhütungsvorschriften der Bauerngenossenschaft in Frage. Diese beruhen auf reichsgesetzlicher Grundlage, gelten für das Reich, für Stadt und Land. Sie sind, soweit sie für Preußen in Betracht kommen, noch jüngst in meinem Ministerium im Einvernehmen mit der Zentralbehörde des Reiches, die auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes wohl die umfassendsten Kenntnisse sammelt, dem Reichsversicherungsamt, einer grundlegenden Revision unterworfen worden. (1) ... Es ist nun zweifellos richtig, daß auch die trefflichsten Bestimmungen, die sorgsamsten Vorschriften, ganz den Bedürfnissen angepaßt, nicht wirken, wenn sie nicht einer dauernden Kontrolle unterliegen. Eine solche Kontrolle erfolgt durch die Organe der Bauerngenossenschaft, durch die hier erwähnten technischen Aufsichtsbeamten. Deren gibt es in den für Preußen in Betracht kommenden nicht 49 sondern 89, und man kann zugeben, es wäre erwünscht, wenn die Zahl dieser technischen Aufsichtsbeamten noch vermehrt würde.

Die Kontrolle erfolgt weiter in allen Städten mit regerer Bautätigkeit, einmal durch höhere Baubeamte, ferner a) durch mittlere technische Beamte, die für diesen Zweck ausschließlich angestellt sind, keine andere Aufgabe kennen und besonders vorgebildet werden, nämlich Bau-sekretäre und Bauassistenten. ... Dann haben wir zur

Kontrolle besonders ausgebildete Schutzleute. Die Kontrolle wird von ihnen aber nur insoweit ausgeübt, als eine tiefere technische Vorbildung nicht erforderlich ist. Es handelt sich insbesondere um die Kontrolle der Polizeiverordnungen, die in erster Linie der Abhaltung der Berufskrankheiten, der Sittlichkeit und der Reinlichkeit gelten, und diese Kontrolle kann in durchaus genügender Weise durch entsprechend gebildete Schutzleute wahrgenommen werden. Diese Organe reichen nach Auffassung der Staatsregierung aus, um Unfällen vorzubeugen und den Bauarbeiter-schutz wirksam zu gestalten, soweit dies im Bereich der Möglichkeit liegt. Unfälle völlig zu verhindern, wird die Staatsregierung und jeder, der sich mit der Kontrolle befaßt, aufstrebend sein, weil eben das Baugewerbe mit gewissen unvermeidlichen Gefahren verbunden ist, und weil wir damit rechnen müssen, daß ein großer Teil der Unfälle auf das Verschulden, auf die Nichtachtung der Schutzbestimmungen, auf die Nichtachtung der Gefahr von Seiten der Arbeiter zurückgeführt werden muß. ... Es besteht die Auffassung, daß eine gesetzliche Festlegung der Normen, deren ich Erwähnung getan habe, also der Unfallverhütungsvorschriften, der Polizeiverordnungen aller Art, geradezu schädlich wirken müßte. ... Aber auch gegen die Aenderung der Kontrolle auf Bauten durch Anstellung von Arbeiterkontrollen bestehen nach wie vor grundsätzliche Bedenken. In erster Linie ist die Ermöglichung maßgebend, daß der Arbeiter als Kontrollen nicht geeignet ist, mangels genügender technischer Vorbildung. Es wird ferner befohlen, daß der soziale Frieden weiter gefährdet werden und der Gegenstand im Baugewerbe noch verschärft werden würde, insbesondere wenn die Arbeiterkontrollen aus den Reihen der Arbeiter herorgingen. Es würde sich hieraus eine Verschlebung des Gleichgewichts zu Ungunsten der Arbeitgeber vollziehen. Die Staatsregierung ist von jeher bemüht gewesen, dieser Verschlebung des Gleichgewichts entgegenzutreten. (2) Endlich aber sehen wir mit Sicherheit voraus, daß sich die Sozialdemokratie die Gelegenheit nicht entgehen lassen würde, diese Kontrollen ausschließlich als ihre Organe zu betrachten. — Nun ist auf die Tatsache hingewiesen worden, daß in Süddeutschland Arbeiterkontrollen angestellt worden sind, insbesondere in Bayern, das auf diesem Gebiete einen Erfolg zu verzeichnen habe; das kann aber die preussische Regierung nicht bestimmen, ihre Stellungnahme zu ändern. Ich weise zunächst darauf hin, daß die Arbeiterkontrollen in Bayern nicht etwa aus den Reihen der Arbeitnehmer herorgingen, daß sie vielmehr gleichmäßig von Arbeitgebern und Arbeitnehmern den Gemeindebehörden präsentiert werden und, nachdem sie bestellt sind, tatsächlich Angestellte der Gemeinden werden. In Süddeutschland ist ferner der Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern keinesfalls ein so scharfer wie in Norddeutschland. (3) Was nun die Erfolge der Einstellung von Arbeiterkontrollen in Süddeutschland betrifft, so kam man aus der Statistik jedenfalls den Schluß ziehen, daß diese besonders günstige gewesen sind. Ich will meinerseits zugeben, daß die Erfahrungen noch nicht völlig abgeschlossen sind. Die Zahlen, die mir aber vorliegen, sprechen zunächst für das Gegenteil. Es liegt für neun Baugewerkschaften in Preußen die Statistik der Unfälle vor, die den Tod oder dauernde Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten, berechnet auf 100 000 Arbeiter. Hieraus ergibt sich, daß 1902 in Preußen 85 Arbeiter, im Jahre 1907 74,2 schwer oder tödlich verunglückt waren, dagegen in Bayern im Jahre 1902 116, im Jahre 1907 111. Die Gesamtgegenüberstellung aller Unfälle im Baugewerbe ergibt auf 100 000 Arbeiter im Jahre 1907 für Preußen 767, für Bayern 1119. — Aus allen diesen Gründen kann ich nicht in Aussicht stellen, daß dem Antrage eine weitere Folge gegeben werden kann.

Die preussische Regierung hat in einem Erlaß an die Verwaltungsorgane auf die Verlegung hingewiesen, gewissen Baunehmern den Baubetrieb zu unterlegen. Es wird darin auf die Gefahren Bezug genommen, die durch gewissenlose Handhabung des Baubetriebes für Arbeiter und Hausbesitzer entstehen können. — Man darf von diesem Erlaß keineswegs einen erheblichen Einfluß auf jene Unternehmer erwarten, die durch Außerachtlassung der Schutzvorschriften Gefährdung des Lebens und der Gesundheit der Bauarbeiter herbeiführen. Die rechtliche Befugnis haben die Behörden schon seit zwei Jahren; man hat jedoch nur sehr selten gehört, daß sie davon Gebrauch gemacht haben. Und wo das geschah, da hatte der betreffende Unternehmer in geradezu gemeingefährlicher Weise gepufft; von einer Anwendung des Untertragungserlasses auf Nichtigen auf die beim Bau beschäftigten Arbeiter haben wir noch nichts gehört. Item: eine Förderung des Baubetriebes ist von diesem Erlaß nicht zu erwarten, denn man auch reichlich viel Gequader darob anstimmt.

Gewerkschaftliches.

\* Die Gewerkschaftskartelle im Jahre 1908. Die erste der von der Generalkommission alljährlich herausgegebenen Statistiken der gewerkschaftlichen Organisation, Einrichtungen und Errungenschaften ist jeden erschienen: Die Statistik der Gewerkschaftskartelle im Jahre 1908. Die Kartellstatistik berichtet diesmal über 608 örtliche Kartelle, oder 97,2 pSt. der vorhandenen, denen 1 560 896 Gewerkschaftsmitglieder durch ihre Organisation angeschlossen waren. Zweigvereine der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände gehörten 8400 mit 1 555 101 Mitgliedern den Kartellen an. Gegenüber dem Jahre 1907 hat sich die Zahl der den Kartellen angeschlossenen Zweigvereine um 680 erhöht, dagegen ist die Zahl der angeschlossenen Mitglieder um 84 962 gefallen. Die Wirkungen der Krise auf den Mitgliederbestand der Gewerkschaften zeigt sich also schon hier bei der Kartellstatistik.

Auf dem Gebiete der Agitation haben die Kartelle im vorigen Jahre eine rege Tätigkeit entfaltet. Abgehalten wurden 2668 allgemeine und 1474 berufliche Versammlungen. Für die Agitation unter den Arbeiterinnen bestanden in 18 Orten Arbeiterinnenkommissionen und in 30 Orten waren weibliche Vertrauenspersonen eingesetzt.

Wichtige Einrichtungen der Kartelle sind die verschiedenen Kommissionen, die fortlaufend sozialpolitische Aufgaben resp. solche, die auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes liegen, zu erfüllen haben. Solche Kommissionen bestanden im Jahre 1908 126 Besonderekommissionen für Gewerbe-, Inzestionsachen, 233 Bauarbeiter-schutzkommissionen, 68 Kommissionen für Befreiung des Paß- und Logiszwanges. Wo diese Kommissionen ihren Aufgaben mit Lust und Liebe nachgehen, können sie eine erprobliche Tätigkeit im Interesse der Arbeiterklasse entfalten. Das gilt von allen drei Kommissionen; von besonderer Bedeutung können aber die Kommissionen werden, die den Verkehr mit der Gewerbeaufsicht vermitteln. Hier ist noch ein großes Gebiet sozialer Betätigung den Gewerkschaftskartellen offen.

Gemeinsame Bibliotheken besaßen die örtlichen Gewerkschaftsfilialen im vorigen Jahre 430, die von den

Kartellen verwaist und eingerichtet waren. 1907 betrug die Zahl der Bibliotheken 374. Rezejimmer unterhielten 70 Kartelle. In 234 Kartellen waren Bildungsausschüsse eingeklagt und 59 Kartelle hatten Referentennachweise eingerichtet.

Die Zahl der Orte mit eignen Gewerkschaftshäusern betrug 51 gegen 33 im Jahre 1907. Man wird die Empfindung nicht los, daß die Entwicklung ein wenig rasch vor sich geht. In manchen Orten werden Gewerkschaftshäuser errichtet, ohne daß die nötigen Unterlagen vorhanden sind. Hier müssen die Kartelle sich nachher mit einem Stein am Bein herumschleppen, den Loszuwerden nicht ohne bedeutenden Geldverlust möglich ist. Freilich wird das Bedürfnis der Gewerkschaften nach eignen Häusern nicht zu bestreiten sein. Aber die heutige Finanzierung dieser Unternehmungen basiert auf dem Umfange in der Restauration, soweit die Vermögensverhältnisse in Frage kommen, und die sind es ja, die meistens zum Betrieb eigener Häuser anregen. So steht also das Gewerkschaftshaus nicht auf einem höheren Niveau als die Vermögensverhältnisse der Rneipenwirts: In beiden bezieht die Finanzierung auf dem Alkoholhofraum. Ein Segen für die deutsche Arbeiterbewegung wäre es, gelänge es, den Wirtschaftsbetrieb aus den Verammlungen zu befreien. Wer etwas trinken will, hat nachher Gelegenheit genug dazu, in den Verammlungen sind Gerbiereleiner und Biertrinker nur störend. Zur Befreiung des Alkohol- resp. iontigen Getränkekonsums aus den Verammlungen gehört, wie schon gesagt, eine anderweitige Finanzierung der Verammlungsgebäude. Das ließe sich erreichen entweder durch regelmäßige Beiträge der organisierten Arbeiter, oder durch Erhebung eines mäßigen Eintrittsgeldes. Freilich gehört dazu weniger der gute Wille der Gewerkschaftsvorstände und der Lokal- resp. Hausverwaltungen, als der Wunsch der Arbeitermassen selbst. Lernen diese einsehen, daß es für den Gang einer Verammlung viel vorteilhafter ist, wenn jegliche Gerbiierung ausgeschlossen ist, und daß es in ihrem eignen wirtschaftlichen Interesse läge, etwa 10 bis 15 % Eintrittsgeld zu zahlen, anstatt den zwei- und vierfachen Betrag für Getränke auszugeben, so wäre die ganze Frage gelöst. Die Zahl der Orte, in denen eine solche Regelung möglich wäre, ist heute gar nicht klein. Denn neben den 51 Orten mit eignen Gewerkschaftshäusern weist die Kartellstatistik nicht weniger als 130 Orte auf, in denen die Kartelle eigne Verammlungsgebäude unterhalten, sei es durch Mietsverträge mit Hauswirten, in welchem Falle die Restauration ohnehin wegfallen dürfte, oder durch Verträge mit Gastwirten, die zu dem Verammlungsbesuch noch Mietszuschüsse für die Vergabe ihres Lokals erhalten.

Gleich wichtig ist diese Frage bezüglich des Gerbieregeschäfts. 48 Kartelle hatten im Jahre 1908 Zentralherbergen eingerichtet, in der Regel in den Gewerkschaftshäusern. Hier dürfte überall die Einrichtung getroffen sein, daß die Arbeitslosen, die in den Herbergen übernachten, ein Rezejimmer befinden, in welchem sie sich unentgeltlich ohne die Belästigung des Getränkeverkaufernden Wirtes oder Keimers aufhalten können. Allgemein mühte überhaupt der Konsum alkoholhaltiger Getränke in diesen Aufenthaltsräumen unterlag sein. Daneben haben 255 Kartelle Herbergen bei Gastwirten, die ihrer Kontrolle unterstellt sind. Auch hier sollte peinlich darauf gesehen werden, daß ein hygienisch einwandfreier Aufenthaltsraum vorhanden ist, in dem eine Gerbiierung unterlag wäre.

Die Bestrebungen zur Erziehung der Jugend mahnen ebenfalls bringend, neue Wege in dieser Beziehung zu suchen. In die Jugendheim, darüber sind wir uns alle wohl einig, gehört kein Alkohol und außer frischem Trinkwasser auch keine andern Getränke. Aber was der Jugend ohne weiteres recht ist, muß den Erwachsenen als Verammlungsbesucher billig sein.

Ueber die Finanzgebarung liegen Angaben von 259 Kartellen. Die Einnahmen aus Beiträgen beliefen sich auf M 610 446, die Sammlungen für Kämpfe ergaben M 9987 und sonstige Einnahmen betragen M 275 858, die Gesamteinnahmen M 896 291. Dem steht eine Gesamtausgabe von M 883 168 gegenüber. Die Ausgabe verteilt sich auf folgende Posten: Agitation M 84 427, Arbeitervertreterwahlen M 29 322, statistische Erhebungen M 7007, Herbergen und Arbeitsnachweise M 14 739, Gewerkschaftshäuser und Verammlungsgebäude M 82 086, Auskunftsverteilung, Bibliotheken M 239 403, Streiks M 13 600, Verwaltungskosten M 189 058, sonstige Ausgaben M 223 516. Der Kassenbestand dieser Kartelle betrug am Jahresabschluss M 484 908.

Auch die neueste Kartellstatistik gibt ein Bild gegensätzlichen Wirkens dieser örtlichen Konzentration der Gewerkschaften. Vervollständigt wird dieses Bild durch die bald erscheinende Statistik über die Arbeitersekretariate, eine wesentliche Einrichtung der Gewerkschaftskartelle.

\* Die Urabstimmungen. Im Schneiderverbande nahm man kürzlich eine Urabstimmung über die Einführung der Erwerbslosenunterstützung vor. Sie ergab die Ablehnung der Vorlage mit 8829 Stimmen gegen 3517, die für die Erweiterung des Unterstützungsbereichs waren. Die Beteiligung war äußerst schwach. Nur 12 263 Mitglieder oder 31 % der Mitgliederzahl des Verbandes beteiligten sich an der Abstimmung über die enorm wichtige Frage. Das ist durchaus nicht ungewöhnlich. Wir erörtern an die Urabstimmungen bei den Staufateuren und Daabedern über den Anschluß dieser Verbände an unsern Verband. Auch bei diesen zeigte sich eine verblüffende Teilnahmslosigkeit eines großen Teils der Mitglieder, obwohl es sich doch auch da um sehr wichtige Fragen handelte. Es geht daraus hervor, daß die Urabstimmung durchaus nicht das Mittel ist, um die Meinung des ganzen Verbandes zu erforschen. Fast immer ist es nur eine Minderheit der Mitglieder, die überhaupt Stellung nimmt und dann kann es oft vorkommen, daß die Meinung von 20 oder 25 % der Gesamtheit entscheidet. Daran läßt sich, wie es scheint, nichts ändern; aber man sollte die Konsequenzen daraus ziehen und sollte sich eines so untauglichen Mittels nicht mehr bedienen.

### Polizei und Gerichte.

\* **Verbrechens- und Gefektskenntnis im Osten.** Mit welcher Verheerung Kenntnis von den untern Polizeiorganen mancher Anzeigen erstattet werden, beweist folgender Fall, der am 29. April vor dem Mittlitzer Schöffengericht zur Verhandlung gelangte. Angeklagt war der Maurer Karl Gensfel, der als Vorsitzender des Zweigvereins Mittlitz des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands nach Meinung des Gendarmerieobwachmeisters Seibt I die große Sünde begangen hatte, die Zusammenkunft des neu-respektive wiedergewählten Vorstandes des Zweigvereins Mittlitz nicht polizeilich zu melden. Nachdem sich das neue Vereinsgesetz nun bald ein Jahr des Lebens erfreut, nachdem im Reichstage darüber so manche Debatten gepflogen worden sind, nachdem der Minister des Innern vor dem Reichstage klipp und klar erklärt hat, nur polizeiliche Vereine bedürfen der polizeilichen Meldung, tastet der Herr Gendarmerieobwachmeister Seibt I in Mittlitz immer noch vollkändig im Dunkeln. Ja, und selbst Juristen wußten es nicht besser; denn nach der Anzeige des Wachmeisters und nach der Vernehmung vor dem Amtsrichter erhielt der Angeklagte ein Strafmandat in Höhe von M 9 von dem Staatsanwalt, der es mithin auch nicht besser gemut hat. Herr Staatsanwalt Simon-Wreslau, der als Verteidiger des Angeklagten erschienen war, bemerkte, daß Mittlitz nach dem neuen Vereinsgesetz der einzige Ort von ganz Deutschland sei, wo derartige Anlagen erhoben werden, und plädierte für Freisprechung, die denn auch erfolgte, obwohl der Staatsanwalt die Verurteilung des Strafmandats beantragte. Rechtsanwalt Simon beantragte, die Kosten der Verteidigung der Staatskasse aufzuerlegen, was aber das Gericht in der Begründung unter dem Hinweis zurückwies, da die Sache sehr einfach war, hätte es seiner Verteidigung bedurft. Also wie steht nun die Sache? Arbeiter, Handwerker müßten das neue Vereinsgesetz kennen, denn nach Meinung des Gerichts war die Sache sehr einfach; aber Wachmeister, Amts- und Staatsanwalt, die die Anlage erhoben hatten, kannten es nicht! Zum Schaden des Angeklagten und der Steuerzahler.

### Briefkasten.

Otto B. in B. Die Zeitungsausschnitte kamen zu spät, der früher eingeklagene Bericht war schon gelehrt. Wie steht es übrigens mit der andern Geschichte?

### Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

**Hermann Brischke** wird von Hein Wittorf in Kellinghusen (Schleswig-Holstein) gesucht.

**Wilhelm Höger**, geboren 1890 zu Hamburg, wird von seiner Mutter gesucht. Kollegen, die seinen Aufenthaltsort kennen, wollen gefl. an den Zweigverein Hamburg Nachricht gelangen lassen. [M. 1,20]

### Cunnersdorf i. Riesengeb.

Am 13. Juni feiert der hiesige Zweigverein sein

### \* Neuntes Stiftungsfest \*

bestehend in Ball humoristischen Vorträgen und Theater. Sämtliche Kollegen, sowie die aus der neugegründeten Zahlstelle Schreiberbau, sind hiermit freundlichst eingeladen. [M. 3,60] Der Vorstand.

### Hof a. d. Saale.

Samstag, den 12. Juni 1909, abends 8 Uhr:

### Fünfundzwanziges Stiftungsfest

in Pfaffs „Kolloseum“. Hierzu werden sämtliche Kollegen des Zweigvereins höflichst eingeladen. [M. 2,70] Die Verwaltung.

### Mittweida.

Sonntag, den 13. Juni, nachm. 2 Uhr:

### Fünfundzwanziges Stiftungsfest

in „Schützenhause“ bestehend in Konzert, Kinderbelustigung, Preisschießen usw. Von 7 Uhr an: Ball im großen Saal. Die Kollegen von Mittweida und Umgegend sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 4,50] Der Vorstand.

### Lauchröden bei Eisenach.

Unsre Zahlstelle feiert Sonntag, den 13. Juni, ihr

### Elfjähriges Bestehen

im Lokale des Herrn Judekind verbunden mit Konzert und Ball. Sämtliche Kollegen und Freunde sind hiermit freundlichst eingeladen. [M. 3] Der Vorstand.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbände, Mitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgter Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Stelle kostet 15 A.)

**Altenburg.** Am 26. Mai starb unser Verbandskollege **Julius Stötzner** aus Adbigen im Alter von 65 Jahren an Lungenleiden.

**Arnoldsweiler.** Am 17. Mai starb unser Kollege **Franz Sell** im Alter von 68 Jahren an Leber- und Herzleiden.

**Berlin.** Sektion der Puffer. Am 28. Mai starb unser Mitglied **Friedrich Lehmann** im Alter von 66 Jahren an Leberleiden.

**Cöln.** Am 24. Mai starb der Kollege **Pet. Meller** aus Cöln im Alter von 58 Jahren. Er war wegen seines Alters längere Zeit arbeitslos und hat schließlich durch Ergehen seinen Leber ein Ziel geleht.

**Dortmund.** Walfraß. Am 16. Mai (siehe unser Kollege **A. Tensfeld** aus Schwartau im Alter von 54 Jahren freiwillig aus dem Leben. Lange Arbeitslosigkeit trieb ihn zu diesem Schritt.

**Dresden.** Am 20. Mai starb unser Verbandsmitglied **August Reichard** im Alter von 66 Jahren an Lungenentzündung.

**Freschan.** Am 20. Mai starb unser Verbandsmitglied **Karl Rille** im Alter von 58 Jahren an der Prostatierkrankheit.

**Gr. Mählen.** Am 28. Mai starb unser Verbandskollege **Wilhelm Alkeis** im Alter von 64 Jahren freiwillig aus dem Leben.

**Seringen a. d. Selme.** Am 26. Mai starb unser treuer Verbandskollege **Hermann Eicke** im 58. Lebensjahre an galoppierender Schwindel.

**Sarbröhe.** Söhlingen. Am 22. Mai starb unser Verbandskollege **Johann Maier** im Alter von 80 Jahren an Herzleiden.

**Saugenwehndorf.** Am 28. Mai starb unser treuer Verbandskollege **Franz Neudeck** aus Meßta im Alter von 68 Jahren an Lungenentzündung.

**Wiegitz.** Am 30. Mai starb nach längerer Krankheit unser Kollege **Fritz Joppich** im Alter von 27 Jahren an Lungenentzündung.

**Obhausen.** Am 26. Mai starb nach kurzem Krankenlager unser werter Kollege **Reinhold Not** im Alter von 34 Jahren an Kopfschmerzen.

**Schwarzberg.** Am 24. Mai starb nach kurzem aber schweren Leiden unser Mitglied **Heinrich Schefe** im Alter von 56 Jahren an Lungenentzündung und Magenleiden. Er war Mitbegründer unserer Zahlstelle und stets bestrebt, in ihrem Interesse zu wirken. Wir verlieren in ihm ein treues Mitglied.

**Stuttgart.** Am 23. Mai ist unser Kollege **Karl Pfleger** aus Arnbach im Alter von 18 Jahren im Flugbad ertrunken.

**Wetzlar.** Am 26. Mai starb in Hannover unser Kollege **Adolf Kohrs** im Alter von 43 Jahren an Tuberkulose.

Ehre ihrem Andenken!

### Adressen-Veränderungen.

(V bedeutet Vorstandsber., K Kassierer, L Verbandskollekt., H Herberg, R Rezejimmer, B Belegungsliste wird ausgeschrieben bei.)

**Gabelberg.** V Rudolf Hofe, Weinbergstr. 28; K Otto Köppl, Schauffstr. 20.

**Nowawes.** V Paul Watz, Dulsenstr. 53.

### Verammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Verammlungen zu besuchen.

### Verbandsverammlungen der Maurer.

Sonntag, den 6. Juni:

**Belzig.** Nachm. 4 Uhr im Vereinslokal.  
**Gransce.** Nachm. 3 Uhr im Fränkischen Lokale. L. D.: Bericht über die Verammlungen im Gewerkschaftshause und Verchiedenes. Wähler sind mitzubringen.

**Niemegk.** Nachm. 3 Uhr bei Fleischer. Tagesordnung sehr wichtig.  
**Oranienburg.** Nachm. 3 Uhr bei Schumann. L. D.: Abrechnung vom ersten Quart. Beschlussefflung über unser Verammlungen.  
**Preibus.** Nachm. 10 1/2 Uhr im Vereinslokal. Tagesordnung. sind mitzubringen.

**Ribnitz.** Nachm. 4 Uhr bei Potenberg.  
**Schkeuditz.** Nachm. 3 1/2 Uhr bei Tischmüllers. Wichtige Tagesordnung.  
**Templin.** Nachm. 3 Uhr im Lokale des Herrn Adolf Karella, „Raiserhof“. Mitgliederbäder sind mitzubringen.

### Donnerstag, den 10. Juni.

**Coblenz.** Nachm. 2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Wichtige Tagesordnung! Wähler sind mitzubringen!

### Sonabend, den 12. Juni.

**Wasungen.** Abends 9 Uhr im „Waffhof zum Stern“. Wichtige Tagesordnung!

### Sonntag, den 13. Juni.

**Bamberg.** Nachm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Mitgliederbäder sind mitzubringen.  
**Kemberg.** Nachm. 3 Uhr im Waffhof „Zur Krone“. Unre auswärtige Kollegen bitten wir besonders um zahlreiches Erscheinen.

**Luckenwalde.** Nachm. 3 1/2 Uhr außerordentliche Mitgliederverammlungen bei Karl Gerhardt. Tagesordnung wichtig. Referent wird angewendet sein.  
**Werder a. d. H.** Nachm. 3 1/2 Uhr in Glindow bei Schmidt.

### Sonntag, den 20. Juni.

**Langenwetzendorf.** Nachm. 6 Uhr bei Witte Sporn.